



Wahlpruch:
Was wir begehren von der Zukunft Ferner:
Dass diese Arbeit uns gerüstet stehen,
Dass unsere Kinder in der Schule lernen
Und unsere Greise nicht mehr betteln gehen.
O. Herzog.

Telephon Nr. 2325.

Der

Checkkonto 38.415.

Eisenbahner

Zentralorgan des Oesterreichischen Eisenbahn-Personales.

Redaktion: Wien V/1, Bentagasse Nr. 5.

Redaktionschluss: Zwei Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

Sprechstunden

Jeden Tag mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage von 10 Uhr vormittags bis 1/2 Uhr nachmittags.

Insertionspreis:

Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 14 Heller. Bei Jahresauftrag Rabatt.

Abonnements-Bedingungen:

Halbjährlich Kr. 2.88
 Ganzjährlich 5.76
 Für das Deutsche Reich ganzjährlich Mk. 6.—. Für das
 übrige Ausland ganzjährlich 9 Franken.

Er erscheint jeden 1., 10. und 20. im Monat.

Nr. 6

Wien, den 20. Februar 1912.

20. Jahrg.

Die deutschnationale Arbeiterbewegung vor dem Krach.

Nachlänge zum nationalen „Arbeiterparteitag“. — Wie die deutschnationalen Führer über die eigene Partei urteilen. — Unaufgelärte 7000 Kronen. — Der Nationalverband — ein „Schubsegen der Regierung“.

Wir haben unserer Meinung bereits Ausdruck gegeben, daß es auf dem kürzlich in Wien abgehaltenen Parteitag der sogenannten deutschnationalen „Arbeiterpartei“ nicht ganz geheuer herging. Wer da weiß, wie die deutschen Ueberhelden groß im Ausschneiden, bei jedem Quark ein Geschrei erheben, der mußte aus den spärlichen und kleinlauten Berichten, die von diesem „Reichsparteitag“ in die Öffentlichkeit lanciert wurden, notwendigerweise diese Schlusfolgerung ziehen. Daß sie zutreffend war, beweist jetzt eine Reihe von interessanten Tatsachen, die die „Arbeiter-Zeitung“ von diesen Parteitagverhandlungen mitzuteilen in der Lage ist.

Der Parteitag war für drei Tage anberaumt. Auf seiner Tagesordnung standen etwa fünfzehn Punkte. Aber als man am ersten Tage, am 2. Februar, zusammenkam, mußte man mit dem Beginn bis 11 Uhr warten, so spärlich waren die Vertreter der deutschen Arbeiterklasse erschienen. Als Herr Urtl, das Liebling der Neunlichner Scharfmacher, den Kongreß eröffnete, zählte man im Saale samt dem Piffole 49 Personen. Abgeordneter Seidl nahm gleich vor Eingang in die Tagesordnung das Wort und verlangte deren Umstellung, da er bereits morgen abreisen müsse und sonst nicht in der Lage wäre, seine Referate zu erstatten. Abgeordneter Knirsch gab seinem Besremden über den Schwachen Besuch Ausdruck und ersuchte die Delegierten, alle drei Tage auszufahren. Seine Mahnungen fanden aber kein Gehör. Denn am Beginn der Verhandlungen des zweiten Tages waren, wieder den Piffole eingerechnet, nur noch 37 Personen anwesend und für den dritten Tag wagte man gar nicht mehr Verhandlung anzuberaumen. Abgeordneter Knirsch mußte selbst im Laufe des zweiten Tages vorschlagen, die noch nicht erledigten Referate zu streichen oder zu kürzen. Im Bericht für die Öffentlichkeit werde man, um die Blamage nicht bekanntzumachen, mitteilen, daß der dritte Tag „mit internen Parteiberatungen“ ausgefüllt gewesen sei.

Herr Urtl erstattete dann den Tätigkeitsbericht. Es sei ein Irrtum vieler Parteigenossen, zu glauben — so sagte er —, daß die ausdrückliche Betonung des Klassenstandpunktes unbedingt sein muß. (Zu seiner Broschüre „Ueber die Hürden“ las man es anders, D. Red.) Bei den letzten Wahlen habe man nicht besonders gut abgeschnitten. Die Demagogie, daß eine ernste politische Partei die Interessen aller wirtschaftlichen Gruppen gleichsam als Universalvertretung zur Geltung bringen könne, verwerfen wir, meinte Herr Urtl. Aber Abgeordneter Knirsch erklärte später in seinem Referat über die Parteitaktik, daß diejenigen, die ihm wegen seiner Haltung in einigen Fragen Vorwürfe machen, eines nicht vergessen mögen: „Ich bin in Dür nicht als Vertreter der Arbeiterpartei, sondern als Kompromißkandidat gewählt worden, muß daher auch aus den anderen Teil meiner Wähler Rücksicht nehmen.“ Und diesen Herrn hat die Gesellschaft zum Vorsitzenden der Parteileitung gewählt!

Ein Herr Sternadt aus Wien erstattete den Geschäftsbericht der Reichsparteileitung, der in der Durer „Volksstimme“ vollständig verschwiegen wird. Er bezeichnete ihn selbst als recht traurig. Denn die Einnahmen betragen im ganzen bloß 359 Kronen 62 Heller. Nach Abzug der Ausgaben verbleibt ein Kassenstand von 6 Kronen 27 Heller. Die Summe der Schulden beträgt 2862 Kronen. Die Sache sei nicht so schlimm, weil angeblich in Böhmen ein Kassenstand von 6800 Kronen vorhanden sein soll. Den böhmischen Delegierten war aber nichts davon bekannt. Uebrigens erklärte der Kassier gleich selbst im nächsten Satz, daß die Provinz ganz versagt habe.

Dann kamen die Landesberichte daran. Die Berichterstatter klagten zumeist, daß die Organisation keine Fortschritte mache. Insbesondere, sagte der Delegierte Galle aus Schreckenstein, haben die Nachwahlen in Gablonz und Barnsdorf für die ruhige Parteiarbeit keine Zeit gelassen. (Da waren eben alle „Arbeiterführer“ im Solde der Unternehmervereine Glöckner und Langenhan tätig und hatten keine Zeit für ihre eigene Partei. D. Red.) Der Delegierte Winter aus Teplitz behauptete, in seinem Bezirk fünfzehnhundert Anhänger zu besitzen. „Ich gehe von Versammlung zu Versammlung“, so sagte er, „und verspreche den Anwesenden in einer dreistündigen Rede so viel, daß ihnen der Mund wässrig wird.“ Wirklich, eine echte Hochstapler-Agitationsmethode!

Der sattsam bekannte Burschowsky referierte über Mähren. Er erzählte von dem Wahlkompromiß mit den bürgerlichen Parteien, durch welches der Arbeiterpartei nur eine Kandidatur zugesichert wurde, während sie sich verpflichten mußte, für achtzehn bürgerliche Kandidaten zu arbeiten. „Wir sind die Wurzeln gewesen!“ rief er betrübt aus. „Das nächstemal werden wir uns allerdings die Versprechungen schriftlich geben lassen.“

Abgeordneter Knirsch referierte dann über die Parteitaktik und das Parlament. Dabei kam es zu einer Erörterung des Verhältnisses der Deutschen Arbeiterpartei zum Nationalverband. Knirsch hob hervor, daß seine Parteigenossen wegen des Beitritts der Arbeiterabgeordneten zum Nationalverband unzufrieden seien. „Der Gau Karlsbad hat gar schon den Beschluß gefaßt, uns aufzufordern, aus dem Nationalverband auszutreten. Gewiß ist die Haltung des Nationalverbandes, und zwar auch in nationalen Fragen eine schlappschwänzige zu nennen, doch zwingen uns die Verhältnisse, dem Nationalverband anzugehören. Wir haben dort großen Einfluß, so daß man allgemein behauptet, der Nationalverband befindet sich im Schlepptau der Arbeiterpartei.“ Damit hat Knirsch die deutschen Abgeordneten für die Politik des Nationalverbandes selbst verantwortlich gemacht. Man wird sich das merken müssen für den Fall, daß später wieder der Zusammenhang zwischen der „Arbeiterpartei“ und dem Nationalverband abgeleugnet werden sollte. Ob der sozialpolitischen Haltung des Nationalverbandes scheinen Herrn Knirsch einige Bedenken anzuführen. Er wollte aber darüber nicht weiter reden und sich auch nicht über einzelne Personen näher auslassen, die „für die unbedingte Regierungspolitik“ sind. Er nannte als Beispiel nur Steinwender. „Mit Rücksicht auf die bei den Wahlen geleistete Arbeit haben wir auf mehr Dank von jener Seite gerechnet.“ Wenn er ausgeblieben ist und sogar von den Deutschradikalen Gegenorganisationen gegründet werden, so muß man schließlich berücksichtigen, daß jede Partei bestrebt ist, sich eine Grundlage zu schaffen. Traurig ist es zwar, daß uns die Deutschradikalen den Boden durch Demagogie abgraben wollen.

Hernach kam das Parteiprogramm zur Beratung. Dabei machte Herr Jung aus Jglau den interessanten Vorschlag, man solle ein Programm für die Öffentlichkeit und eines für den internen Gebrauch beschließen! Wahrhaftig eine löstliche Partei! Der Vorschlag wurde nicht mit Entrüstung abgetan, sondern dem Programmausschuß zugewiesen und Jung wurde sogar zum Vorsitzenden dieses Ausschusses gewählt. Bei der Wahl dieses Ausschusses gab es übrigens einen bemerkenswerten Zwischenfall. Als Mitglied war auch Cihula vorgeschlagen. Abgeordneter Seidl bemerkte dazu, es gehe nicht gut an, den Cihula in diesen Ausschuß zu wählen, da es ihm, nach den Informationen, die er von böhmischen Delegierten empfangen habe, nicht ganz unmöglich erscheine, daß Cihula aus der Partei ausgeschlossen wird. Aber Knirsch trat mit Behemung für Cihula ein und dieser wurde auch gewählt. Damit ist Herr Knirsch selbst auf das Niveau des Cihula gesunken und alle, die für Cihula gestimmt haben, mit ihm. Ein paar anständigere Delegierte enthielten sich allerdings der Abstammung. Nach diesem Vorkommnis wurde Abgeordneter Seidl, dessen provokatorisches Benehmen allen Delegierten unliebsam auffiel, sofort wieder sed und forderte diejenigen, die ihn in letzter Zeit mit Anwürfen überschütteten, auf, sie mögen hier vorbringen, was sie gegen ihn zu sagen haben. Aber es ließ sich mit diesem Herrn niemand in einen Wortwechsel ein.

Für den Programmausschuß erstattete Sternadt den Bericht. Er beantragte die Vertagung der Beschlußfassung für den nächsten Parteitag. Ein Delegierter rief dazwischen: „Die ewige Verärgerei ist eine Blamage vor der Öffentlichkeit!“ Knirsch beschwichtigte den Aufgeregten, der sich noch nicht zur Grundlosigkeit der Wacher Emporgerungen hatte, und sagte, man werde im Bericht einfach schreiben, daß die Schlusredaktion einem Ausschuß zugewiesen wurde! So ist's auch in der Durer „Volksstimme“ zu lesen. Aber es kann nichts redigiert werden, da nirgends etwas beschlossen worden ist und weder vor der Wahl des Programmausschusses noch nach dessen Bericht auch nur ein Sterbenswörtchen über den Inhalt des Programms gesprochen wurde.

Die paar Klaven auf dem Parteitag verstanden eben die Augenauswischerei noch nicht. Die deutsche Arbeiterpartei kann ein Programm nicht brauchen. Am zweiten Tage verhandelte man über die Beitragserhöhung. Sternadt beantragte, die Parteibeiträge von 10 auf 20 S. monatlich zu erhöhen. Der Vorschlag rief den heftigsten Widerstand hervor. Insbesondere Herr Winter aus Teplitz hat, von der Beitragserhöhung abzustehen, da ihm sonst alle seine Mitglieder davonlaufen, namentlich, wenn sie erfahren, daß es sich um die Stärkung der Reichskasse handle. Er berechnete auch, daß, wenn jeder Kreis die bereits beschlossenen 4 S. monatlich an die Zentrale abliefern, ohnedies jährlich 12.000 Kr. eingehen müssen. Dazu bemerkte Herr Ertl: „Die Rechnung stimmt! Aber wir haben eben nicht so viele Mitglieder, als angegeben werden!“ Er fügte bei, daß er das Mandat als Vorsitzender der Parteileitung nicht mehr annehme, weil dieses Mandat nur eine Farce sei. „Wir haben ja“, so rief er, „gar keine Reichspartei, sondern nur eine schlesische, böhmische, mährische und eine sogenannte dumme Wiener Partei, und die zerfallen noch in Gau- und Bezirksparteien; der eine zieht hin, der andere zieht her!“

Landtagsabgeordneter Prayon sprach für die Erhöhung der Beiträge. Seine Parteigenossen in Währen würden schon zahlen. Denn die Arbeiter von Wittkowitz und Mährisch-Ostrow seien doch, was den Lohn anlangt, Aristokraten unter der Arbeiterschaft! Der Mann hat eine nette Anschauung über die Lohnverhältnisse! Der Delegierte Bergold aus Odersfurt trat ebenfalls für die Erhöhung ein, „damit nicht zu den verschiedensten Personen und Korporationen bitten und betteln gegangen werden muß.“ (Aha! Die Redaktion.) Was das wohl für Korporationen und Personen sein mögen, zu denen die Deutsche Arbeiterpartei betteln geht? Schließlich kam es zur Abstimmung. Mit vier gegen drei Stimmen wurde der Antrag auf Beitragserhöhung abgelehnt. Alle übrigen Delegierten enthielten sich der Abstimmung! Sternadt rief: „Die Vorbereitung des Parteitages ist ein Skandal!“ Schon vorher erklärte er zornig: „Wenn der heutige Parteitag der Reichsparteileitung wieder keine finanziellen Mittel zuführt, so wäre es überhaupt besser, auszuheeren und den Arbeitern auch nicht noch weiter die 10 S. aus der Tasche zu stehlen.“ Hoffentlich läßt sich nun kein deutscher Arbeiter mehr 10 S. für die Deutsche Arbeiterpartei aus der Tasche stehlen!

Ertl referierte über Staatsbedienstetenfragen, über Arbeitskammern und über das Proportionalwahlssystem, was in der Duxer „Volksstimme“ auch verschwiegen wird. Er hob hervor, daß der Nationalverband nunmehr gezwungen sei, auch mit sogenannten „minderen Leuten“ zu sprechen. (Im „Deutschen Eisenbahner“ aber schreibt Herr Ertl, daß es nur dem Nationalverband zu danken ist, wenn für die Eisenbahner 21 Millionen bewilligt wurden. Im nationalen „Parteitag“ aber gesteht Herr Ertl, daß der Nationalverband erst dazu gezwungen werden mußte, mit „minderen Leuten“ zu reden. Man wird sich das merken müssen! Die Redaktion.) Früher habe sich der Nationalverband geweigert, bei Beratung wichtiger Staatsbeamtenvorlagen die Vertreter der betreffenden Organisationen einzuladen. Bei der Erörterung des Proportionalwahlsystems meinte er, eine solche Forderung werde nur von solchen Parteien erhoben, die im Niedergang begriffen sind. Aber was sonst behauptet werde, treffe für die Deutsche Arbeiterpartei nicht zu. Denn sie wäre sonst gleich fertig . . .

Ueber „Verfassungsänderungen“ referierte Herr Sternadt. Die Duxer „Volksstimme“ verweigert sein ganzes Referat. Es ist begreiflich, denn er griff den Nationalverband wegen der Abstimmung wegen des Mißbrauches des § 14 heftig an. Er nannte den Nationalverband den „Schutzhegen der Regierung“. Die Abgeordneten seiner Partei forderte er auf, der Regierung mehr Opposition zu machen.

Abgeordneter Seidl erwiderte: „Der Referent hat zwar die Anwesenden von seinen Angriffen ausgenommen. Es geht aber nicht an, so über eine uns befreundete Partei zu sprechen, da wir uns doch selbst damit auf die Schnauze schlagen. Zuerst beschließen Sie, daß wir im Nationalverband zu verbleiben haben, und nachher gebraucht der Referent solche Ausdrücke. Wir können der Aufforderung nicht nachkommen, der Regierung unbedingt Opposition zu machen. Herr Sternadt wird es selbst sehen, wenn er einmal Abgeordneter wird. Man kann doch nicht auf der einen Seite verschiedene Gefälligkeiten von der Regierung verlangen und auf der anderen Seite den Radikalen spielen . . .“

Die Tagesordnung war erledigt und es stand nur noch der Bericht des „Ausschusses für innere Parteiangelegenheiten“ aus, der vormittags gewählt worden war. Die Macher wollten die Geschichten allerdings unterdrücken. Aber die böhmischen Delegierten drohten mit Konsequenzen, wenn die Angelegenheit Beduzzi, Prediger und Cihula nicht geklärt werde. Als die Tagesordnung des Parteitages erschöpft war, hatten die Beratungen dieses Ausschusses noch immer nicht geendet. Man wartete eine halbe Stunde. Da stürzte plötzlich der Delegierte Winter aus Teplitz, der ein Mitglied dieses Ausschusses war, in das Konferenzzimmer, nahm Hut, Rock und Tasche und wollte sich entfernen. „Was ist denn los?“ riefen die Delegierten. „Wir steigen die Zahlen schon beim Gasse heraus!“ erwiderte Winter. Gleich darauf erschien der ganze Ausschuss. Der Obmann gab bekannt, daß keine Einigung erzielt werden konnte. Nicht alle Delegierten wußten, um was es sich eigentlich handelt. Er stein Delegierter aus Währen erklärte, daß die Herren Prediger, Beduzzi und Cihula über 7000 Kronen keine Auskunft geben können. Herr Ertl eröffnete nun neuerdings die Konferenz und gab bekannt, daß die böhmischen Delegierten darauf bestehen, daß die Angelegenheit in vier Wochen bereinigt werde. Da kein Widerspruch erfolgte, erklärte er den Antrag für angenommen. Man darf begierig sein, ob die dunkle Angelegenheit der Herren Prediger, Beduzzi und Cihula bis Ende Februar wirklich bereinigt sein wird.

Wahrhaftig dieser Parteitag entrollte ein Bild der abscheulichsten Häßlichkeit von dem nationalen Demagogentum, das auf jeden Arbeiter abschreckend wirken muß. Der Zusammenbruch, der bei den Christlichsozialen immerhin etwas lange auf sich warten ließ, ehe er kam, scheint bei den Deutschnationalen sehr frühzeitig hereinzubrechen. Jenen Eisenbahnern, die den nationalen Schwindlern bisher Gefolgschaft leisteten, gibt dieser „Reichsparteitag“ viel zu denken. Werden ihnen die Augen noch nicht aufgehen?

Schmutzige Wäsche.

Schwere Anschuldigungen gegen den Reichsbundvorsitzenden Ferdinand Ertl.

Im Lager unserer bekanntlich durch „Reinheit zur Einheit“ oder auch durch „Einheit zur Reinheit“ strebenden Deutschnationalen wird jetzt wieder einmal schmutzige Wäsche gewaschen. Das geschieht, wie man aus hinlänglicher Erfahrung weiß, öfters und man muß dieser offensibaren Lieblingsbeschäftigung unserer Reugerinnen schon aus respektvoller Weite zusehen, um nicht mit den Wortgeschößen — die, jedes einzelne „ein Nachtopf, und kein leerer“, hinüber- und herüberfliegen — selbst in unangenehme Berührung zu kommen.

In der „Christlichsozialen Arbeiter-Zeitung“ erzählt nämlich ein Herr Karl Milsche, der früher einmal Obmann des „Bundes deutscher Arbeiter Oesterreichs“ war, jedem der es hören wollte, daß die Zentralkommission, beziehungsweise deren Führer keine Ursache haben, anderen Korruption vorzutwerfen, was sich durch Originalbriefe leicht beweisen läßt. Herr Milsche stöberte im Archiv des Bundes ein Schreiben aus der Feder des Fabrikanten und Herrenhausmitgliedes Hermann Braß auf, das dieser als Antwort auf einen Pumpybrief an den damaligen Obmann des „Bundes deutscher Arbeiter Oesterreichs“ sandte. Das Schreiben lautet wörtlich folgendermaßen:

Hermann Braß,
Hohenstadt (Mähren).

Hohenstadt, am 17. November 1907.

Geehrter Herr!

Ihr Schreiben erhalten und teile mit, daß die Notwendigkeit der nationalen Arbeiterbewegung einsehe.

Die Pflichten der Besizenden gegenüber der Arbeiterbewegung, damit dieselbe auf Pferd komme, sehe ich ein.

Habe auch aus diesem Grunde der mährischen Arbeiterbewegung jährlich stets wiederkehrende größere Beträge gewidmet.

Sie sehen also, daß ich meiner Pflicht nachkomme.

Mit treudeutschem Grusse

Hermann Braß.

Aus diesem Schreiben geht zwar nicht hervor, daß der „Bund deutscher Arbeiter Oesterreichs“ vom Fabrikanten Braß Geld erhalten hat, erwiesen ist jedoch, daß diese Organisation um Geld beim Fabrikanten Braß gebettelt hat, erwiesen ist, daß die deutsch-nationale Arbeiterschaft Mährens vom Fabrikanten und Millionär Hermann Braß mit jährlich stets wiederkehrenden größeren Geldbeträgen gefüttert wurde. Herr Milsche erzählt dann, daß der gewesene Reichsratsabgeordnete Dr. Em. Weidenhoffer am 14. Jänner 1910 ihm und Koller auf der Fahrt von Wien nach Krems erzählte, daß ihm (Weidenhoffer)

das Herrenhausmitglied Hermann Braß mitteilte, daß er (Braß) an sämtliche deutschen Fabrikanten Mährens die Aufforderung richtete, für jeden bei Burschowsky organisierten Arbeiter per Kopf und Jahr 1 Kr. zugunsten der deutschnationalen Arbeiterbewegung zu zahlen und daß diese Aktion des Herrn Braß nur einen teilweisen Erfolg hatte. Ein gewisser Blauensteiner, ebenfalls deutschnationaler Arbeiterführer, aber wieder einer anderen Richtung angehörend, veröffentlicht einen Brief des deutschnationalen Arbeiterführers Jung in Jglau, in welchem wieder ein Urteil über den deutschnationalen „Arbeiterführer“ Bayerl in Reichenberg enthalten ist. In diesem Briefe heißt es unter anderem:

„... Etwa zwei Tage vorher erfuhr ich (was bereits mehrere Frauen wußten), daß Bayerl ohne Wissen der Leitung 1906 10.500 Kr. von Baron Klinger, als Vertreter der Großindustriellen, erhalten hatte. Am 14. Oktober hatte er es in einer Leitungssitzung eingestanden. Abrechnung gab es keine, sondern verlangte die Unterschriften der Leitungsmitglieder unter eine Vertrauensumgebung.“

Am 1. November 1909 erfuhr ich auf der Rückfahrt von Prag, daß Bayerl im Jahre 1907 vom Minister Prade für den Austritt von der Wahlbewegung ohne Vorwissen des Obmannes der deutschen Arbeiterpartei — Knirsch — 20.000 Kr. verlangt habe . . .

Die donauländischen und alpenländischen Organisationen mögen Herrn Bayerl fragen, was er vor zwei Jahren der Frau seines Freundes Saubner, die ahnungslos mit einem Brief ihres Mannes in die Geschäftsstelle kam, antun wollte. Sie mögen weiters Küstner (Schriftleiter der „Arbeiterstimme“ u. s. w.) fragen, an wen er das 1902 für das Blatt „Der deutschböllische Arbeiter“ gesammelte Geld abführte. Der Zahlmeister empfing keines, wie er schriftlich bestätigte . . .

Von dieser schmutzigen Sache, so erzählt Herr Milsche weiter, habe Herr Ertl bereits am 15. November 1909 durch Herrn Koller erfahren, Herr Ertl aber schwieg dazu. In der Sache selbst ergreift dann auch Herr Blauensteiner, der sich früher ebenfalls in der Gesellschaft der nationalen „Arbeiterführer“ befunden hat, das Wort. Blauensteiner war zwar schon früher wegen der Wortwürfe, die sich an diese Geldgeschichten knüpften, von Herrn Burschowsky, dem mährischen „Arbeiterführer“, geklagt worden, worauf er seine Wortwürfe zurückzog, allerdings — wie jetzt Blauensteiner behauptet — erst, als Herr Burschowsky fünfmal durch Verjahnungstagsfahrten dazu alle Anstrengungen gemacht hatte. Herr Blauensteiner erhebt nun jetzt seine früheren Wortwürfe aufs neue mit der ausdrücklichen Aufforderung, zu Klagen, wobei er auch Herrn Ertl scharf aufs Korn nimmt, über den er sich wie folgt ausläßt:

Damit die anderen Herren der „Zentralkommission“ nicht beleidigt seien, will ich mir heute noch Herrn Ertl ausborgern. Dieser noble Herr verbanderte mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die Möglichkeit, daß ein Schiedsspruch eines Schiedsgericht-

tes den Fall Blauensteiner-Burschowsky regle. Ja, als eine äußerst wichtige Besprechung in der Stangei des Dr. Weidenhoffer stattfinden sollte — über diesen Fall — meldete er sich schwer krank, er sei krank und könne um halb 6 Uhr daher nicht bei Dr. Weidenhoffer sein. Wer beschrieb mein Erlaunen, als ich den todkranken Ertl lustig beim Billardspielen traf — um 6 Uhr an dem Tag! Und er verhinderte das Schiedsgericht, da Burschowsky von ihm ebenfalls sehr nette Sachen weiß, und ihm mit deren Enthüllung drohte! —

Ertl und Gröndahl behaupten, mit Industriellen in keiner Verbindung zu sein. Das ist erlogen! Ich habe Beweise, daß beide dem Industriellenverband durch ein Rundschreiben dringendst abrieten, mir Geld zu geben, damit sie nicht zu kurz kämen. (Ich habe aber niemals irgendwo Geld zu erhalten versucht!)

Ertl war Obmann der deutschen Eisenbahner Oesterreichs. Er hätte — anlässlich eines Streiks wegen eines jüdischen Geschäftsleiters in der nationalen Druckerei Feige — 1910 Gelegenheit gehabt, sein gewerkschaftliches Herz zu zeigen. Er sagte den Vertretern des Personales seine Hilfe zu — brach aber sein Wort und unterstützte den Judenbuben Rath! — Ertl bekam dann einigen Einfluß in der Druckerei. — Ich wurde hinausgeworfen. — Herr Ertl ist aber ein nationaler und sozialer Gewerkschaftler! — Wers glaubt! Ob Ertl mit den „geldkräftigen“ Leuten in Verbindung steht, das möge auch nachfolgendes Bruchstück aus einem Originalbrief des Abgeordneten Dr. Weidenhoffer zeigen:

Bezüglich der Frage, ob es gelingen könnte, geldkräftige Elemente für eine von ihrer Organisation herausgehenden Zeitung zu interessieren, muß ich leider mitteilen, daß meine diesbezügliche Fühlungnahme ergebnislos war, weil man zu der Lebenskraft der nationalen Arbeiterbewegung angesichts der heftigen Dehde zwischen den einzelnen Organisationen kein Zutrauen hat. Es scheint mir, daß auch in dieser Beziehung die Herstellung der Einigkeit (id est: Zusammengehen mit der Zentralkommission deutscher Arbeiter Oesterreichs) und einer gewissen Einheitslichkeit der Bewegung die unbedingte Voraussetzung eines Erfolges ist.

Das Märlein vom Fabrikantengeld — es ist doch kein bloßer Wahn — bei Ertl und Gröndahl!

Wer von den deutschnationalen Brüdern, die einander so fastige Geschichten vorwerfen, Recht hat, kann natürlich nicht von uns untersucht werden. Und das ist auch gar nicht unsere Aufgabe. Denn wer in der so viel gepriesenen deutschen Reinheit erhabener strahlt, Herr Ertl, Herr Burschowsky oder Herr Blauensteiner, das ist für uns eine recht gleichgültige Frage. Aber wer an der Frage schon ein recht gründliches Interesse haben muß, daß ist außer Herrn Ertl selbst zweifellos auch der „Reichsbund deutscher Eisenbahner“. Für diesen ist es freilich nicht gleichgültig, wenn man seinen repräsentanten und ersten Vorsitzenden nachsagt, er habe nicht nur stillschweigend gewissermaßen im Einverständnis zugeesehen, wie einzelne Leute, mit denen er in der Leitung der „Zentralkommission deutscher Arbeitnehmervereinigungen“ sah, Geld von den ärgsten Scharfmachern ge-

nomen, sondern er selbst stehe mit den „geldkräftigen“ Leuten in Verbindung, und das „Märlein vom Fabrikantengeld sei auch bei Herrn Ertl kein leerer Wahn“. Herr Ertl darf diese Vorwürfe, die so ziemlich die schwersten sind, die man gegen einen Arbeiterführer erheben kann, nicht ruhig auf sich sitzen lassen. Er muß den Urhebern dieser Anschuldigungen Gelegenheit geben, dafür den gerichtsbildungsmäßigen Beweis anzutreten.

Die Organisation, ihre Glieder und deren Funktionen.

I.

Das Wort Organisation ist in unserem Zeitalter jedem Kindermund geläufig, trotzdem es erst vor kurzem unserem Wortschatz einverleibt wurde. Es ist daher ein Kind unserer Zeit. Unser ganzes Staats- und Wirtschaftssystem wird getragen, beeinflusst und regiert von den verschiedenen Arten von Organisationen. Vor ungefähr hundert Jahren war der Begriff dieses Wortes nur der Gelehrtenwelt geläufig und verständlich. Innerhalb der letzten 20 und 30 Jahre ist dieses Wort Gemeingut und der Inhalt desselben zur dauernden Einrichtung aller Kulturvölker geworden. Das Wort selbst ist griechischen Ursprunges (organon) und war in der Gelehrtensprache die Bezeichnung für ein Werkzeug. Dieser alte Sinn wird dem Worte heute noch beigelegt. Organisation heißt: Verschiedene Organe, die zu den verschiedensten Funktionen dienen, in ein harmonisches Ganze vereinigen. Die Organisation und Arbeitsteilung unseres Körpers wurde allmählich auf die Gestaltung der Verfassung (Parlament, Landtage etc.), auf den Staat (Regierung, Statthalterei, Bezirkshauptmannschaft), das Heer, den Verkehr und Handel übertragen. Jedes Organ (Werkzeug) im menschlichen Organismus, selbst das unscheinbar geringste, ist notwendig und zweckmäßig, wenn der ganze Organismus gut funktionieren soll. Die kleinste Störung kann zum Verhängnis des ganzen Organismus werden. Das Gesagte gilt auch für den Staat und seine Organe (Parlament etc.), insbesondere aber für die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter. Den letztgenannten Organisationsformen sollen diese Zeilen gewidmet sein.

Unter Organisationen verstehen die Arbeiter im modernen Sinne die volle Einigkeit und Einheit einer Berufsgruppe. Diese geschlossene Einheit und der zum Ausdruck kommende allgemeine Wille erleichtern den Sieg und erschweren die Niederlagen bei Lohnkämpfen. Je größer die Einigkeit in einer Berufsgruppe ist, desto wirksamer und erfolgreicher kommt der Gesamtwille zum Ausdruck. Wenn also die Organisation als Berufseinheit aufgefaßt und sich als solche betätigen will, so müssen all ihre Organe sich dem Geleze der Zweckmäßigkeit anpassen. Die Glieder der Organisation sind die Ortsgruppen und Zahlstellen, die Personalkommission, Arbeiterausschüsse, Kranken- und Unfallversicherungsvorstände etc. Diese Organe werden durch die Obmänner, Kassiere und die Vertrauensmänner unter Mitwirkung des gesamten Ausschusses in Funktion gesetzt. Arbeitet der ganze Apparat tadellos, ist der Organisationskörper gesund eingerichtet, so wird das Schwerste leicht vollbracht. Hält auch nur eine Ortsgruppe mit ihren Funktionen inne, so wird diese Störung auf den ganzen Organisationskörper übertragen, genau so, wie dies bei Krankheiten beobachtet werden kann. Tritt in solchen Fällen nicht rasche Hilfe ein, ist der Verfall oder Tod un-

ausbleiblich. Die Erfahrung lehrt es und die Praxis bestätigt es von neuem, daß, wenn in einem Orte ein tüchtiger Funktionär ist, der seine Aufgabe erkennt und gut vollführt, die Ortsgruppe nicht nur nach außen stetig wächst, sondern auch ihre Mitglieder nach innen verstärkt und vervollkommnet. Wenn nun diese Organe und ihre Zwischenglieder stets von der Zentralstelle mit Anleitungen, Initiativen und guten Beispielen versorgt werden, wenn vom Sitze des Herzens kräftige Impulse ausgehen, so ist jedes Wühligen und Niederringen ausgeschlossen. Es ist aber durchaus nicht schon alles getan, wenn die Zentralstelle ab und zu einmal einzelne Glieder in richtigen Gang setzt, eine Versammlung oder Konferenz abhält, sondern die Hauptsache muß sein, die Ortsgruppen untereinander in richtigem Gang zu erhalten, damit unausgesetzt Leben in ihnen pulsiert. Da nun stets vom Kopfe (Gehirn) aus die Dirigierung der Organe erfolgen muß, so ist ein freiwilliges Unterordnen der Glieder unter das Ganze die erste Bedingung. Eine gut funktionierende Organisation ist ohne Disziplin nicht denkbar. Dort, wo einmal Disziplinlosigkeit „Trumpf“ geworden ist, da ist sie schwer zu bannen. Kann man ihrer nicht Herr werden, ist die Auflösung der Organisation besiegelt. Disziplinhalten ist manchmal schwer, unter Umständen sogar sehr schwer, aber im Interesse der Sache muß es geschehen, weil ohne Unterordnung des einzelnen der gemeinsame Wille nirgends Ausdruck finden könnte. Gewerkschaftlich organisierte Genossen müssen sich freiwillig infolge einer gewissen Erkenntnis der gemeinsamen Bestrebungen, Beschlüsse und Interessen von selbst unterordnen. Eine solche Disziplin habe ich niemals drückend oder erniedrigend gefühlt, sie verlangt kein Opfer und beruht auf dem natürlichen Gesetz des Selbstbeherrschens und nicht auf dem äußerlichen Zwang. Die Gegner können uns mit Bomben bewerfen, so viel und so lange sie wollen, wir werden dies ohne Schaden ertragen, wenn wir nur innerhalb unseres Kreises Vertrauen um Vertrauen üben und eine der Sachlage entsprechende Disziplin unter uns einhalten. Sobald sich jedoch die Bande der Disziplin innerhalb der Organisation lösen, kann das Sterbegeläule jeder Organisation geläutet werden. Ein lehrreiches Schulbeispiel gibt uns der jetzige Auflösungsprozess der christlichsozialen Partei in Wien dafür. Wenn ich das hier anführe, meine ich durchaus nicht, daß in unserer Organisation keine Kritik an Haupt und Gliedern geübt werden soll. Im Gegenteil: In Organisationen wie den unsrigen wird es immer verschiedene Meinungen geben, die sich oft zu scharfen Gegensätzen entwickeln. Kritik, selbst herbe Kritik, bedeutet immer Leben. Aber jeder Genosse muß den Ort und die Zeit wissen, wann er einsehen darf, wie weit er ohne Schaden gehen kann. Er muß sich dabei in gewissen Grenzen halten. Selbst persönliche Konflikte müssen stets innerhalb der Organisation zur Austragung und gänzlicher Beilegung gelangen, ohne zu Gegnern Klagen zu gehen. Wie weit die Form und Art der Kritik unter Parteifreunden, Parteigenossen und Berufskollegen zu gehen hat, ist eine Frage des Taktes, der Bildung. Hierfür gibt es keine Regel, hier ist die Empfindung das richtige Barometer. „Wie würde ähnliches auf dich wirken?“, soll die erste Vorfrage jedes Kritikers sein, wenn er nicht übers Ziel schießen und sich nicht selbst verletzen will. Es gibt Genossen, die sich für fehlerfrei halten und keine Kritik über ihr Verhalten ertragen, es gibt aber wieder welche, die über alles und jedes kritisieren, nörgeln und stänkern und nicht wissen, wo die Grenze beginnt. Beides, das Nichtvertragen sowie das Uebermaß der Kritik, sind an und für sich schon schwere Fehler, die meistens zu Konflikten führen.

Eines muß man in Organisationsfragen immer bei der Kritik im Auge behalten, daß die Personen in der Öffentlichkeit mit der Organisation als identisch angesehen werden und als der Ausdruck dieser gelten. Wer also den Sekretär, den Obmann, den Kassier beschimpft oder verleumdet, trifft zumischt die Organisation an ihren Wurzeln. Zerartige persönliche Geheißigkeiten springen in der Regel auch auf unbeteiligte Personen über. Wer beispielsweise dem Administrator eines Fachblattes eines anhängen will, der trifft zu meist auch den Redakteur, den Sekretär und den Obmann gleichzeitig mit Verleumdungen und Entstellungen färben im Parteileben stets ab.

Durch das Vorausgeschickte wollte ich beweisen, welche Wirkungen ausgelöst werden, wenn die Glieder der Organisation unrichtig und unnatürlich in Funktion gesetzt werden. Im weiteren Verfolge dieses Aufsatzes will ich mich damit beschäftigen, wie die Glieder einer Organisation beschaffen sein sollen, um ein richtiges und gesundes Vereinsleben zu erzielen. Da nun in diesem und zweitnächsten Quartal die meisten Neuwahlen in den Ortsgruppen stattfinden, dürfte eine kurze Abhandlung in der Sache, und insoweit meine Erfahrungen reichen, nicht unnötig und zeitgemäß sein. Da nun die Mitglieder die Funktionäre in den Ortsgruppen und Zahlstellen aufstellen und wählen, so will ich zunächst ein Wort der Mahnung an diese richten.

II.

Ein altes Sprichwort sagt: Wie man sich bettet, so schläft man. Dieses Mahnwort sollen sich die Mitglieder bei jeder Neuwahl tief einprägen. Wer zu einem Vertrauensamt ausersehen ist oder darum petiert, muß sich stets allseits des Vertrauens würdig erweisen und schon des öfteren Proben seines Könnens und Wissens innerhalb der Ortsgruppe abgelegt haben. Zufallswahlen, wie sie des öfteren in unseren Gruppen vorkommen, sind stets bedenklich und haben sich noch nie bewährt. Vor allem muß an dem Grundsatz festgehalten werden, Funktionäre, insbesondere die Träger der Ortsgruppen (Obmann, Kassier, Bibliothekar, Schriftführer), wenn es nur irgend angeht, seltener wie bisher zu wechseln. Der alljährig stattfindende Wechsel in der Leitung der Ortsgruppe birgt für die Ortsgruppe und Zentralleitung große agitatorische, organisatorische und insbesondere verwaltungstechnische Gefahren. Eine gewisse Stabilität ist eine Notwendigkeit und zur Einschulung und Anleitung in die weitverzweigten Vereinsgeschäfte unerlässlich. Niemals aber soll ohne zwingende Gründe der gesamte Ausschuss durch einen neuen ersetzt werden. Eingearbeitete und in den Vereinsgeschäften versierte Genossen müssen den Grundstock des neuen Ausschusses bilden. Will man bewährte Funktionäre längere Zeit an der Spitze der Ortsgruppe erhalten wissen, so darf man verdienstvolle Genossen nicht wie Stiefelknecht behandeln, sondern ihnen die Anerkennung für die vielfach geleistete Arbeit für die Allgemeinheit nicht versagen. Die Mehrzahl der Mitglieder hat keine Ahnung von den Arbeiten, die die Hauptfunktionäre zu verrichten haben und wie viel Zeit und Geld sie dieser Funktion opfern und widmen müssen. Jedes reelle Geschäftshaus ist bestrebt, so wenig wie möglich in seinem Personalstand Veränderungen eintreten zu lassen. Dort, wo der Wechsel kontinuierlich ist, muß jedes Geschäft, und wenn es das Beste wäre, von selbst zugrunde gehen. Wenn schon vom häufigen Wechsel des bezahlten Per-

Feuilleton.

Alkohol und Eisenbahner.

Von Dr. A. Böckss, Vorsitzender des Eisenbahner-Alkoholgegnerverbandes in Oesterreich.

Der Alkohol (Aethylalkohol, C. H. O, Spiritus, Geist) ist ein betäubendes Gift, das in jeder Menge schädlich wirkt und in allen sogenannten geistigen Getränken enthalten ist. In der Reihe dieser Getränke von Bier, Refiz, Most, Wein, Schaumwein, Schnaps (Branntwein), Likör, Rum, Kognak, Absinth u. f. m. steigt der Alkohol von 2 Prozent bis 60 Prozent und darüber.

Sprechen wir von der Schädlichkeit des Alkohols, so wird uns entgegengehalten, man trinke doch in der Regel nicht reinen Alkohol, sondern geistige Getränke, die ja nur einen gewissen Prozentteil Alkohol enthalten. Hierbei übersieht man aber, daß die Trinksitten (besser Unsitten) dem verschiedenen Alkoholgehalt der geistigen Getränke schon Rechnung tragen, denn die Größe des Gefäßes, aus welchem man ja das jeweilige Getränk „genießt“, steht gewöhnlich im umgekehrten Verhältnis zum Alkoholgehalt, wodurch dann die Wirkung die gleiche wird, und so trinkt man Schnaps aus Gläsern, Wein aus Gläsern und Bier aus Gumpen!

Nachdem die Giftigkeit des Alkohols nicht bestritten werden kann, wird erklärt: die Giftwirkung der geringen Alkoholmengen tritt zurück gegenüber den anderen guten Eigenschaften der geistigen Getränke, denn diese sind als Nahrungsmittel, als Stärkungsmittel und Erwärmungsmittel allbekannt und allbeliebt. All diese guten Eigenschaften sind nur angeblendet, denn abgesehen von dem Hauptbestandteil der geistigen Getränke, dem Wasser, kommen außer dem Alkohol die anderen Substanzen wegen ihrer geringen Menge kaum in Betracht. Wir können daher mit Recht vom Alkohol allein sprechen.

Betrachten wir zunächst: Nahrungsmittel. So wie die Lokomotive vor dem Gebrauch mit Kohlen geheizt werden muß, muß auch der menschliche Körper als Arbeitsmaschine „geheizt“ werden. Das „Heizmaterial“ des Körpers sind die Nahrungsmittel, die in den Körper „verbrannt“ werden. Da aber der lebende Organismus nicht nur die äußere (körperliche oder geistige) Arbeit leistet, sondern jedes kleinste Körperteilchen (Zelle) für sich eine gewisse Arbeit liefert, müssen wir von einem Nahrungsmittel fordern, daß es nicht nur im Körper verbrannt, sondern auch, daß es im Körper aufbewahrt

werde, um (umgewandelt) als Ersatz für die verbrauchten Körperzellen dienen zu können dann, wenn ein solcher angefordert wird. Nun verbrennt wohl der Alkohol zum größten Teil, dadurch wird an anderem Brennmaterial, namentlich Fett, gespart, dieses wird dann angefaßt und führt zu den bekannten Bierbäuchen; dieser Fettsäure ist aber ein transthafter. Auch verbrennt der Alkohol immer, ob der Körper es braucht oder nicht, der Alkohol kann daher nicht als Vorratsstoff aufgespeichert werden. Zudem wirkt er noch giftig auf die Zellen.

Der Alkohol als Gift kann daher niemals als Nahrungsmittel dienen!

Zweitens: Stärkungsmittel.

Aus dem Gesagten ist schon verständlich, daß, wenn wir eine Arbeit leisten, wir dabei lebende Substanz unseres Körpers verbrauchen, verbrennen, es bilden sich Verbrennungsprodukte, ähnlich wie bei der Lokomotive, die wir auch hier Schlacke nennen wollen. Diese Schlacke, Ermüdungsstoffe genannt, geben bei einer bestimmten Menge einen Reiz ab, der als Ermüdung uns zum Bewußtsein kommt. Zum besseren Verständnis sei auch hier ein Gleichnis eingefügt.

Jeder menschliche Organismus bildet für sich einen Eisenbahndirektionsbezirk. Die Direktion (das Bewußtsein) hat ihren Sitz in der Hauptstation (dem Gehirn), welche mit dem ganzen Bezirk (Körper) durch Telegraphendrähte (Nervenfasern) verbunden ist. Tritt irgend ein Ereignis ein, wird es sofort der Hauptstation mitgeteilt und die Direktion erläßt ihre Anordnungen. Es gibt auch Zwischen- und Knotenstationen (Ganglien) u. f. m., aber die interessieren uns derzeit nicht weiter. Wenn ich nun in die Feuerbog einer Schnellzuglokomotive Kohle werfe, so wird mit der Zeit so viel von der Armmuskelsubstanz verbrannt, daß die aufgehäuften Ermüdungsstoffe einen Reiz auf die Nerven ausüben oder die Station „Armmuskel“ meldet der Direktion, daß zu viel Schlacke sich angehäuft hat. Hieraus telegraphiert die Direktion, die Arbeit sein einzustellen, bis die Schlacke weggeräumt und neues Brennmaterial hingeschafft wurde, das heißt die Armmuskel müssen sich ausruhen, bis die Blutbahn die Ermüdungsstoffe weggeschafft und neue Verbrennungsstoffe hinzugeführt hat.

Was geschieht nun, wenn ich bei einer schweren Arbeit Alkohol genieße? Wird dadurch der Muskel gestärkt? Keinesfalls, sondern die Leitung wird unterbrochen. Der Alkohol, als betäubendes Gift, lähmt die Nerven, dadurch kann der Ermüdungsreiz mir nicht zum Bewußtsein kommen. Ich fühle keine Ermüdung und habe das getäuschte Gefühl, gestärkt zu

sein. Auf diesem getäuschten Gefühl beruht der Ausdruck schwer Arbeitenden, sie mühten bei ihrer schweren Arbeit Alkohol genießen, um Kraft zur Arbeit haben. Nicht Kraft verleiht der Alkohol, sondern er lähmt das Ermüdungsgefühl und führt zum Mißbrauch unserer Kräfte.

Der Alkohol als Stärkungsmittel birgt daher eine zweifache Gefahr, erstens den Genuß eines schädlichen Giftes an und für sich, zweitens indirekt Schädigung des Körpers durch Mißbrauch seiner Kraft. Beispiele aus dem Leben beweisen auch die Nichtigkeit dieser Auffassung. Strenggläubige Paktträger in der Türkei leisten Stauenerregendes (dem Türken ist Alkoholgenuß verboten). Auch bei uns sind abstinente (alkoholfreihaltige) Sportsleute stets siegreicher.

Die dritte „gute“ Eigenschaft des Alkohols soll die Erwärmung sein!

Wenn man an einem kalten Wintermorgen ein Gläschen Schnaps trinkt, wird einem warm. Woher kommt das? Wir fühlen warm, wenn die Blutgefäße (Adern) der Haut gefüllt, ausgedehnt sind. (Das rote Gesicht der Erbkisten.) Sind die Hautgefäße leer, fühlen wir kalt. Durch den Alkoholgenuß werden die Hautgefäße gelähmt, sie füllen sich mit mehr Blut, daher das Gefühl von Wärme. Tatsächlich verliert aber der Körper an Wärme, wie dies Messungen ergeben haben und deshalb erleiden auch Angekunkelte früher den Erfrierungstod als sonstige.

Der Alkohol ist daher weder ein Nahrungsmittel oder Stärkungsmittel noch ein Erwärmungsmittel. Jedoch nicht nur diese Täuschung zaubert uns der Alkohol vor, er macht uns auch krank. Denn namentlich durch den gewohnheitsmäßigen Alkoholgenuß (täglich zu den Mahlzeiten, wie dies so weit verbreitet ist) wird zunächst der Magen in Mitleidenschaft gezogen, wodurch das Hauptorgan der Verdauung leidet, und führt zu dem chronischen Magenkatarrh. Die Speisen werden nicht verdaut (vertragen) und um den knurrenden Magen zu beruhigen, ist man genötigt, wieder Alkohol zuzuführen. So führt der gewohnheitsmäßige „mäßige“ Genuß zum unmäßigen hinüber. In rascher Folge werden die lebenswichtigen Organe angegriffen. Die Leber, die Wunderfabrik des Körpers, erzeugt ihr Produkt, die Galle, nicht mehr, mit schwerer Schädigung der Verdauung; es bildet sich die Fettleber, dann die Schrumpfleber aus. Das Herz, das Lebensorgan, welches vom ersten Atemzug bis zum letzten ohne Unterlaß zu schlagen genötigt ist, befettet, kann seinen Dienst nicht mehr versehen; die großen Schlagadern verfallen; die Nieren, die die Abfallstoffe ausscheiden sollen, entarten wie die Leber. Es

sonals der Ruin eines Geschäftes abhängt, um wie viel vorsichtiger muß man bei Organisationen sein, wo alle Funktionen unentgeltlich verrichtet und sozusagen als Ehrenpflicht angesehen werden.

Nach einer Statistik von 1910 wurden 40 Prozent aller Ortsgruppenobmänner, 63 Prozent aller Kassiere, 59 Prozent der Bibliothekare und 32 Prozent der Schriftführer neu gewählt, beziehungsweise bezeugt. Wie viele unerschöpfliche und wertvolle Erfahrungen und Kenntnisse werden auf diese Art alljährlich begraben? Ein solch starker Wechsel übt auf das ganze Organisationsleben den denkbar ungünstigsten Einfluß aus, der in der Praxis überall als hemmend und störend wirkt. Die Ursache dieses unheilvollen Wechsels in den ersten Funktionen ist nur zum Teil durch die vielen Arbeiten, die mit diesen Ämtern verbunden sind, zurückzuführen. Die Mehrzahl der Ablehnung einer Wiederwahl erfolgt jedoch aus anderen Gründen. Es gibt bekanntlich in jeder Ortsgruppe einen oder mehrere Genossen, die sich zur Pflicht machen, dem Ausschuss das Leben und Arbeiten so fauer wie möglich zu gestalten und es zu vereinfachen. Diesen Querulanten fallen alle Jahre Dutzende tüchtiger Funktionäre zum Opfer. In manchen Ortsgruppen ging man mit dem Rezept, den Teufel mit Besen auszutreiben, daran und wählte diese Leute in die freigewordenen Funktionen hinein. Statt den Machenschaften ein für allemal ein Ende zu bereiten, trug man die Nörgel- und Streitlust mitten in den Ausschuss, der nunmehr zu einer Stätte von Streitturnieren wurde, zu dessen Schlichtung und Ordnung ein Schiedsgericht nach dem anderen berufen wird. Die Mitglieder müssen daher bei Aufstellung von Kandidaten mit aller Vorsicht und Sorgfalt vorgehen. Trinker und Querulanten müssen, auch dann, wenn sie sich zu diesem Posten als qualifiziert eignen würden, ferngehalten werden. Trinker sind stets unverlässlich und versagen meist dort, wo man sie am notwendigsten und dringendsten braucht. Querulanten sind krank Menschen, die aus angeborener Reigung überall Stänkern müssen. Auch leicht erregbare und nervöse Naturen sowie die Immerrechthaber eignen sich für eine Obmannstelle gleichfalls nicht. Ruhe und Mäßigkeit, gepaart mit Initiative, sind die notwendigen Vorbedingungen zur Bekleidung eines solchen Amtes. Soll nun eine Ortsgruppe tadellos funktionieren, so muß die gesamte Mitgliedschaft sowohl bei den Wahlen in den Ausschuss als auch bei Ausführung der anderen Arbeiten vorurteilslos entscheiden und selbst mitarbeiten. Denn nicht nur jedes Volk hat seine Regierung, auch die Ortsgruppen haben ihre Ausschüsse, die sie verdienen. Um den Mitgliedern einen Einblick in die Funktionen eines Obmannes zu gewähren, sollen diesen nachstehende Zeilen gewidmet sein.

III.

Der Name schon kündigt seine Funktion an. Nach dem Gesetz und den Statuten vertritt der Obmann oder der Stellvertreter die Ortsgruppe nach innen und außen. Er ist also der Kopf der Organisation. Er muß „Initiative“ heissen, und wenn alle Wege verarmelt sind, muß er immer den Ausweg angeben können. Initiative ohne Mut ist nur eine halbe Tatkraft. Der Obmann soll eine gerade, ausdauernde und mutvolle Natur sein. Mit Logik und Konsequenz muß er den einmal als richtig erkannten Weg beharrlich gehen und den Ausschuss zu dieser Einsicht erziehen. Mit falschen und veralteten Ansichten und Mitteln muß er aufräumen. Der Ausschuss muß planmäßig nach einer bestimmten Richtung mit dem Obmann arbeiten. Wenn der erste Funktionär den Ausschuss wie ein Bleigewicht auf alle Wege mit schleppen muß, dann gibt es trotz seines Fleißes kein gedeihliches Arbeiten. Seine Tätigkeit erschöpft sich nach dem Gesagten nicht, wie man bisweilen oft glauben

kommt zu jenen Zuständen der Kreislaufstörung, die als eine Ironie des Geschicks betrachtet werden können, indem gerade diejenigen, die das Wasser stets verabscheuten, an „Wassersucht“ zugrunde gehen! Oder der Alkohol greift auf ein anderes Gebiet. Man sieht kleine schwarze Flecken im Zimmer auf sich zukommen, man wähnt sich verfolgt, man bekommt einen Tobfuchtsanfall und der Sauerwahnsinn ist ausgebrochen!

Aber noch lange, bevor diese schweren Folgen des Alkoholmissbrauchs auftreten, wirkt der Alkoholenuss, auch der sogenannte „mäßige“, gesundheitsschädigend. Die Widerstandskraft des Körpers wird herabgesetzt, namentlich das Personal, welches stundenlang in Sturm und Wetter draußen Dienst verrichtet, ist den Witterungseinflüssen weniger gewachsen und verfällt leicht den rheumatischen Erkrankungen. Der durch Alkohol geschädigte Körper ist der Anstreckung durch Tuberkulose in höherem Maße preisgegeben. Andere Infektionskrankheiten, zum Beispiel Lungenentzündung, Rosslauf und andere verlaufen schwerer. Der Alkohol als vorzügliches Nervengift schädigt das Seh- und Hörvermögen, und der Farbensinn, gerade für unsere wichtigsten Signalfarben im Betriebsdienst, für Rot und Grün, kann frühzeitig gestört werden. Die vornehmste Funktion des menschlichen Gehirns, der Verstand, leidet stark unter dem Alkohol. Bei gewöhnlich sich abwickelndem Verkehr wird alles gut gehen, klappt ja alles Jahr aus, Jahr ein, aber gerade in kritischen Momenten, wo Geistesgegenwart, rasche Ueberlegung not tut, wird das Gehirn versagen, da es seine Regsamkeit eingebüßt hat.

Aber nicht nur die geistige, auch die körperliche Leistungsfähigkeit wird herabgesetzt, dabei wird, wie aus dem eingangs Angeführten abzuleiten, erhöhte Leistungsfähigkeit vorgeläuscht. Diese Täuschung führt dazu, daß wir uns im Dienste mehr zutrauen, als wir tatsächlich leisten können. Wir glauben eine Stuppelung oder Weichenstellung noch vornehmen zu können und siehe da, wir haben die Gefahr, die Zeit unterschätzt und im nächsten Augenblick, von der Maschine erfasst oder zwischen die Räder geraten, bezahlen wir mit dem Leben die Täuschung durch die trügerische Wirkung des Alkohols. Oder wir glauben eine Rangierung auf einem Geleise noch vornehmen zu können, dabei überrascht uns der einfahrende Zug und unter den Trümmern liegen begraben unschuldige Opfer des Dämons Alkohol! Indirekt führt daher der Alkohol zur Vermehrung der Unfallgefahr und schädigt unsere Gesundheit durch Unfälle.

machen will, bloß in der Leitung von Sitzungen und Versammlungen allein, obwohl die ganzen Verhandlungen durch einen geschickten Vorsitzenden in ihren Ergebnissen erhöht und wertvoller gemacht werden. Er muß auf vielerlei Dinge Rücksicht nehmen: Es darf ihn nie der Gedanke übermannen, daß er der Erste ist, um den sich die Ortsgruppe zu drehen hat, sondern muß eingedenk sein, daß er nur der Erste unter den Ersten ist.

Persönliche Streitigkeiten darf er niemals zu einer Organisationsfrage ausreifen lassen und bei Ausschließungen von Mitgliedern hat er mit der peinlichsten Genauigkeit vorzugehen und alle dagegen sprechenden Momente mit Ernst zu würdigen. Die Beschlüsse, die gefaßt werden, muß er selbst bis zur letzten Konsequenz durchführen und respektieren. Auch soll er die ganze Ortsgruppe in kurzen Zeitabschnitten überprüfen und durch seinen Fleiß und Ausdauer die anderen gleichfalls zur Mitarbeit anspornen. Die Hauptarbeit des Obmannes ist die Agitation. Als tüchtiger Taktiker muß er jede sich ergebende Situation für seine Ortsgruppe ausnützen, die fernstehenden Kollegen zur Organisation heranziehen und festhalten. Außerdem hat er den Verkehr mit den Mitgliedern und der Zentrale herzustellen und den gestellten Bedürfnissen genaueste Rechnung zu tragen. Schnelligkeit und Pünktlichkeit ist in der Organisation schon der halbe Erfolg. Die kleinste Verzögerung kann oft die beste Sache unmöglich machen. „Brodler“ und „Sandjäger“, auch jene, die auf Bequemlichkeit Anspruch erheben, können als Obmann nicht in Betracht gezogen werden.

Auch die Ordnung in einer Ortsgruppe aufrechtzuerhalten, ist von hohem Wert. Ordnung ist das halbe Leben. Die Ordnung darf aber nicht zur Pedanterie, zur Spielerei ausarten. Dazu ist in einer Organisation keine Zeit. Nebenstunden dürfen keine Hauptsaachen, Hauptsaachen nicht Nebenstunden sein. Bei all diesen Arbeiten darf er auf seine eigene Ausbildung nicht vergessen. Alle Begebenheiten und Vorkommnisse in seinem Beruf muß er rasch erfassen und verfolgen und die Konsequenzen und Nutzenwendungen ableiten. Alles und jedes innerhalb der Partei muß in seinen Händen zum Agitationsmittel werden. Dieses Wert muß nun der Obmann Tag um Tag, Woche um Woche mit der größten Umsicht und Hingebung im Gange halten. Was dem Obmann sonst noch an Arbeit zusteht, erzieht man aus der Geschäftsordnung Seite 14 bis 16 unserer Statuten. Um dies alles zu bewältigen, muß der Ausschuss ihm einen ebenbürtigen Stellvertreter und einen tüchtigen Schriftführer zur Seite stellen. Das Schriftführeramt wird bei uns ganz in Schattens gestellt und bedeutet in manchen Orten das fünfte Rad am Ortsgruppenwagen. Der Schriftführer soll nicht bloß die Sitzungs- und Versammlungsprotokolle führen, sondern soll der Korrespondent überhaupt und Redakteur der Ortsgruppe sein. Er soll des Obmannes rechte Hand erweisen. Der Ortsgruppenobmann vertritt aber auch in dem Umkreis seiner Ortsgruppe den Sekretär und Obmann der Zentrale. Wenn also die Ortsgruppe in der Weise geleitet, geführt und bestellt wird, wird sie in jeder Hinsicht den Anforderungen entsprechen und zur eigenen und zur Freude der Mitglieder reichlich Früchte tragen. Neben dem Kopf kommt in nächster Linie das Herz für die Organisation in Betracht, welchem ich praktisch den Namen Kassier beilege.

IV.

Die Funktion des Herzens kennt jeder. Einen Augenblick mit der Arbeit einhalten, bringt den sicheren Tod mit sich. Den Schaden, den ein ungenauer oder gar frauduloser Kassier anrichtet, kann der beste Obmann

Auch außer dem Dienst kann indirekt der Alkohol gesundheitsschädigend wirken, indem er uns, namentlich in „lustiger“ Gesellschaft, durch Lähmung der Hemmungen (Erziehung, Kritik) verleitet, Vergnügen dort zu suchen, von wo wir uns nächstern mit Abscheu abwenden. Hier kann man sich den Keim für langjähriges Siechtum (Tripper, Syphilis) holen.

Bevor ich die lange Reihe der gesundheitsschädlichen Folgen des Alkoholenusses, die ich kurz geschilbert habe, abschließe, kann ich nicht unerwähnt lassen, daß die unter Alkoholeinwirkung erzeugten Kinder „die Sünden der Väter“ hart büßen müssen. Solche Kinder sind lebensschwach, geistig und körperlich entartet. Idiotie (Blödsinn), Epilepsie (Fallstucht), Nachtblindheit sind ererbte Krankheiten. Ein trauriges Erbe!

Die letzteren Komplikationen des Alkoholenusses: Anfälle, Entartung, entartete Kinder können auch die Folgen eines einmaligen, ausnahmsweisen Alkoholenusses sein, zu welchem doch unsere Trinksitte genügend Gelegenheiten bieten. Taufe, Hochzeit, Begräbnis — Trinkgelegenheiten; Beförderung, Auszeichnung — Trinkanlaß. Jedes Ereignis von der Wiege bis zum Grab spült man mit Alkohol hinab; jedes freudige und traurige Moment im Leben kann willkommenen Anlaß zum Trinken geben! Der Vollständigkeit halber muß ich noch erwähnen, daß der Alkohol ein häufiger Anlaß zu Disziplinaruntersuchungen ist, die wirtschaftliche Wohlfahrt des einzelnen bedrohen kann und eine Gefahr für die Betriebssicherheit bildet. Hier muß ich betonen, daß ich nicht etwa der Ansicht bin, daß gerade der Eisenbahner zu viel trinkt oder nur der Eisenbahner viel trinkt. Nein, die große Mehrzahl der Bevölkerung trinkt noch immer zu viel. Aber gerade der Eisenbahner in seinem gefahrreichen, verantwortungsvollen Dienst ist in erster Linie dazu berufen, im Kampfe gegen den Alkohol zum eigenen Wohle und zum Wohle der Gesamtheit einzutreten. Nachdem er aufgeklärt wurde, daß alle die guten Eigenschaften des Alkohols auf Täuschung beruhen, nachdem er die Gefahren des Alkohols kennen gelernt hat, bleibt für ihn keine andere Wahl als gänzliche Enthaltensamkeit von allen geistigen Getränken. Damit ihm dies erleichtert werde, ist es notwendig, im Kreise von Gleichgesinnten Ermunterung und Stärkung zu finden. Hierzu eignet sich nebst den anderen Enthaltensamkeitsvereinen vorzüglich die Sachorganisation: der Eisenbahner-Alkoholgegnerverband.

und arbeitsfreudigste Ausschuss in Jahren aufreibendster Arbeit nicht wieder gutmachen. Der Kassier soll die selbstlose Ehrlichkeit und die peinlichste Ordnung selber sein. Die Mitglieds- und Kameradschaftsgelder sind eine gar heisse Sache, die man unbezehen nicht jedem anvertrauen kann. Daher ist neben der Wahl des Obmannes bei der des Kassiers die allergrößte Sorgfalt anzuwenden und die beste Auslese zu treffen. Es gibt Leute, die für vielerlei Funktionen Ersprießliches zu leisten vermögen, nur mit Geld darf man sie nicht hantieren lassen. Hier versagen sie sofort. Trinker, Spieler und Leute, die mit großer Not zu kämpfen haben, dürfen für einen solchen Posten nicht in Aussicht genommen werden. Wer diesen Leuten eine solche Funktion anträgt oder ausnötigt, macht sich mit schuldig an allen Folgen, die dadurch eintreten werden. Bei der Auswahl der Person ist Bedacht zu nehmen, daß der Kassier nicht bloß Kassier und sonst nichts sei. Soll er seine Aufgabe richtig erfüllen, so muß er auf allen Gebieten der Organisation genau Bescheid wissen. Der Kassier muß unter den Ausschussmitgliedern am besten mit den Bedürfnissen seiner Organisation vertraut sein und denselben auch Rechnung tragen. Ein Ausschuss, der sich um jedes Sechserl mit dem Kassier raufen muß, kann seine gestellten Aufgaben nicht erfüllen. Eine Gewerkschaft ist kein Sparverein, dessen Zweck die Anhäufung von Geldern ist. Ein Ortsgruppenkassier, der für den Ausbau der Organisation und die Agitation die Mittel verweigert, ist ein Verschwenker. Kein angelegtes Geld trägt so viel und so reichliche Zinsen, wie eine vernünftige, planmäßig betriebene Agitation und eine zielbewusste Aufklärungsarbeit. Wer bei allem und jedem handelt und knausert, wird immer übers Ohr gehauen. Damit ist durchaus nicht gemeint, daß der Kassier Anforderungen, die problematischer Natur sind, erfüllen soll. Seine Einnahmen sind begrenzt, sie haben keine Erweiterungsmöglichkeit, er muß daher haushalten verstehen. Er muß sich daher nach der Decke strecken. Das Wichtigste muß befriedigt, das Unwichtigste verschoben werden. Eine vernünftige Sparsamkeit muß ein tüchtiger Kassier jederzeit üben und dafür Sorge tragen, daß die Organisation nicht wie der Friedrich mit der leeren Tasche dasteht. Einem Kassier, der nach dieser Richtung hin seine Funktion ausfaßt, muß die größtmögliche Selbstständigkeit gewährt werden. Schränkt einem solchen Funktionär der Ausschuss seine Wirksamkeit ein, horcht er nicht auf seine erfahrene Stimme, dann tritt in der Regel der Wurstigkeitsstandpunkt ein, der zum Verfall der Ortsgruppe führt. Jede Einschränkung führt natürlich auch zur Niederlegung dieser wichtigen Funktion. Sechzig bis siebzig Prozent aller Kassiere legen wegen Ueberbürdung und Verekelung alljährlich ihr Mandat zurück. Welche Verwirrungen und Schäden dadurch in der Verwaltung entstehen, haben nur wenige eine Vorstellung davon. Kaum ist ein Kassier in die vielseitige Arbeit eingeweiht, tritt ein neuer in Funktion, und nun beginnt in der Zentralverwaltung immer von neuem wieder das alte Spiel, den Kassier zu unterrichten und die Kassengeschäfte zu regeln. Daher soll die Funktion des Kassiers recht lange stabil bleiben. Alle staatlichen Verwaltungskörper, jedes private Geschäfts- und Handelshaus erkennen den Wert einer guten Verwaltung unumwunden an und sind bemüht, dieselbe nur den fähigsten Leuten anzuvertrauen. Das Musterland geordneter Verwaltung, England, hat zu dem Schatzkanzleramt stets die besten und intelligentesten Köpfe der Nation hierzu berufen. Lord Georg (sprich Schorich) gibt bis auf den heutigen Tag dafür Zeugnis. Deutschland tut dasselbe. Die gute Verwaltung der deutschen Eisenbahnen hat eine europäische Berühmtheit erlangt. Selbst Österreich, das Musterland schlechtesten Verwaltung, würde es sich zehnmal überlegen, ob sie die Finanzen und die Verwaltung des Staates einem Wienerth oder Stürgh überantworten darf. Die Namen Kaiser, Böhm-Bawerk und Mayer legen für das Gesagte hinlänglich Zeugnis ab, welche Vorsicht der Staat in der Auslese und bei Befetzung solcher Ämter verwendet. Sollten die Genossen aus diesen Zeilen bei bevorstehenden Neuwahlen in den Ortsgruppen die Nutzenwendungen ziehen, so wäre der beabsichtigte Zweck erreicht. Die Organisation würde auf gesündere und sichere Grundlagen gestellt, und damit wäre ihre einer der unschätzbarsten Dienste geleistet worden.

R. M.

Der Mehrwert.

Ein Wort, vielmehr ein Begriff ist es, der in den sozialistischen Agitationsreden, in den Argumentationen der Vertreter des Klassenbewußten Proletariates immer wiederkehrt, weil sich auf ihn alle Forderungen des letzteren aufbauen: Der Begriff des Mehrwertes. Was hat man darunter zu verstehen?

Nach der ältesten Auffassung erscheint der Mehrwert als ein bloßer Aufschlag auf den ursprünglichen Gesiehungspreis. Die Unternehmer, welche diese Auffassung propagierten, hielten sich höchst oberflächlich an das Ergebnis des äußeren Vorganges beim Verkauf einer Ware. Weil der Käufer für eine Ware mehr zahlen muß, als sie dem Verkäufer kostete, glaubte man, daß darin der Mehrwert liege und zu suchen sei. Was der Käufer mehr leistete, gewann der Verkäufer und das sollte der Mehrwert sein: Der Gewinn bei der Veräußerung! Später kam man darauf, daß die Preiserhöhung in der Warenkalkulation — der Handelspraktik also — nicht alles ist, was der Unternehmer einfaßt, daß ganz andere Umstände — die bei dem Produktionsvorgange selbst — zur Erklärung herangezogen werden müssen. Man fand heraus, daß der Ueberschuß des Arbeitsertrages über den

Lohn des Arbeiters der Ausgangspunkt für den Kapitalzins und die Bodenrente sei, und der berühmte englische Nationalökonom Adam Smith entdeckte die zur Erzeugung einer Ware notwendige Arbeit als die Quelle des Wertes. Er führte Bodenrente wie Unternehmergewinn auf die Differenz zwischen dem Werte einer Ware und dem Arbeitslohn zurück. Aber Smith ist einseitig oder unvollständig, wenn man will. Er sieht nur oder vorwiegend die „Arbeit der Unternehmer“; diese schiebt er in den Vordergrund, sie ist ihm die Hauptquelle des Mehrwertes. Konsequenter ist Ricardo; er unterscheidet beide sofort und bestimmt den Wert der Ware durch die Arbeit des Arbeiters. Trotzdem gerät auch er in Widersprüche und seine Anhänger schroten die Lehre tentenziös zugunsten der Unternehmer gegen die Arbeiter aus. Zwar wird anerkannt, daß die Grundrente ein Abzug vom Profit (Arbeitsvertrag), der müßige Grundherr daher ein Parasit sei, der den Reichtum der Gesellschaft nicht vermehrt. Sinegen sei der Unternehmergewinn eine selbstverständliche gerechte Sache und die Unternehmer daher eine notwendige Gesellschaftsklasse, ohne die es keine Arbeitsgelegenheit und keine Entfaltung der Produktivkräfte gäbe. Ohne Unternehmer wäre kein Profit, also keine Kapitalakkumulation möglich. Je größer der Profit, desto reicher wächst das Kapital, desto mehr Arbeiter kann es beschäftigen.

Mit dieser Auslegung sind natürlich weder die Grundbesitzer noch die Arbeiter einverstanden. Der Pfaffe Mathus ergriß das Wort und setzte auseinander, daß die Grundherren, Beamten und Pfaffen erst den Profit des Unternehmers realisieren, weil sie ja dessen Waren kaufen. Würden sie dies nicht tun, wie käme dann der Unternehmer zu seinem Profit? Neue konsumierenden Klassen sind also die Schöpfer des Profits! Zwar konsumieren auch die Arbeiter; aber im Verhältnis zu den genannten besitzenden Klassen doch weniger, weil ihr Lohn zu klein ist, um den Wert der (von ihnen erzeugten) Waren aufzuwiegen. Womit Mathus freilich keine Unwahrheit sagt: Der Arbeitslohn ist wirklich kleiner als der Wert der erzeugten Ware. Aber was daraus folgt, sagt er nicht, der fromme Mann, sondern verächtelt es hübsch im Interesse der besitzenden Klassen, deren Wohlbefinden ihm eben ans Herz gewachsen ist. Er bleibt dabei: Die reichen Schichten der Gesellschaft können mehr kaufen; also sind sie die Erhalter und Nährer der industriellen Produktion. Lebensmittel aber werden zu wenig erzeugt, so daß der arme Arbeiter mit seinem geringen Verdienst zu kurz kommt. Wer kann dafür? Der liebe Herrgott, der leider nicht mehr Erdäpfel wachsen lasse. . . . Wer hätte das von dem gütigen Herrn gedacht? Daß der Pfaffe damit die ärgste Gotteslästerung aussprach, war er sich vielleicht nicht bewußt; er war noch stolz darauf, dieses Grundgesetz der Natur enthüllt zu haben!

Bei dem Meinungsstreit um die Ursachen des Mehrwertes blieben die Arbeiter nicht stille, und da es damals schon Sozialisten gab, die sich kein Blatt vor den Mund nahmen, so erfuhr die staunende Welt, daß die Arbeit die Quelle des Wertes, das Kapital dagegen unproduktiv ist und alles Einkommen der Besitzenden aus der unumenschlichen Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft fließe. Natürlich war damit noch nicht völlig Klargestellt, warum sich die Arbeiter mit dem kargen Lohn begnügen und den Ertrag ihrer Arbeit den Kapitalisten schenken müssen. Die Klarstellung gelang auch nicht so bald. Je mehr sich der Kapitalismus entwickelte, desto verwickelter wurde sein Gefüge. Die Folge war, daß sich die Uebelstände immer fühlbarer machten, natürlich zunächst nur den Arbeitern, und eine mehr heftige als verständnisvolle Kritik setzte ein. Die Arbeiter wehrten sich so, wie dies eben zu Anfang der Entwicklung nicht anders möglich war: durch Krawalle, Revolten und dergleichen. Natürlich war auf diesem Wege der Kapitalismus nicht zu reformieren, geschweige denn zu beseitigen; das war übrigens auch nicht der Zweck der Aufstände. Vielmehr sollte die Staatsgewalt von der einseitigen Parteinarbeit zugunsten des ausbeuterischen Kapitalismus abgelenkt werden. Aber während die Arbeiter sich für ihren Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung Raum und Freiheit zu verschaffen suchten, ging der Streit der Meinungen über den Ursprung des Mehrwertes weiter.

Man war in der Theorie der politischen Ökonomie — wie die Lehre von der Volkswirtschaft genannt wurde — bei dem Punkte angelangt, daß Bodenrente, Kapitalzins und Unternehmergewinn aus der Produktion abzuleiten seien. Dabei wurde die Gütererzeugung als kapitalistische Warenproduktion aufgefaßt und diese als die normale Art der Warenerzeugung angesehen. Unter Kapital verstanden die Wortführer der Kapitalisteninteressen die Gesamtheit der Arbeitsmittel und der Vorräte; der Lohn werde durch die Menge der Arbeitsmittel bestimmt, die produziert werden kann. Die immer schärfer sich zuspitzenden Klassengegenstände erklärten sie für eine Folge der sozialistischen Agitation. Nur die sozialistischen Denker ahnten, daß das Kapital auf der Armut der Massen aufgebaut, durch diese bedingt, also nicht göttlich, sondern sehr menschlichen Ursprunges sei; daß das Verhältnis der Menschen zueinander, daß die Gesellschaftsordnung, in welcher eine derartige Teilung des Arbeitsertrages vorkam, etwas Gewordenes sei, das nicht ewig bestehen könne, auch nicht ewig bestehen müsse.

Der Chartist Jones sah im Kapitalismus nur eine bestimmte Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung, der andere folgen würden, weil ja doch alles — also auch die Bedingungen der Gütererzeugung und demgemäß auch die Art der Produktion — verändert sei. . . .

Schon Ricardo hatte von dem gesellschaftlichen Charakter der Arbeit gesprochen, wodurch der Wert bestimmt werde. Karl Marx umschrieb diesen Gedanken näher, er präziserte ihn und führte die einzelnen individuellen Arbeiten auf die gesellschaftliche Durchschnittsarbeit zurück, die die wertbildende Substanz hervorbringt. Profit und Rente sind Erzeugnisse der gesellschaftlichen Durchschnittsarbeit. Wie es bei ihrer Erzeugung zugeht, das hat nun Karl Marx zum Gegenstande einer eindringlichen Untersuchung gemacht: die ganze Hölle der Ausbeutung, die von seinen bürgerlichen Vorgängern und Zeitgenossen mit täuschenden Phrasen wie mit glühenden Tüchern verhängt wurde, der gewinnvolle Fetzenfessel des Kapitalismus wurde von Karl Marx in bengalischer Beleuchtung vorgeführt: Jetzt sahen es die Arbeiter, sah es die ganze Welt, alle, die überhaupt sehen

wollten, wie der Mehrwert entstand und damit auch, wenn der Reichtum der Kapitalisten, den ihre lumpigen Soldnechte für den Reichtum der Nation ausgeben, sein Dasein verdanke: der Ausbeutung. Alle die Widersprüche, in die sich die Nationalökonomien verwickelt hatten, löste Marx ebenso geduldig, wie scharfsinnig auf. Er unterschied genau den Produktionspreis vom Wert, den Profit vom Mehrwert und faßte den gesellschaftlichen Mehrwert, welcher durch die Differenzen des Wertproduktes der gesellschaftlichen Arbeit und des Wertes der menschlichen Gesamtarbeitskräfte bestimmt wird, als den Fonds auf, der nach dem die Preisbildung beherrschenden Gesetz der Durchschnittsprofitrate auf die einzelnen Kapitalisten verteilt wird. Karl Marx ist nicht der Entdecker des Mehrwertes, aber er hat nachgewiesen, wie die scheinbar dem Wertgesetz widerstrebenden Erscheinungen des Profits nur als Quoten des Mehrwertes begriffen werden können. Er widerlegte den Irrtum von Smith, daß der Wert reißlos in Arbeitslohn, Kapitalprofit und Grundrente sich auflöse und daß der erstere nicht mit der Kapitalakkumulation überhaupt, sondern nur mit dem variablen Kapital (Arbeitslohn) wachse. Die Verteilung der Arbeit auf die Produktionszweige paßt sich dem Verhältnis des konstanten (unbeweglichen festen investierten) Kapitals zum variablen und dieses zum Mehrwert an. Die Anpassung ist vollzogen, wenn das konstante Kapital und der akkumulierte Teil des Mehrwertes der Konsumtionsindustrien gegen das variable Kapital und den konsumierten Teil des Mehrwertes der Produktionsmittelindustrien umgekehrt werden. Diese Anpassung kann sich allerdings immer nur als das Ergebnis von Störungen und Krisen vollziehen, welchen die Kapitalisten vergebens durch Kartellbildungen und sonstige Organisationen zu entgehen und entgegenzuwirken trachten.

Indessen sinkt die Profitrate, das ist jener Teil des Mehrwertes, welcher sich aus dem Verhältnis des gesamten Mehrwertes zu dem in der Erzeugung angewendeten Gesamtkapital und Arbeitslohn ergibt. Karl Marx zeigt daß sich Kapital nicht bloß gegen Arbeitslohn, Unternehmergewinn und Bodenrente, sondern auch gegen anderes eintauschen lasse und daß diese langsamer wachsen können, als das Kapital; daß bei gleicher Mehrwertrate und gleicher Verteilung von Lohn, Unternehmergewinn und Bodenrente die Profitrate sinkt, wenn das konstante Kapital schneller wächst, als das variable. Diese Tendenz der allgemeinen Profitrate zum Sinken ist nur ein der kapitalistischen Produktionsweise eigentümlicher Ausdruck für die schreitende Entwicklung der gesellschaftlichen Produktionskraft der Arbeit, das heißt, daß dieselbe Arbeiterzahl, dieselbe Menge Arbeitskraft infolge der innerhalb der kapitalistischen Produktion sich entwickelnden Produktionsmethoden eine stets wachsende Masse Arbeitsmittel, Maschinen- und fixes Kapital aller Art Roh- und Hilfsstoffe in derselben Zeit in Bewegung setzt und verarbeitet; daß ein konstantes Kapital von unansehnlich zunehmendem Wertumfang entsteht; daß der Kapitalakkumulationsprozess und die Kapitalbildung immer größere Dimensionen annehmen.

Unsere Hinterbliebenenunterstützung in Aktion.

Aus dem neugegründeten Fonds wurden für folgende Sterbefälle die bereits festgesetzten Hinterbliebenenunterstützungen ausbezahlt:

- Güttel Friedrich in Auggig;
- Eubisch Franz in Teplitz;
- Tenk Maria in Lundenburg;
- Kinast Josef in Hellerndorf;
- Degelegger Theresia in Stainach-Erdung;
- Anapil Anna in Wien II;
- Rabernig Jakob in Villach und
- Kemptner Cecilia in Klein-Neifling.

Wir erachten es als unsere Pflicht, euch nochmals auf die Begünstigungen aufmerksam zu machen, die jenen Mitgliedern gewährt werden, welche noch bis zum 31. März 1912 dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds beitreten:

Alle jene Mitglieder des Allgemeinen Rechtschutz- und Gewerkschaftsvereines, welche am 1. Jänner 1912 bereits drei Monate dem Allgemeinen Rechtschutz- und Gewerkschaftsvereine angehören und dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds spätestens bis 31. März 1912 beitreten, haben keine Karenzzeit, das heißt sie haben sofort Anspruch auf die auf sie entfallende Hinterbliebenenunterstützungssumme.

Alle Personen, welche bis zum 31. März 1912 dem Allgemeinen Rechtschutz- und Gewerkschaftsverein und auch dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds beitreten, haben eine dreimonatige Karenzzeit, das heißt sie haben auf die ihnen zukommende Unterstützungssumme erst nach dreimonatiger Mitgliedszugehörigkeit zum Hinterbliebenenunterstützungsfonds Anspruch.

Jenejenigen, die erst nach dem 31. März 1912 dem Allgemeinen Rechtschutz- und Gewerkschaftsverein und dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds beitreten, haben eine zweijährige Karenzzeit, das heißt sie haben erst nach zweijähriger Zugehörigkeit zum Fonds Anspruch auf die auf sie entfallende Hinterbliebenenunterstützungssumme.

Für Mitglieder, die vor Ablauf der vorgezeichneten Karenzzeit durch einen Eisenbahnunfall getötet wurden, ist die Karenzzeit mit dem Todesstage abzulaufen.

Nachdem nur den bis zum 31. März 1912 Beitretenden die kurze Karenzzeit gewährt werden kann, so wollen die Funktionäre und Vertrauensmänner die Mitglieder darauf aufmerksam machen, daß bei einem späteren Beitritt unbedingt an der zweijährigen Karenzzeit festgehalten werden muß.

Ferner bringen wir zur Kenntnis, daß die Beitragsleistung mit jenem Monat beginnt in welchen der Beitritt zum Hinterbliebenenfondserfolgt. Es haben daher alle Mitglieder, welche im Monat Jänner dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds beigetreten sind, von dieser Zeit an die Beiträge zu zahlen.

Gleichzeitig ersuchen wir die Ortsgruppenkassiere um die sofortige Einlegung der ausgefüllten Beitrittserklärungen.

Neue Beitrittserklärungen sind bei der Zentrale anzufordern. Die Zentraleleitung.

Ein sozialdemokratisches „Geständnis“.

Durch die Schriftleiterpresse macht jetzt folgende Notiz die Kunde:

In der letzten Nummer der sozialdemokratischen Zeitschrift „Der Kampf“ bespricht der ehemalige sozialdemokratische Abgeordnete Rudolf Müller in einem Aufsatz unter dem Titel: „Die Rehrseite der Eigenhäuser“ das Eigenhausproblem und weiß nicht genug Schwierigkeiten aufzuzählen, die sich der Errichtung eines eigenen Heims durch den Arbeiter entgegenstellen. Aber Müller verächtelt auch seinen eigentlichen Beweggrund zu dieser Stellungnahme nicht, denn er sagt unter anderem: „Das Eigenhaus birgt noch andere, und zwar sehr schwere Gefahren für die gesamte Arbeiterschaft: es untergräbt ihre Solidaritätsbestrebungen und Organisationsmöglichkeiten. Je mehr Arbeiter bodenständig werden, desto mehr Kämpfer werden dem Klassenkampf entzogen!“ Naktter kann der Parteigoismus schon nicht mehr zutage treten. Wir sind aber Herrn Müller für diese „Geständnis“ dankbar, daß unsere wiederholt geäußerte Behauptung auf Richtigkeit beruht: der Sozialdemokratie handelt es sich nicht um eine Verbesserung der Lage der Arbeiter, sondern allein um die Verschärfung des Klassenkampfes, und dazu braucht sie arme, unselbständige Arbeiter. Die Führer — siehe Dr. Renner u. s. w. — dürfen ruhig bodenständig werden und sich Willen errichten, dem Arbeiter ist selbst ein kleines Häuschen mißgönnt. Er könnte ja sonst zufrieden leben und damit wertlos für die sozialdemokratische Politik werden. — Es ist der nackte Parteigoismus, der aus diesen Sätzen spricht; es ist aber zugleich der höchste Hyminismus, denn es wird offen ausgesprochen, daß das Wohl des Arbeiters nichts bedeutet gegenüber dem Wohl der „Partei“, das heißt der Parteiführer. Wozu die Arbeiter kämpfen müssen, wenn es ihnen doch verwehrt wird, das Ziel des Kampfes zu erreichen, das bleibt dunkel, man wolle denn annehmen, daß es für jeden Sozialdemokraten der höchste Genuß ist, seine Führer auf die Jagd gehen, im Automobil fahren und herrschaftliche Willen bewohnen zu sehen.

Diese Auslassung der nationalen Blätter zeigt, wie nicht bald eine andere, die erstaunliche Unwissenheit, Albernheit und Unredlichkeit der Herren Schriftleiter. Sie fasseln von einem Geständnis. Sie tun, als ob Genosse Müller ein von den „Parteiführern“ bisher vor der Masse der Genossen angehaltenes Geheimnis ausgeplaudert hätte. Die Schreibnechte des Nationalismus wissen nicht, daß, was Genosse Müller in den — übrigens unvollständig — zitierten Sätzen sagt, in der sozialdemokratischen Literatur schon tausendmal und schon vor vielen Jahren gesagt worden ist. Um nur ein Beispiel, und zwar keineswegs das älteste, herauszuheben: Gerade vor einem Vierteljahrhundert schrieb Engels in der Vorrede zu seiner Broschüre über die Wohnungsfrage:

Was auf einer früheren geschichtlichen Stufe die Grundlage eines relativen Wohlstandes der Arbeiter war: die Verbindung vom Landbau und Industrie, der Besitz von Haus und Garten und Feld, die Sicherheit der Wohnung, das wird heute, unter der Herrschaft der großen Industrie, nicht nur die ärgste Fessel für den Arbeiter, sondern das größte Unglück für die Arbeiterklasse, die Grundlage einer beispiellosen Erniedrigung des Arbeitslohnes unter seine normale Höhe, und das nicht nur für die einzelne Geschäftszweige und Gegenden, sondern für das ganze nationale (das Wort ist hier im Sinne von staatlich gebraucht.) Gebiet.

Engels hat also daselbe „Geständnis“ wie Genosse Müller schon im Jahre 1887 abgelegt und es war, wie gesagt, schon damals keine Neuigkeit. Die Partei hat immer die Auffassung vertreten, daß der Hausbesitz die Arbeiter schädigt. Dadurch schädigt, daß er ihnen die Freizügigkeit raubt. Der Arbeiter, der eine eigene Hütte hat, wird sich viel schwerer als ein „Sabenichts“ entschließen, in der Fremde Arbeit zu suchen. Er wird also, um seine Arbeit nicht zu verlieren, mit dem Fabrikanten nicht gern anbinden, und der Fabrikant macht sich das selbstverständlich zunutze: er drückt die Löhne herab und verschlechtert auch die anderen Arbeitsbedingungen. Aus dem Hausbesitz des Arbeiters zieht nicht der Arbeiter, sondern nur der Fabrikant Vorteile. Und darum kann die Sozialdemokratie eine Politik, die die Arbeiter in Hausbesitzer verwandeln will, nicht mitmachen, sie muß sie in der schreiffsten Weise bekämpfen. Und das haben wir auch seit jeher „eingestanden“. Aber was weiß so ein armer Teufel von Schriftleiter von der Theorie und Praxis des Sozialismus? Nichts, absolut nichts — und so hat die nationale Presse die großartige Entdeckung machen können, daß Genosse Müller „eingestanden“ hat, die Sozialdemokratie wolle nicht, daß die Arbeiter Häusler werden.

Die Notiz der Schriftleiterpresse offenbart aber, wie gesagt, nicht nur die Ignoranz und Dummheit, sondern auch die Unehrlichkeit ihrer Macher. Um nämlich zu beweisen, daß es sich um die Interessen der Arbeiter, sondern nur um die Interessen der „Führer“ handelt, haben die ehrenwerten Herren das corpus delicti, das „Geständnis“ des Genossen Müller, verflümmelt. Im „Kampf“ haben die Sätze, auf die sich die nationalen Blätter berufen, folgenden Wortlaut:

Das Eigenhaus birgt aber auch noch andere, und zwar sehr schwere Gefahren für die gesamte Arbeiterschaft, die nicht übersehen werden dürfen. Es untergräbt die Solidaritätsbestrebungen und Organisationsmöglichkeiten der Arbeiterschaft und hebt das Klasseninteresse der Arbeiter zum Teil auf oder vermindert es. Je mehr Arbeiter bodenständig und an das Haus gekettet werden, desto mehr werden dem Klassenkampf Kämpfer entzogen, desto geringer sind die Aussichten, erfolgreiche Lohnkämpfe zu führen und gute Sozialpolitik zu machen.

Die durch Sperrdruck hervorgehobenen Stellen hat die Schriftleiterpresse unterschlagen. Genosse Müller sagt: Besitzt der Arbeiter ein Haus, so wird er nicht mehr seine

ganze Kraft dem Kampf für seine proletarischen Interessen widmen. Ist er ans Haus gefettet, ist also seine Freizügigkeit eingeschränkt, so wird er sich im Lohnkampf nicht so halten können, wie sein besitzloser Arbeitsgenosse. Der Hausbesitz des Arbeiters gefährdet die sozialpolitischen Bestrebungen der Arbeiterschaft. Das alles hat die Schriftleiterpresse eskamotiert, um behaupten zu können, daß die „Führer“ den Klassenkampf nur wollen, damit sie sich Villen bauen und im Automobil herumfahren können. Daß Genosse Müller die in den untergeschlagenen Sätzen aufgestellten Behauptungen auch ausführlich begründet hat, verschweigen die Herren Schriftleiter selbstverständlich erst recht. Denn das Unanständigste ist diesen Herren immer das Natürlichste.

Die Abzüge für Stempel.

Viel böses Blut macht gegenwärtig unter den Eisenbahnbediensteten das Abziehen der Stempelgebühren. Zum weitaus größten Teil ist der Unmut, der unter den Bediensteten Platz greift, nur zu berechtigt. Die Direktionen kaprizieren sich darauf, die Stempelgebühren, die auf der durch die Bewegung bewilligten Quartiergelderhöhung entfällt, auf einmal abzuziehen. Bedienstete, die ein 50prozentiges Quartiergeld beziehen, erhalten per Monat eine Erhöhung von Kr. 4.16 und sollen, sofern sie Diener sind, folglich 5 Kr. an Stempelgebühren entrichten. Beamte und Unterbeamte haben von demselben Betrag Kr. 7.50 an Stempelgebühren zu entrichten. Es müssen also viele Bedienstete von der im ersten Quartal erhaltenen Quartiergelderhöhung einen ganz erklecklichen Teil als Stempelgebühr zurücklassen. Daß das für diejenigen, die schon mit aller Sehnsucht auf die paar Kronen Mehreinkommen gewartet haben, nicht angenehm ist, daß sie enttäuscht sind und ihrem Unmut freien Lauf lassen, das hätte den Direktionen wohl auch einleuchten können. So wie bekannt, haben aber alle Direktionen den Stempel sogleich und auf einmal abgezogen. Sollten wir einer damit unrecht tun, wird es uns sehr angenehm sein, berichtigungen zu können. Wir nehmen jede diesbezügliche Berichtigung sogar ohne den Hinweis auf den § 19 des Preßgesetzes auf. Ein anderer Grund zur Beunruhigung ist der, daß viele Bedienstete nicht wissen, wieviel ihnen eigentlich rechtmäßig abgezogen werden darf. Zur Verallgemeinerung dieser Beunruhigung tragen einige Direktionen noch dadurch bei, daß sie tatsächlich unrichtige Sätze anwenden und den Bediensteten zuviel abziehen. Um möglichst Klarheit zu schaffen, seien hier einige der gültigen Bestimmungen mit den notwendigen Erläuterungen hieher gesetzt.

Stempelpflichtig ist bei Bediensteten, die schon definitiv sind, das Mehreinkommen, das sie gegen früher nun erzielen oder auch Mehrbezug genannt. Dieser Mehrbezug wird, da das Dienstverhältnis des Eisenbahners als ein solches auf Lebenszeit erklärt worden ist, mit zehn multipliziert. Die Summe, die dabei herauskommt, muß nun, gehört der betreffenden Bedienstete der Dienerkategorie an, in der Stempelskala II nachgeschlagen werden, wo sofort daneben der Betrag steht, der für die Summe an Stempeln gezahlt werden muß. Sind es Unterbeamte oder Beamte, kommt Skala III in Betracht. Auf Seite 270 des Eisenbahnerkalenders sind die Skalen abgedruckt.

Der Vorgang beim Nachrechnen ist folgender: Ein Wiener, der Dienerkategorie angehörender Eisenbahner, erhält eine Quartiergelderhöhung von jährlich 100 Kr. Diese 100 Kr. sind Mehrverdienst gegen früher. Also ist zu rechnen $100 \times 10 = 1000$. Dann ist auf Seite 270 des Eisenbahnerkalenders nachzusehen. Dort steht in Skala II von 800 bis 1600 Kr. (also auch für 1000) ist eine Stempelgebühr von 5 Kr. zu entrichten. — Für Beamte und Unterbeamte, Skala III, steht für 800 bis 1200 Kr. sind Kr. 7.50 zu entrichten. Nun ist es für die Wiener schon klar. Wer 100 Kr. im Jahre mehr bekommt als früher, hat, wenn er Diener ist, 5 Kr., als Unterbeamter und Beamter Kr. 7.50 an Stempelgebühr zu entrichten.

Wie ist es aber mit denen, die keine Wiener sind, und 80, 70, 60 und 50 Prozent Quartiergeld beziehen? Für die gilt folgende Bestimmung: „Das Quartiergeld ist in allen Fällen mit Rücksicht auf die derzeitige Zulässigkeit einer Verlesung in dem für Wien systematisierten Ausmaß, und zwar auch dann in Rechnung zu ziehen, wenn der betreffende Bedienstete eine Naturalwohnung erhält oder sich in einer solchen befindet.“

Oder mit anderen Worten: alle in der Provinz wohnenden Bediensteten müssen ihr Quartiergeld so rechnen, als wenn sie es als Wiener (100 Prozent) bekommen hätten. Der Grund für diese seltsame Bestimmung, daß jemand nur 50, 60, 70 oder 80 Kr erhält und für 100 Kr. Stempelgebühr entrichten muß, liegt darin, daß die Möglichkeit besteht, daß jeder in der Provinz beschäftigte Bedienstete einmal nach Wien versetzt werden kann, und daß, wenn er dorthin versetzt würde, möglicherweise das k. k. Finanzärar um jene Differenz in der Stempelberechnung zu kurz kommen könnte, um welche eben der Bedienstete in der Provinz weniger gezahlt hat, als er bezahlen hätte müssen, wenn er bei Erhalt des Mehreinkommens nicht in der Provinz, sondern in Wien beschäftigt gewesen wäre.

Man sieht, das ist sehr nett. Weil die Möglichkeit besteht, daß ein Bediensteter nach Wien versetzt wird, müssen alle die in der Provinz sind, blechen. Wahrscheinlich und selbstverständlich ist natürlich, daß die weitaus größte Anzahl nicht nach Wien versetzt wird. Und wenn schon einer nach Wien versetzt wird, könnte ihm ja immer noch, wenn er in den Genuß des 100prozentigen Quartiergeldes gelangt, der Ergänzungstempel in Abzug gebracht werden. Das will aber das Eisenbahn- oder Finanzministerium nicht. Denn nur so, wie die Herren es wollen, machen sie ihren Rebbach. Und darauf läuft die ganze Geschichte ja hinaus. Schwere Tausender zieht das Finanzministerium so aus den Taschen der Eisenbahner heraus und es könnte darum schon wirklich in anderen Fällen gegen die Eisenbahner Iplendider sein.

Diese Bestimmung, daß für 50, 60 Kr. u. s. w. genau so viel an Stempelgebühren gezahlt werden als für 100

Kronen, erregt natürlich den größten Unwillen der Bediensteten.

Alles hier Gesagte gilt selbstverständlich auch für Unterbeamte und Beamte. Mit dem Unterschied natürlich, daß für sie die Skala III in Betracht kommt.

Der Vollständigkeit halber sei noch kurz angeführt, daß für provisorische Bedienstete, die ins Definitivum treten, für gewöhnlich das Siebenfache ihrer Bezüge gerechnet und je nach dem der betreffende Bedienstete, Diener oder Beamter oder Unterbeamter ist, nach der Skala II oder III berechnet wird.

Nun gibt es gegenwärtig bei der Berechnung des Stempels Komplikationen, oder besser gesagt, von manchen Direktionen werden solche unbegrifflicher Weise hervorgehoben. Zum Beispiel: Ein Diener avancierte am 1. Jänner 1912 um 100 Kr. Er ist in einem Orte mit 80 Prozent Quartiergeld oder 70, 60, 50 Prozent, das ist gleich, und hat also für den Stempel eine anrechenbare Summe von 100 Kr. Avancement und als Quartiergelderhöhung, obwohl er nur 80 Prozent u. s. w. erhält, entsprechend den vorhergehenden Ausführungen ebenfalls 100 Kr. in Anrechnung zu bringen. Er hat also 200 Kr. Mehrverdienst. Mehrverdienst $\times 10$ (wie oben erklärt) ergibt 2000 Kr. Skala II auf Seite 270 des Eisenbahnerkalenders saß, von 1600 bis 2400 Kr. sind zu zahlen Kr. 7.50. Wer also am 1. Jänner 1912 um 100 Kr. avancierte, kommt verhältnismäßig billiger mit dem Stempel weg. So wird es von vielen Direktionen auch geübt und so allein ist es richtig.

Andere Direktionen werden aber vom Teufel geritten. Für sie bekommt dieser Bedienstete nicht einen rechnungsmäßig anzusehenden Mehrverdienst von 200 Kr. jährlich. Nein, sie müssen da teilen, und so sagen sie: Der Diener, der um 100 Kr. avanciert, hat nach Stempelskala II 5 Kr. zu zahlen. Bekommt er außerdem noch eine Quartiergelderhöhung, so hat er natürlich wieder 5 Kr. zu bezahlen. Und so werden im Nu dem Bediensteten anstatt Kr. 7.50 10 Kr. abgezogen, was vollständig falsch ist. Wenn die Beamten, die so etwas verfügen, nur ein bißchen die Normaliensammlung, I. Band, juristisch-administrativer Dienst, in die Hand nehmen, so werden sie dort, von Seite 65 an, sehen, daß nur der Mehrgehalt und nichts anderes in Betracht kommt. Ein Zerlegen des Mehrgenusses oder Mehrbezuges in verschiedene Posten gibt es in der genannten Normaliensammlung nirgends. Ein Zerlegen dieses Mehrbezuges in einem Mehrbezug von Quartiergeld und einem von Avancement ist daher unstatthaft. Und alle Bediensteten, die am 1. Jänner 1912 avancierten und denen das anrechenbare Quartiergeld zum Avancement nicht dazugezählt, sondern extra in Anrechnung gebracht wurde, haben eine zu hohe Stempelgebühr entrichtet. Allen diesen Bediensteten ist zu raten, daß sie an der Hand der Skala II ausrechnen, was ganz leicht ist, welche Stempelgebühr sie zu entrichten haben. Finden sie, daß sie mehr bezahlen mußten, sollen sie im Dienstwege um Rückerstattung des zu viel in Abzug gebrachten Betrages ersuchen. Das ist das kürzeste und einfachste Verfahren, wenn man vermeiden will, durch unrichtige Handhabung der Bestimmung zu Schaden zu kommen. A. R.

III. Reichskonferenz

des Wächterpersonals sämtlicher österreichischer Eisenbahnen.

Die am 12. Februar 1912 in Wien im Favoritener Arbeiterheim abgehaltene III. Reichskonferenz des Wächterpersonals sämtlicher österreichischer Eisenbahnen war von außerordentlicher Bedeutung für diese Bahnbedienstetenkategorie. Im Vordergrund der Beratungen stand die Nachtdienstzulage. Dadurch, daß die Regierung von dem 38 Millionen Kronenbetrage, der vom Parlament zur Verbesserung der Bezüge der Staatsbahnbediensteten angefordert wurde, 17 Millionen abstrich, blieb das alte Unrecht bestehen, daß man den Wächtern allein von allen Nachtdienst versehenen Bedienstetenkategorien diese Zulage vorenthielt. Schon dieser Umstand machte die Einberufung der Reichskonferenz notwendig, damit den Vertretern der Bediensteten dieser Kategorie Gelegenheit geboten werde, neuerlich zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen. Die abgehaltene Reichskonferenz behandelte auch eingehend eine Reihe anderer wichtiger Wächterangelegenheiten, sowie sie sich auch ausführlich mit den Organisationszuständen unter den Wächtern beschäftigte, so daß die besten Erfolge von der Abhaltung dieser Konferenz zu erhoffen sind.

Die Konferenz war sehr gut besetzt. Es waren 173 Delegierte anwesend, die 139 Ortsgruppen vertraten. An den Beratungen der Konferenz nahmen weiter die Zentralpersonalkommissionsmitglieder der k. k. Staatsbahnen Genossen Sommerfeld und Spielmann und die Personalkommissionsmitglieder der Südbahn Genossen Herzog und Wagner sowie eine Anzahl Personalkommissionsmitglieder der k. k. Staatsbahnen und einiger Privatbahnen teil. Die Zentrale unserer Organisation war durch Genossen Adolf Müller und die Redaktion des „Eisenbahner“ durch Genossen Kraman vertreten. Bei der Konferenz waren ferner die Landessekretäre Genossen Brodecky, Popac, Kaczanowsky und Koranda anwesend. Reichsratsabgeordneter Genosse Tomšik erschien im Verlauf der Konferenz, da er durch anderweitige dringende Arbeiten verhindert war, der Konferenz von Anbeginn beizuwohnen.

In das Präsidium der Konferenz wurden Genosse Brandstätter (Gainsfeld) als Vorsitzender, Genosse Pfeffer (Südbahn) als Stellvertreter des Vorsitzenden und Genosse Süß (Wien) als Schriftführer einstimmig gewählt.

Nachdem Genosse Adolf Müller den Zweck der Abhaltung der Konferenz auseinandergesetzt hatte, ergriff als Referent zur Tagesordnung Genosse Sommerfeld das Wort. Er führte aus:

Wir Wächter wissen genau, daß wir immer als die Stiefkinder behandelt werden. Man hat uns zwar in die Dienerkategorie eingereiht, aber das Ministerium glaubt, damit genug für uns getan zu haben und will weiter für uns nichts mehr tun. Wir haben uns die Einreichung anders vorgestellt, so daß wir auch das alles erhalten werden, was die Diener der Kate-

gorie III haben. Aber diesbezüglich hat das Ministerium seine Zusicherungen nicht eingehalten. Das Ministerium hat uns dies zugesichert, so insbesondere auch in puncto Uniform und bezüglich der Berücksichtigung der älteren Diener. Man kann aber dagegen konstatieren, daß an den älteren Wächtern ein schweres Unrecht begangen wird. Mit 25 bis 30 Dienstjahren stehen die meisten von ihnen in der Gehaltsstufe von 1000 oder 1100 Kr. Nun wird wohl erklärt, daß sich dieselben früher kümmern und rühren hätten sollen. Aber wie war dies vor Jahren, wo der Organisation ungeheure Schwierigkeiten gemacht wurden, möglich gewesen? Wir wollen das, was geschehen ist, hinter uns legen lassen und sagen uns, daß wir auch für diese Leute arbeiten müssen. — Bezüglich des Gärtenausgleiches ist zu befürchten, daß die alten Diener nie an die Stelle kommen werden, wozu sie gehören. — Die zweite Frage ist die Uniformierung, bei der wir viel über das Ohr gebracht wurden. Man erklärte uns, es sei viel altes Tuch am Lager, wie auch naatte Pelze, so daß man die Wächter nicht mit den gleichen Uniformen betreiben könne, als die anderen Diener der Kategorie III. Dies scheint aber nur vorgebracht zu werden, um die Angelegenheit einschlagen zu lassen gegen das Vorhandensein von großen Vorräten spricht das Nichteinhalten der Termine zur Ausfolgung von Uniformstücken. Die naatten Pelze sind ein ganz unpraktisches Kleidungsstück. Ich habe in der Zentralpersonalkommission geschilbert, welche Mäntel erbehalten müßte, wenn Wächter bei einem Leidenbegangnis mit diesen naatten Pelzen ausrücken würden. Das hat wohl Heiterkeit bei den Vertretern des Eisenbahnministeriums erregt, aber nichts genügt, und die Wächter werden diese Angelegenheit schon auch mit Ernst betreten müssen. Sie sind mündig, bei der sich immer mehr wachsenden Verantwortlichkeit und Kompliziertheit des Dienstes der Wächter, benötigen diese einen immer höheren Grad dienstlicher Ausbildung, so daß wir auf die Durchführung der für die Wächter in der Zentralpersonalkommission gestellten Anträge beharren müssen. Im heurigen Jahre wurde die Zentralpersonalkommission überhaupt nicht einberufen und bei einzelnen k. k. Staatsbahndirektionen wird schon eine schriftliche Erledigung der für die Direktionspersonalkommissionsmitglieder ohne mündliche Verhandlung praktiziert. Wenn wir heuer nicht mehr einberufen werden, ist zu befürchten, daß dann mit der neuen Zentralpersonalkommission fünf Jahre lang ebenso umgegangen wird als mit der alten. In der Frage der Diensterteilung haben wir drei Diensterteilungen vorge schlagen. Aber man hat auf den Reservenlinien, so auch auf der Strecke Linz—Budweis, nicht einmal den 61/16stündigen Dienst eingeführt und es gibt heute noch Diensterteilungen, bei welchen die Arbeit zur Diensterteilung in einem krassem Mißverhältnis steht. Die Zentrale unserer Organisation tat in dieser Angelegenheit das Mögliche und es wurden auch in einzelnen Fällen Verbesserungen durchgeführt. Im allgemeinen blieb aber alles beim alten. — Man verweist bei der Nichtgewährung der Nachtdienstzulage auf die erfolgte Einreichung der Wächter, aber man war den Wächtern diese Einreichung schon lange schuldig gewesen. Es wird uns vorgehalten, daß die Beteiligung sämtlicher Wächter und der Substituten 4 Millionen Kronen beanspruchten würde. Dieser Betrag ist zweifellos zu hoch gegriffen, da ja der Wächter und sein Substitut nicht gleichzeitig Nachtdienstzulage erhalten würden. Außerdem ersfällt schon nach den Normen für die Wächter in vielen Fällen die Bezugsberechtigung der Nachtdienstzulage, so daß genauen Berechnungen nach im strengsten Falle ein Betrag von 2 Millionen Kronen beansprucht werden würde. Wir sind der Erwartung, daß die sozialdemokratische Fraktion im Parlament für die Eisenbahnbediensteten die noch fehlenden 17 Millionen Kronen herausgeben werde, daß dadurch diese Forderung der Wächter zur Durchführung gelangt. Auch von dem Gärtenausgleich sollten wiederum die Wächter mit Hinweis auf ihre erfolgte Einreichung ausgeschlossen werden. Reichsratsabgeordneter Genosse Tomšik intervenierte sofort beim Eisenbahnministerium in dieser Angelegenheit und es hatte diese Intervention den Erfolg, daß das Eisenbahnministerium die Zulagerung machte, auch die Wächter an dem Gärtenausgleich partizipieren zu lassen. Der Gärtenausgleich läßt aber die im Provisorium zugebrachten Dienstjahre unberücksichtigt, wovon hauptsächlich die Verkehrsdiener betroffen werden und es ist eine unabwiesbare Notwendigkeit, daß auch für diese Bediensteten etwas geschehe.

Es ist nun notwendig, daß die Vertreter des Personals draußen die Sache so schildern, wie sie tatsächlich ist, damit sich der Mißmut des Personals nicht gegen die ehrlichen Vertreter ihrer Interessen und gegen die Organisation richtet, sondern gegen die Schuldigen, die das Personal am Vorwärtskommen hindern. Die Massen der Bediensteten müssen darüber informiert werden, daß es nur schriftweise gelingt, Verbesserungen durchzusetzen, daß es aber besser werden muß, wenn das Personal in der einheitlichen Organisation zusammensteht und daß Uneinigkeit des Personals nur den Gegnern desselben willkommen ist. (Lebhafte Beifall.)

An der folgenden Debatte beteiligten sich die Genossen Berger, Wagner, Schiller, Rabinger, Graseder, Opal, Stöhr, Herzog, Adolf Müller, Nerlinger, Wagner, Gumlich, Navratil, Just und Bösmüller.

Ueber Antrag des Genossen Schuh wurde zur Prüfung der eingelangten Anträge eine Kommission eingesetzt, die aus nachfolgenden Genossen bestand: von den k. k. Staatsbahnen die Genossen Ullmann, Uhlir, Paul, Kojina, Doppel, Strda, Schuh, Schotterböck, Chladnik, Sojer, Anilich und Poloszaß, von der B. C. W. die Genossen Winkler, Friß, von der Südbahn die Genossen Holzner und Wagner, von der A. L. C. der Genosse Schill und von der C. W. A. Genosse Lenz.

Genosse Adolf Müller sprach im Verlauf der Debatte organisatorische und taktische Fragen. Er erklärte, daß man bei den Aktionen der Bediensteten berücksichtigen müsse, daß es nicht nur einen Teil, den fordernden, gibt und daß auch der andere Teil, der Unternehmer, seinen Einfluß geltend zu machen versteht. Der Woll der Bediensteten, über den geringen Anfall der Verbesserungen dürfe sich nicht gegen die Organisation kehren, sondern gegen den Unternehmer und gegen den untätigen Teil der Bediensteten. Wir werden stets so viel erreichen, als wir zu erreichen fähig sind. Durch unsere Kritik haben wir die bürgerlichen Abgeordneten gezwungen, für die 88 Millionen im Parlament zu stimmen. Bei der letzten Konferenz des Aktionskomitees hat uns der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion des Parlaments zugesichert, daß die Fraktion nicht ruhen wird, bis der volle Betrag für die Eisenbahner durchgesetzt ist. An uns ist es jetzt, draußen notwendige Auffklärung und Agitation zu besorgen. Es ist der Beweis erbracht worden, daß die Wächter durch treues Festhalten an der Organisation Erfolge erzielen können, und da ist es die Pflicht jedes einzelnen Wächters, seinen Teil beizutragen, damit die Organisation gefestigt und bessere Aussichten zur Erreichung der noch ausstehenden Forderungen geschaffen werden. (Stürmischer Beifall.)

Hierauf erstattete Genosse Sommerfeld Bericht über die Arbeit der Antragprüfungskommission, die

empfahl, nachstehende Forderungen für die Wächter aufzustellen, resp. soweit es sich um bereits aufgestellte Forderungen handelt, an nachstehenden Forderungen festzuhalten:

Forderungen der Wächter:

1. Bei Ablegung der Prüfung sollen die Kandidaten aus allen Zweigen des Wächterdienstes, das heißt, aus der ganzen Inspektion Nr. XVIII geprüft werden.
2. Befreiung von der Verpflichtung zur Reinigung des Grajes auf der Strecke und vom Schneeschaukeln für Strecken- und ambulante Wächter, der Wächter vom Verkehr vom Wechselreinigung.
- Die Verrichtung dieser Arbeiten soll von Bahnerhaltungsvorgängen besorgt werden.
3. Abschaffung des Frauenendienstes.
4. Abänderung des Titels „Wächter“ in nachstehender Weise: „Streckenwächter“ in „Streckenaufseher“, „Weichenwächter“ in „Weichenaufseher“, „Rampenaufseher“ in „Rampenaufseher“, „Kontrollwächter“ in „Platzkontrollor“, „Blockwächter“ und „Blocksignaldienst“ in „Blockaufseher“.
5. Die definitive Anstellung zum Wächter hat nach einjährigem Provisorium als Ausfühlwächter zu erfolgen. Die Aufnahme als Ausfühlwächter hat statzufinden, sobald der Arbeiter den Dienst dauernd, beziehungsweise als permanenten Abföhwächter oder Wächter substitut antritt. Verbesserung der Automaten.
6. Gewährung von zweijährigen Vorrückungsfristen und Ernennung der Blocksignaldienst und Kontrollwächter in größeren Bahnbetriebsämtern und Anstaltsstationen zu Unterbeamten bei Erreichung der Gehaltsstufe von 1200 Kr.
7. Abkürzung der Vorrückungsfristen jener Wächter, die bereits mehr als 15 Jahre Diener sind, damit diese nach der vollendeten Dienstzeit den Höchstgehalt erreichen können.
8. Allen Wächtern, einschließlich den Blocksignaldienstern und Kontrollwächtern, die im Jahre 1905 oder früher mit dem Monatsgehalt von 48 Kr. beziehungsweise mit dem Jahresgehalt von 576 Kr. angestellt wurden, sollen die nächsten zwei Vorrückungsfristen um je ein Jahr gekürzt werden.
9. Allen Wächtern und Blocksignaldienstern, die feinerzeit in den Gehaltsstufen von 648, 850 und 700 Kr. stabilisiert wurden, wäre die nächste Vorrückungsfrist um ein Jahr zu kürzen.
10. Kürzung der Tragzeit der Uniformstücke des Wächterpersonals nach folgenden Normen: Mütze von 2 auf 1 Jahr, Wulst von 3 auf 2 Jahre, Mantel von 4 auf 3 Jahre; an Stelle des bisherigen nackten Pelzes ein überzogener kurzer Pelz und die Wintermütze gleich dem Zugpersonal.
11. Beteiligung der Weichen-, ambulanten und Streckenwächter mit Regenmänteln und des gesamten Wächterpersonals in jüdischen Gegenden mit Zwilchschuhen. Mit allen Monturteilen sind auch die Wächter substituten zu beteiligen.
12. Erhebung der nackten Pelze des Wächterpersonals durch mit Tuch überzogene Pelze. Wiedergewährung der Pelzröcke an die Block- und Zugmeldewächter.
13. Gewährung der gleichen Dienstkleider für die Lorkwächter, wie solche die Nachwächter bereits erhalten.
14. Regelung der Dienst- und Ruhezeiten des Wächterpersonals in allen Versuchsstationen und in den Wiener Lokalstationen auf 12/24stündige, in allen übrigen Strecken auf 16/24stündige und schließlich in Strecken mit regelmäßiger achtstündiger Nachtruhe auf 16/16stündige Dienst- und Ruhezeit.
15. Allgemeine Erhöhung der Schnellzugprämie auf Strecken mit starkem Schnellzugverkehr von 24 Kr. auf 40 Kr. und von 40 Kr. auf 50 Kr. für die Wächter und Verteilung derselben nach Zahl der auf den Strecken verkehrenden Schnellzüge.
16. Gewährung einer Nachdienstzulage im Betrag von 1 Kr. für das gesamte Wächterpersonal einschließlich der Blocksignaldienstern und Kontrollwächter.
17. Gewährung eines Schuttpauschales an die Strecken-, ambulanten und Weichenaufseher.
18. Ausdehnung der Nummelzulage an die Wächter.
19. Unentgeltliche Beistellung des Brennmaterials an die Streckenwächter durch die f. f. Bahnerhaltungssektionen.
20. Vergrößerung der alten Wächterhäuser. Ehefte Herstellung von Dienststätten und Ausrüstung derselben mit Waschtischen, Handtüchern und Spudnäpfen.
21. Gewährung eines entsprechenden Schreibpauschales an die ambulanten und Rampenwächter.
22. Gewährung der Untergrundprämie an die ambulanten Wächter und der Gürtel- und Vorortlinie.
23. Die den Wächtern gehörigen Nebengebäude, wie Ställe, Schuppen u. s. w. sind von der f. f. Staatsbahnverwaltung einzulösen. Zur Verkaufsverhandlung soll ein Personalkommissionsmitglied beigezogen werden.

Diese Anträge wurden einstimmig angenommen, ebenso nachstehende von Vertretern der Südbahnbediensteten eingebrachten Anträge:

- a) Die Ueberprüfung der Sinnesorgane soll nicht im Arbeitszimmer, sondern praktisch auf den Bahnhöfen vorgenommen werden, wobei nicht Farbtentabellen, sondern tatsächliche Signalmittel benützt werden sollen.
- b) Mit Rücksicht auf die herrschende Lebensmittelteuerung sollen zum Ausgleich der Härten alle jene Bediensteten, welche am 1. Juli 1912, resp. 1913 vorzurücken hätten, rückwirkend mit 1. Jänner 1912 vorrücken.
- c) Allen jenen Wächtern, welche an dem Härtausgleich nicht partizipieren und die noch mit 600 oder 660 Kr. angestellt werden, soll die nächste Vorrückung mindestens um ein halbes Jahr gekürzt werden.

Die Antragprüfungskommission empfahl auch nachstehende Resolution zur Annahme, die wie die Anträge einstimmig Annahme fand:
„Die am 12. Februar 1912 in Wien tagende Konferenz der Vertrauensmänner des Wächterpersonals aller Bahnen in Oesterreich, beschließt nach reiflicher Durchberatung ihrer Dienst- und Entlohnungsverhältnisse folgendes:
Die Konferenz spricht ihre Entrüstung aus, über die noch immer geltende Meinung, als wäre die Kategorie der Wächter eine ganz minderwertige Kategorie. Ferner bedauert die Konferenz lebhaft, daß die hohe f. f. Staatsbahnverwaltung trotz des Parlamentsbeschlusses erklärt, bloß 21 Millionen Kronen zur Besserstellung des Personals verwenden zu wollen, weil durch die Restringierung des 38 Millionenbetrages gerade das Wächterpersonal fühlbar getroffen wird.
Mit Rücksicht darauf besteht die Konferenz auf Erfüllung der Forderung betreffend Gewährung der Nachdienstzulage sowie sie überhaupt auf die Erfüllung aller von den früheren Reichskonferenzen beschlossenen und dem hohen f. f. Eisenbahnministerium bereits durch die Personalkommission bekanntgegebenen Wünschen beharrt.
Bezüglich der Privatbahnen hält die Konferenz auch weiterhin die früheren Beschlüsse aufrecht.
Schließlich verlangt die Konferenz von der einheitlichen sozialdemokratischen Organisation, die das volle Vertrauen der Konferenz genießt, die weitere Vertretung der Forderungen des gesamten Wächterpersonals. Die Konferenz muß aber auch gleichzeitig alle Vertrauensmänner verpflichten, daß sie allerorten das Wächterpersonal über die wahren Ursachen der Zurücksetzung der Wächter aufklären, um auf diese Weise die einheitliche Gewerkschaftsorganisation der österreichischen Eisenbahner zu stärken.“

Die Wächterreichskonferenz wählte sodann eine Deputation, bestehend aus den Zentralpersonalkommissionsmitgliedern Genossen Sommerfeld und Spielmann, den Vorsitzenden der Konferenz Genossen Brandstätter, Genossen Skrdla (Lissa), Genossen Slejch (Wgling) und Genossen Polozak (Podgorze). Diese Deputation wurde beauftragt, in der nächsten Zeit beim Eisenbahnminister betreffs der Wünsche der Wächter vorstellig zu werden.

Genosse Sommerfeld beantragte, mit Rücksicht auf die organisatorischen Zustände in Böhmen, nachstehenden Appell an die tschechischen Wächter zu richten:

An die tschechischen Genossen Wächter!

„Die heute versammelten Wächter aller in Oesterreich vertretenen Nationen stellen an die tschechischen Genossen Wächter die Aufforderung, sich von den Separatisten nicht verheßen zu lassen und nach wie vor an der zentralen Organisation festzuhalten, um ihre Forderungen durchsetzen zu können.“

Dieser Appell wurde mit allen gegen zwei Stimmen von der Konferenz angenommen. Zum Schluß der Konferenz hielt Genosse Reichratsabgeordneter Tomšik ein ausführliches Referat über den Verlauf der letzten Bewegung des Eisenbahnerpersonals. Er schilderte den Verlauf derselben wie folgt:

Es muß konstatiert werden, daß unsere Organisation bei der letzten Bewegung den richtigen Weg eingeschlagen und nichts zu tun verabsäumt hat. Im August des vorigen Jahres trat die Zentrale an die Ortsgruppen unserer Organisation heran, damit diese ihre Vertreter zu der für den 8. September 1911 einberufenen Reichskonferenz entsenden mögen. Die Abhaltung der Konferenz war mit Rücksicht auf die Teuerung und wegen der Nichtdurchführung von Zugständen notwendig. Durch die Abhaltung unserer Konferenz wurden die gegnerischen Organisationen, die aus eigenem Antrieb keineswegs etwas getan hätten, lebendig. Ich hatte bereits im Juli des Vorjahres im Auftrag der Organisation den Leiter des Eisenbahnministeriums auf den Ernst der Zeiten aufmerksam gemacht. Dies tat ich, um für die spätere Zeit dem Vorwurf zu begegnen, daß die Eisenbahner wiederum mit der pflichtlichen Aufstellung von Forderungen Erpressungen begehen wollen. Das Eisenbahnministerium hat wohl die Ungünstigkeit der Zustände zugegeben, es hat sich aber sonst nichts gerührt. Nach dem 8. September hat das Eisenbahnministerium auch nur Communiqués ausgegeben, in denen es auf die zur Verbesserung der Bezüge der Bediensteten verwendeten Summen verwies und in denen es behauptete, alle seine, den Bediensteten gemachten, Zugeständnisse erfüllt zu haben. Dann kam der 17. September mit seiner Teuerungsdemonstration, und da erkannte auch die Regierung den Ernst der Situation. Die durch unser Vorgehen lebendig gewordenen gegnerischen Eisenbahnerorganisationen stellten schließlich für den 30. September ein Ultimatum, um für den Fall des Kampfabbruchs den Anschein zu erwecken, als seien sie in den Kampf vorangegangen. Sie traten aber, wiewohl sie keine Zugeständnisse erhielten, nicht in einen solchen. Die Regierung suchte die Erledigung dieser Angelegenheit auf das Parlament hinzuwerfen, um die Angelegenheit der Eisenbahner mit der Bewilligung neuer Steuern verquiden zu können. Die gegnerischen Organisationen stellten abermals ein Ultimatum. Ein ausbrechender Kampf hätte diesmal schärfere Formen angenommen als je zuvor. Wir als die Verantwortlichen hätten die Verantwortung dafür zu tragen gehabt, wenn durch einen derartigen Kampf eine Anzahl von Bediensteten registriert vernichtet worden wäre. Es ist unsere Pflicht, dahin zu wirken, daß mit möglichst wenig Opfern möglichst viel erreicht wird und es ist uns doppelte Vorsicht aus dem Grunde auferlegt, als bei einem unregelmäßigen Bahnverkehr durch Verteuerung aller Lebensmittel gerade die ärmsten Bevölkerungsschichten am härtesten getroffen werden.

Unterdessen kam es zur Einberufung des Parlaments. Die Regierung brachte einen Gesetzentwurf ein, wo im Motivenbericht ausgeführt war, daß den Staatsbahnbediensteten und Arbeitern 14 Millionen Kronen bewilligt werden. Dieser Gesetzentwurf kam in Behandlung des Staatsangelegtenausschusses. Wir brachten unseren Antrag ein, der 60 Millionen für die gesamten Eisenbahner forderte. Die Nationalen hatten ursprünglich keinen derartigen Antrag eingebracht. Erst später stellten sie einen ähnlichen Antrag, der 65 Millionen Kronen beanpruchte. Der christlichsoziale Antrag forderte 62 Millionen Kronen. Die Nationalen stellten für den 15. Oktober 1911 abermals ein Ultimatum, und brüsteten sich in Versammlungen und auf den Strecken schon 88 Millionen Kronen von der Regierung zugesichert erhalten zu haben. Dies entsprach, wie sich dann später herausstellte, keineswegs den Tatsachen, da die Regierung immer nur versichert hatte, mehrere Millionen Kronen für die Staatsbahnbediensteten, mehr als 14 Millionen Kronen aufwenden zu wollen nie aber ein bestimmten Betrag festsetzte.

Während der Beratungen des Staatsangestelltenausschusses trat man an uns heran, wir mögen uns auf einen gemeinsamen reduzierten Antrag einigen. Wenn wir auf diesen Vorschlag nicht eingegangen wären, hätten wir uns im Falle des Mißlingens der Aktion dem Vorwurf ausgesetzt, durch unser Verhalten einen teilweise Erfolg verhindert zu haben und wir waren daher gezwungen, auf diesen reduzierten Antrag einzugehen. Das Parlament nahm sodann den Resolutionsantrag, 98 Millionen Kronen zur Verbesserung der Bezüge der Staatsbahnbediensteten zu verwenden, an, aber die Regierung bewilligte nur den Betrag von 21 Millionen Kronen für diesen Zweck, so daß es notwendig werden wird, den restlichen Betrag von 17 Millionen Kronen gelegentlich der Budgetverhandlungen einzufordern und auf Gesehwegen sicherzustellen. Ich bin von der Fraktion der sozialdemokratischen Abgeordneten, die mir auch auftrag ihre heutige Konferenz im Namen der Fraktion zu begrüßen, beauftragt, ihnen die Versicherung abzugeben, daß die Fraktion bei dieser Angelegenheit gewiß das Interesse der Staatsbahnbediensteten wahren wird. Es ist nur notwendig, daß unsere Organisation einig und geschlossen bleibt, und daß sie nicht zerfällt wird. Was an uns liegt zu tun, wird geschehen. (Langanhaltender Beifall.)

Nach einem anfeuernden Schlußwort des Genossen Sommerfeld schloß der Vorsitzende diese wichtige Beratung.

Wir gehen Zeiten entgegen, die an die Organisation und an das Vertrauen der Bediensteten zu ihrer Organisation hohe Anforderungen stellen werden. Möge jeder einzelne durch Agitation und Aufklärung dazu beitragen, daß die Früchte der Organisationsarbeit nicht ausbleiben.

Konferenzen des Zugbegleitungs-personals.

In der letzten Zeit fanden mehrere Konferenzen des Zugbegleitungs-personals statt, über deren Verlauf wir im nachstehenden berichten. Die Konferenzen hatte die Zentrale unserer Organisation über Wunsch der Vertrauensmänner einberufen, um dem Zugbegleitungs-

personal Gelegenheit zu bieten, zu einer Reihe die Zugbegleiter speziell berührenden Fragen Stellung zu nehmen, einerseits, andererseits, um einen weiteren Ausbau der Organisation unter dieser Kategorie zu ermöglichen. In den Konferenzen hatten die Vertrauensmänner der Zugbegleiter Gelegenheit, zu den vom Eisenbahnministerium geplanten Verschlechterungen an den Rechten der Zugbegleiter Stellung zu nehmen, und über die entsprechenden Aktionen schlüssig zu werden. Tatsache ist, daß die Bahnverwaltungen gerade beim Fahrpersonal in erster Linie die berühmten Sparmaßregeln zu erproben versuchen, und bedarf es schon deshalb einer gut organisierten Abwehraktion, um diesen das Fahrpersonal schwer schädigenden Plänen wirksam entgegenarbeiten zu können. Nachstehend die Berichte über die stattgefundenen Konferenzen.

Konferenz des Zugbegleitungs-personals der Südbahn.

Diese Konferenz fand am 28. Jänner 1911 in Marburg statt. Anwesend waren 27 Delegierte von 16 Ortsgruppen, 4 Personalkommissionsmitglieder, von der Zentrale Genosse Weigl und Genosse Adolf Müller und vom Arbeitersekretariat in Marburg Genosse Löffel. Abgeordneter Genosse Tomšik war infolge anderweitiger dringender Arbeiten verhindert, an der Konferenz teilzunehmen. Der Vorsitz wurde Genossen Viertel aus Innsbruck übertragen, als Schriftführer fungierte Genosse Reichstädter (Marburg).

Genosse Scheibe in aus Innsbruck erstattete das Referat. Redner schilderte in eingehender Art die zahlreichen Beschwerden des Zugbegleitungs-personals der Südbahn über die herrschenden Verhältnisse. Besondere Beschwerden bilden die Zurücksetzungen beim diesjährigen Jännerabancement, die bisher nicht erfolgte 1/2fache Anrechnung in die Pension analog den Staatsbahnen, die Nichtberücksichtigung der zahlreichen Härten im Abancement sowie die Nichterfüllung der wiederholt von der Personalkommission an die Verwaltung eingebrachten Forderungen des Zugbegleitungs-personals. Genosse Scheibe schildert dann weiter in ausführlicher Weise seine Tätigkeit in allen Fragen, die das Zugbegleitungs-personal betreffen. Seine Ausführungen gipfeln diesbezüglich darin, daß die Zugbegleiter dormalen keine neuen Forderungen zu stellen haben, vielmehr getrachtet werden müsse, die bereits wiederholt der Verwaltung vorgelegten Forderungen durchzusetzen. Er betonte, daß dem Durchsetzen aller dieser Forderungen vor allem ein Hindernis entgegenstehe, und zwar, daß die Verwaltung immer erklärt, nur das zu machen, was auf den Staatsbahnen verbessert wird. Er erwähnte an die vorläufigen Ergebnisse der Bewegung auf den Staatsbahnen. Die Südbahn wird das Quartiergeld auf daselbe Ausmaß wie bei den Staatsbahnen erhöhen und wird auch den Dienern derselbe Härtausgleich wie bei den Staatsbahnen zuteil werden. Dies sind Errungenschaften, die zwar niemand befriedigen können, aber trotzdem darf nicht übersehen werden, daß sie den Südbahnern mühselos zugefallen sind. Die nächste Aufgabe sei, die vom Parlament noch bewilligten 17 Millionen Kronen, welche die Regierung bis heute nicht durchgeführt hat, zu erlangen. Darin sind die zweijährigen Fristen für die Diener bis zur Endgehaltstufe von 2000 Kr., die Ausdehnung des Härtausgleiches auf die Unterbeamten unter Berücksichtigung der provisorischen Dienstzeit für Unterbeamte und Diener, die Auflassung der Gehaltsstufe von 1800 Kr. für die Unterbeamten und die Erhöhung des Endgehaltes auf 3000 Kr., lauter wichtige und dringende Forderungen auch des Zugbegleitungs-personals, enthalten. Diese sobald als möglich zu erreichen, müssen alle Faktoren zusammenhelfen. Die sozialdemokratische Fraktion im Parlament hat bereits ihre Bereitwilligkeit zugesagt, bei der Budgetberatung den Antrag zu stellen und zu vertreten, daß die fehlenden 17 Millionen Kronen in das Budget eingestellt werden. Aber selbstverständlich muß es auch Aufgabe des gesamten Zugbegleitungs-personals sein, durch Zugehörigkeit und Mitarbeit in der sozialdemokratischen Organisation diese Aktion auf das tatkräftigste zu unterstützen.

In der darauf folgenden Debatte beteiligten sich fast sämtliche Delegierte. Es wurden die in den einzelnen Stationen herrschenden besonderen Verhältnisse in eingehender Weise beleuchtet. Jeder Redner ließ aus seinen Ausführungen erkennen, daß es den Vertrauensmännern lediglich darum zu tun ist, die so notwendige Einigkeit und Geschlossenheit unter dem Zugbegleitungs-personal zu fördern und zu erhalten. Alle Redner verurteilten das Quertreiben einzelner Gegner der Organisation und alle waren der Ansicht, daß diesen Bestrebungen von den Zugbegleitern energisch entgegengetrieben werden müsse, soll die nötige Kraft zur Erreichung weiterer Verbesserungen entfaltet werden können. Selbstverständlich brachten die Delegierten auch den über die elenden Verhältnisse unter dem Zugbegleitungs-personal herrschenden Unmut zur Sprache. Die Südbahnverwaltung sollte wirklich einmal einen Tag Gelegenheit haben, alle die Kräfte der Empörung und Unzufriedenheit der Bediensteten einer Kategorie zu hören, sie müßte es satt bekommen, die Bediensteten länger unter diesem Joch der Bedrückung seufzen zu lassen.

Die Ausführungen des Referenten und der Delegierten wurden schließlich in Anträgen zusammengefaßt, die einstimmig Annahme fanden.

Die Beschlüsse lauten dahin, daß die Personalkommission neuerlich alle bereits eingebrachten Anträge urgieren, beziehungsweise verlangen soll, daß sie neuerlich zur Verhandlung und zur endlichen Durchführung gelangen sollen.

Die Zentrale wurde im Sinne der Ausführungen des Genossen Scheibe in erucht, dahinzuwirken, daß bei den Staatsbahnen baldmöglichst eine entsprechende Verbesserung des Fahrgeblühverdienstes erzielt wird, damit auch die Zugbegleiter der Südbahn in die Lage kommen, eine entsprechende Erhöhung des ganz unzureichenden Fahrgeblühverdienstes zu erreichen.

Ein weiterer Antrag verlangt von der Zentrale die Abhaltung von Versammlungen für das Zugbegleitungs-personal in allen Domizilstationen, in welchen die Konferenzen, Beschlüsse und alle die Zugbegleiter berührenden Fragen eingehend besprochen werden.

Konferenz der Turnusvertrauensmänner des Zugbegleitungs-personals der f. f. Staatsbahnen.

Am 21. Jänner 1912 fand in Amstetten eine Konferenz der Turnusvertrauensmänner der Direktionsbezirke Wien, Linz, Innsbruck, Villach und Triest statt. Anwesend waren die Turnusvertrauensmänner, beziehungsweise Delegierte derselben aus Wien, Amstetten, Linz, Salzburg, Bischofshofen, Innsbruck, Leoben und Villach, und Genosse Adolf Müller von der Zentrale.

Zur Tagesordnung: „Stellungnahme zu der vom Eisenbahnministerium geplanten Aenderung der bisherigen Turnusse“, erstattete Genosse Gattinger aus Linz das Referat. Er führte aus:

Wie verlautet, beabsichtigt das k. k. Eisenbahnministerium in nächster Zeit innerhalb der Staatsbahndirektionen Wien, Linz, Innsbruck, Willach und Triest Verschiebungen in den Turnüssen der Zugbegleiter, hauptsächlich in der Weise durchzuführen, daß viel längere Strecken als bisher ohne Ablösung durchfahren werden sollen, angeblich, um dadurch Ersparungen zu erzielen. Wenn Ersparungen durch diese Turnusänderungen überhaupt erzielt werden, so ist zu erwarten, daß es auf Kosten der Turnusse der Zugbegleiter geschieht. Eine Verschlechterung derselben würde aber eine große Unzufriedenheit unter den Zugbegleitern hervorrufen. Es wird den Staatsbahndirektionen jener werden, die strengeren Turnusse aufrecht zu erhalten, da sich gewöhnlich erst in der Praxis, wenn sie vom Personal gefahren werden müssen, so manche Härten herausstellen, die bei Erstellung der Turnusse entweder übersehen oder leichter über dieselben hinweggegangen wurde. Wenn die ununterbrochene Dienstzeit im Personen- und Schnellzugverkehr weiter ausgedehnt wird als dies jetzt der Fall ist, so ist zu befürchten, daß darunter auch die Sicherheit des Betriebes leidet. Längere Fahrten schwächen bekanntlich die geistige Spannkraft, die beim Fahrdienst schon in Bezug auf die Beobachtung der Signale unbedingt notwendig ist, wesentlich ab.

Durch die beabsichtigte Maßnahme dürften auch Personalverschiebungen, beziehungsweise Personalüberlegungen notwendig werden, die wieder die wirtschaftliche Lage der davon betroffenen Zugbegleiter und das ganze Familienleben derselben auf das ungünstigste beeinflussen werden. So manche Zugbegleiterdomizilstation würde von diesen Aenderungen hart betroffen werden.

Aus allen diesen Gründen, und nachdem sich die jetzigen Turnusverhältnisse im allgemeinen bewährt haben, muß das Zugbegleitersonal verlangen, daß der jetzt bestehende Zustand auch fernerhin aufrechterhalten bleibt. Ferner, daß die Turnusvor schläge der Staatsbahndirektionen mindestens ein Monat vor dem Inkrafttreten der Sommer- und Winterfahrordnung den gewählten Turnusvertrauensmännern bekanntgegeben werden, damit diese genügend Zeit haben, sich mit dem Personal über dieselben zu besprechen.

In der darauffolgenden Debatte kam einhellig zum Ausdruck, daß sich die Zugbegleiter eine Verschlechterung der gegenwärtigen Turnusse unter keinen Umständen gefallen lassen können. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die am 21. Jänner 1912 in Amstetten tagende Konferenz der Turnusvertrauensmänner der Direktionsbezirke Wien, Linz, Innsbruck und Willach beschließt:

Wie seit einiger Zeit gerüchtwiese verlautet, plant das k. k. Eisenbahnministerium Turnusänderungen in dem Sinne, daß das Zugbegleitersonal beim Personen- und Schnellzugdienst längere Strecken als bisher durchfahren soll, um angeblich dabei Ersparungen zu erzielen. Nach den verlauteten Gerüchten soll diese Maßnahme Personalverschiebungen und Personalreduzierungen sowie empfindliche Turnusverschlechterungen zur Folge haben.

Die Konferenz der Turnusvertrauensmänner beschließt in Wahrung der Interessen der Zugbegleiter, das jetzt bestehende Dienstverhältnis aufrecht zu erhalten. Zur Erreichung dieses Zweckes wird die Zentrale ersucht, beim k. k. Eisenbahnministerium wegen dieser beabsichtigten Schädigungen und Aenderungen vorstellig zu werden.

Außerdem hat eine Deputation der Turnusvertrauensmänner, bestehend aus den Genossen Gattinger (Linz), Wabitsch (Wien), Jdl (Innsbruck), Rauter (Willach) und einem Genossen aus Triest beim k. k. Eisenbahnministerium vorzusprechen und die Beschlüsse der Konferenz zu vertreten.

Die in Betracht kommenden Vertrauensmänner werden beauftragt, bei Erstellung der Turnusse unbedingt dafür zu sorgen, daß das Zugbegleitersonal des k. k. Eisenbahnministeriums vom 14. Oktober 1908, wonach die bestehenden Turnusse nicht verschlechtert werden dürfen, im Gegenteile, eine Verbesserung der Vorschriften über die Bemessung der Dienst- und Ruhezeiten eintreten soll, eingehalten wird. Ergeben sich bei Vertretung dieses Standpunktes Schwierigkeiten, so ist sofort an die Zentrale zu berichten, welche das Notwendige zu veranlassen hat.

Konferenz des Zugbegleitersonals der k. k. Nordbahn.

Diese Konferenz fand am 9. Februar 1912 in Lundenburg statt. Erschienen waren von 15 Ortsgruppen 25 Delegierte. Außerdem waren anwesend: Von der Personalkommission die Genossen König und Stanzl, von der Zentrale Genosse Adolf Müller und vom Sekretariat in Brünn Genosse Koranda. Ins Präsidium wurden die Genossen Herlinger (Oswiecim) als Vorsitzender, Wefely (Lundenburg) als Stellvertreter und Zanninger (Wien) als Schriftführer entsendet.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung „Die Schädigung der Zugbegleiter wegen Ausdehnung der Regiefahrten“, erstattete Genosse Müller den Bericht über die von der Zentrale durchgeführte Aktion. Wie aus dem Bericht im „Eisenbahner“ hervorgeht, ist es der Organisation gelungen, in dieser Frage vorläufig einen Erfolg zu erzielen. Aufgabe der Zugbegleiter ist es, darüber zu wachen, daß der nunmehrige, verbesserte Erlaß bezüglich der Regiefahrten auch eingehalten und durchgeführt wird.

Ueber den Punkt entspann sich eine längere Debatte, deren Ergebnis die Annahme eines Antrages war, der dahin lautet, daß sämtlichen in einer Partie verwendeten Zugbegleitern analog dem Zugführer die ganze Zeit mit den Gebühren „für die Fahrt im Dienst“ zu verrechnen ist.

Beim nächsten Punkt, „Die Nichternennung von Zugführern zu Oberkondukteuren“, berichtete vorerst Genosse König über die von ihm in der Personalkommission eingebrachten Anträge. Desgleichen Genosse Stanzl, Weide Redner und auch Genosse Leiß aus Olmütz und andere Genossen, die in dieser Frage wiederholt bei der Direktion und beim Eisenbahnministerium vorgesprochen haben, hoben hervor, daß ihnen wiederholt versichert wurde, daß in der „Revisión“ verwendete Oberkondukteure extra statum geführt werden und ihre Posten demzufolge die Normierung der Unterbeamtenposten beim Güterzugdienst nicht normiert.

Genosse Weiner aus Brünn erinnerte in einer ausführlichen Darlegung an die seinerzeitige Erklärung des Herrn Nordbahndirektors Baron Bauhans gegenüber dem Abgeordneten Genossen Tomšich im September 1908 (siehe „Eisenbahner“ Nr. 27/1908), wonach für die Lastzugbegleiter allein 46 Unterbeamtenstellen neu normiert wurden. Damals waren hiezu nur 13 Posten besetzt. Es waren also noch 457 Posten zu besetzen. Diese hohe Zahl der normierten Posten sichere den Lastzugbegleitern auf

weite Zeit hinaus bei Einhaltung der vorgeschriebenen Bedingungen die Ernennung zum Unterbeamten. Die Unterbeamtenernennungen bei den Personenzügen tangiere die Beförderung der Lastzugbegleiter zu Unterbeamten nicht, da die beim Personenzugdienst verwendeten Unterbeamten, weil auf Dienerpösten stehend, bei der Normierung nicht in Betracht kommen. Gegenwärtig sind noch 108 Posten unbesetzt. Tatsache sei, daß durch die Willkür einzelner Macher diese Posten Leuten verliehen wurden, denen sie gar nicht gebühren. So hat ein Deutschnationaler, der erst in der Gehaltsstufe von 1100 Kr. stand, die Ernennung bekommen. Gegen alle Vorschriften wurde ihm ein ganzes Jahr in der Verückung geschenkt. Die Konferenz hat die Ausgabe, die Ernennung der zahlreichen Lastzugführer, die an der Reihe zur Ernennung sind, energisch zu urgieren.

Genosse Müller von der Zentrale verwies in seinen Ausführungen auf das Zugverständnis der Regierung vom Oktober 1908, wonach alle Lastzugführer, die in der Gehaltsstufe von 1200 Kr. stehen, die Oberkondukteurprüfung erfolgreich abgelegt haben und eine zweijährige Verwendung als Güterzugführer mit einer ständigen Partie aufweisen können, zu Oberkondukteuren ernannt werden.

Im Sinne der Ausführungen des Genossen Müller und der Delegierten wurde beschlossen, daß die Vertrauensmänner sofort die genauen Daten über den Stand der Normierung und aller jener Lastzugführer, die an der Reihe sind, zu Oberkondukteuren ernannt zu werden, an die Zentrale zu senden haben. Die Zentrale hat dann ein entsprechendes Elaborat auszuarbeiten und der Direktion und dem Eisenbahnministerium zu unterbreiten.

Außerdem hat eine Deputation bestehend aus den Genossen König (Oberberg), Kauh (Lundenburg), Srbaß (Prerau) und Pisch (Brünn) unter Vermittlung der Zentrale bezüglich dieser und aller übrigen Fragen beim Eisenbahnministerium und bei der Direktion vorstellig zu werden.

Hierauf gelangten die übrigen Punkte der Tagesordnung: „Beigabe von Manipulanten“, „Stellungnahme wegen Verwendung der Zugbegleiter zum Verschubdienst“ und die übrigen zahlreichen Beschwerden der Zugbegleiter zur Verhandlung. Auch hier entwickelte sich eine lebhafte, aber sachliche Debatte, die deutlich erkennen ließ, daß die Zugbegleiter unter den herrschenden Verhältnissen schwer zu leiden haben, daß fortwährend Verschlechterungen in den Turnüssen, Gehalts- und Lohnverhältnissen geplant sind und auch durchgeführt werden, daß aber die Zugbegleiter wohl gerüstet stehen und durchaus nicht gewillt sind, irgend welche Verschlechterung oder Wegnahme ihrer Rechte ruhig hinzunehmen. Die vorliegenden Anträge wurden nach eingehender Beratung der Zentrale, der gewählten Deputation und der Personalkommission zur weiteren Behandlung zugewiesen. In denselben wird verlangt:

Die sofortige Erfüllung der dringendsten Forderungen des Zugbegleitersonals, wie zweijährige Prüfen bis zum Endgehalt, die Ausdehnung des Gärtenausgleiches und die Einrechnung der provisorischen Dienstzeit in den Gärtenausgleich für Unterbeamte und Diener, die Auslassung der 1800 Kr. für Unterbeamte, die Erhöhung des Endgehaltess auf 3000 Kr., die anderthalbfache Entlohnung der Nachdienste, die gänzliche Aufhebung der Regiefahrten, die Regelung der Turnusse und der Kasernenunterkünfte u. s. w.

Die Gewährung derselben Jahrgeldbegünstigung für die Güterzugbegleiter, der Wiener Lokalstraßen, wie eine solche bereits für die Zugbegleiter in den Stationen Wien I, Hauptzollamt, und Brigittenau besteht.

Die Bezahlung sämtlicher Verspätungen und der gesamten Vorbereitungszeit.

Die Beistellung von Manipulanten zu allen Frachten befördernden Zügen.

Die Einführung der Fahrtgeltklasse C für die Zugbegleiter in der Station Litau-Montanbahn.

Die Anerkennung der nach alten Nordbahnnormen abgelegten Prüfungen für alle jene Zugbegleiter, die zur Zeit der Einführung der Prüfungsordnung der k. k. Staatsbahnen noch nicht definitiv waren.

Die Ernennung auch aller jener Lastzugführer zu Oberkondukteuren, die nach alten Nordbahnnormen noch vor der Einführung der Prüfungsordnung der k. k. Staatsbahnen Prüfungen abgelegt haben, und bei der Normierung der 469 Posten unberücksichtigt geblieben sind.

Stellungnahme bei der Direktion, daß in einer Reihe von Stationen der Verschub vom Zugbegleitersonal nicht geleistet werden kann.

Nach einem kräftigen Appell des Genossen Weiner an die Delegierten zu tatkräftiger Mitarbeit in der Organisation, wird die Konferenz, die gewiß wieder zur Aufklärung und zu weiteren Erfolgen beigetragen hat, geschlossen. A. M.

Die Entlohnung des Lokomotivpersonals bei Verschubdienstleistungen.

Nach einem Erlaß des Eisenbahnministeriums sollen nunmehr dem Lokomotivpersonal nur so viele Verschubstunden gezahlt werden, als die Lokomotive tatsächlich verschiebt, nicht auch die andere hiebei dienlich zugebrachte Zeit. In dieser Angelegenheit, die eine wesentliche Verschlechterung gegen den bisherigen Zustand bedeutet, sprach eine Abordnung des Lokomotivpersonals im Eisenbahnministerium vor, über welche Vorsprache uns nachstehender Bericht zugegangen ist:

Ueber Aufforderung einer sehr großen Anzahl von Kollegen und Genossen, die über die Kürzung der Verschubstunden, und dies mit Recht, erbittert sind, sprachen am 3. Februar eine Deputation beim Herrn Eisenbahnminister vor.

An dieser Vorsprache beteiligten sich der Obmann des Lokomotivführervereines in Wien, Herr Kühn, das Mitglied des Zentralausschusses Genosse Preiß, für den Lokomotivführerverein in Böhmen die Kollegen Richter und Soral, für den Rechtschutz- und Gewerkschaftsverein die Genossen Hartentaler (Wien) und Pflüger (Wien), dann die Heizer Bradac und Drejka für ihre Kollegen in Böhmen und Heizer Genosse Drewo (Heiligenstadt) für die in der Gewerkschaft organisierten Heizer.

Nachdem die Deputation drei Stunden gewartet hatte, erschien der Herr Eisenbahnminister in Begleitung der Herren Sachreferenten Ministerialrat Willinger und Regierungsrat Karasik im Sitzungssaal, in welchem dann die Besprechung stattfand.

Obmann Herr Kühn stellte die Deputation vor und erklärte kurz den Zweck der Vorsprache. Genosse Preiß als Sprecher der Deputation führte ungefähr folgendes aus:

Die Deputation ist im Auftrag der Kollegen erschienen, um Einsprache zu erheben gegen den Erlaß, Zahl 54.664, der die Kürzung der Verschubstunden zum Gegenstand hat und den Herrn Minister zu bitten, er möge den Erlaß annullieren. Diese Bitte wird in zweifacher Hinsicht begründet: erstens durch die materielle Schädigung, die der Erlaß zur Folge hatte und zweitens durch die Tendenz, die dem Erlaß zugrunde liegt.

Die Quintessenz des Erlasses liegt darin, daß nunmehr nur so viele Verschubstunden gezahlt und befristet werden, als sich die verschiebende Lokomotive tatsächlich in Bewegung befindet, während die übrige Zeit, während welcher sich sowohl der Führer wie der Heizer auf der Lokomotive befinden, also im Dienst stehen, entweder gar keine Entschädigung gewährt oder doch nur Dampfhalten honoriert wird. Durch diesen Erlaß erleiden eine Reihe von Kollegen eine materielle Einbuße, die bis zu 300 Kr. per Jahr beträgt. Es darf nämlich nicht bersehen werden, daß nicht allein am Stundengeld ein Verlust eintritt, sondern auch an den Prämien. Wenn plötzlich weniger Verschubstunden berechnet und bezahlt werden als früher, ist auch das Kohlenäquivalent geringer, und da sich der Kohlenverbrauch nicht nach dem Erlaß, sondern nach den praktischen Verkehrsbedürfnissen richtet, brauchen die Kollegen gleich viel Kohle wie früher und machen daher in den meisten Fällen statt Kohlenprämien, Kohlenschulden. Es ist doch bekannt, daß das Ausmaß für die Stunde Verschub schon seit langem viel zu gering ist, ganz abgesehen davon, daß auf die Lokomotivserie, welche verschiebt, keine Rücksicht genommen wird.

Diese Verfügung — hob Genosse Preiß weiter hervor — bedeutet für unsere Kollegen des Reservebetriebes, und das sind die allerärmsten unter den Lokomotivführern und Heizern, weil es durchwegs junge Kollegen mit kleinen Gehältern sind, einen großen Verlust, so daß man ohne Ueberreibung behaupten kann, es würde ihnen der Brotkorb höher gehängt, und ihre Kinder müßten sich mit einem kleineren Stück Brot begnügen.

Die Herren Referenten werden vielleicht den Einwand bringen, den Lokomotivführern sei früher mehr gezahlt worden, als ihnen tatsächlich gebührte. Auch dieser Einwand ist nicht richtig. Sowohl von seiten des Eisenbahnministeriums als auch von seiten der k. k. Staatsbahndirektionen wird der größte Teil der variablen Bezüge des Lokomotivpersonals als Fixum, als ein integrierender Bestandteil des Gehaltes angenommen und demgemäß behandelt. Ich erlaube mir dies nur an einem Beispiel nachzuweisen. Ein Schloffer, der von der Werkstätte heraustritt, hat einen Taglohn, nehmen wir an, von Kr. 4.80; er erhält in demselben Monat, als er auf die Lokomotive steigt, nur mehr Kr. 2.60, also eine Reduktion von 2 Kr. per Tag. Die neue Stellung (Lokomotivführerlehrling) bedeutet für den Mann gewissermaßen ein Avancement. Wenn nun dieser Schloffer auf die Reserve kommt, dann verdient er nicht einmal mehr das, was er hinter dem Schraubstock verdient hatte.

Also doch wohl ein Beweis, wie schon die Staatseisenbahnverwaltung selbst das Nebeneinkommen, die variablen Bezüge des Lokomotivpersonals, als ein bestimmtes und unbedingt wiederkehrendes Einkommen rechnet. Bei den Lokomotivführern verhält sich die Sache ebenso. Sie haben weniger Anfangsgehalt als andere Kategorien mit gleicher oder annähernd gleicher Vorbildung, und gleichviel als Kategorien, von welchen wohl Nachkenntnisse, aber keine Prüfungen (mit Ausnahme der neuen Anstellungsprüfungen über Signale etc.) verlangt werden.

Ich habe schon wiederholt in der Personalkommission und auch im Zentralausschuß auf diesen Umstand hingewiesen, immer wurde mir und meinen Kollegen entgegnet: „Aber ich bitte Sie, das Lokomotivpersonal hat doch einen Nebenverdienst, sie haben doch ihre variablen Bezüge!“

Und diese variablen Bezüge wurden nun beim Reservepersonal gemaltig gekürzt! Ich glaube daher, mit Recht behaupten zu dürfen, die Kürzung der Verschubstunden der Reserveführer ist so zu werten, als wenn man anderen Kategorien einen Teil ihres Gehaltes oder Quartiergehaldes genommen hätte. Mit dem gleichen Recht könnte man auch die Gehälter der Arbeiter, Diener, Unterbeamten und Beamten streichen, ein Vorgang, der sicherlich bei allen Eisenbahnern, vom Arbeiter angefangen bis zum Oberbeamten hinaus, die größte Entrüstung und den allergrößten Widerstand hervorrufen würde.

Und doch sind die Reduktionen der Verschubstunden nicht die einzigen, die an den Nebenverdiensten des Lokomotivpersonals vorgenommen wurden. An unseren Prämienverdiensten wird schon seit Jahren immer wieder und immer wieder reduziert. Ich habe zufällig einmal in eine Prämienstatistik des Direktionsbezirkes Innsbruck Einsicht bekommen. Da ich selber schon Statistiken gemacht habe, interessierte ich mich nicht für die großen Ziffern, in welchen die Gesamtleistungen zum Ausdruck kommen, sondern für die Durchschnittsziffern der Verdiensträge, die doch gewissermaßen der Zweck und der Schlüssel der Statistik sind. Daraus ging folgendes hervor: Die Statistik umfaßt die Jahre von 1898 bis 1908. Im Jahre 1898 entfielen auf die Krone Kilometergehaltverdienst 72 S. Prämie. Sie fiel konstant bis zum Jahre 1908 auf 42 S. oder von 72 auf 42 Prozent. Analog ist das Verhältnis der Prämie zu den Bruttotonnenkilometerleistungen. Im Jahre 1898 entfiel auf 1000 Bruttotonnenkilometer 17, im Jahre 1908 11 S. Prämie. Dabei darf nicht bersehen werden, daß 1898 zwei- und dreifache Lokomotiven über den Arberg fuhren, während heute schon vier- und fünfgefachte Lokomotiven im Dienst stehen, ja sogar eine neue sechsfache Lokomotive eingeklieftet werden soll. Das bedeutet doch sicherlich eine gewaltige Steigerung, eine Verdichtung der Leistung des Lokomotivführers und Heizers. Früher war bei den Schnellzügen über den Arberg 80 Tonnen Maximalbelastung, heute führen die neuen Lokomotiven 310 Tonnen allein, bei kürzeren Fahrzeiten als damals.

2. Erheben wir auch Einspruch gegen die Tendenz des Erlasses. Infolge des Erscheinens des Erlasses im Amtsblatt werden die Exekutivorgane (Verschubpersonal und die diensthabenden Beamten) dazu erzogen, die Vorschriften zu übertreten. Man läßt dort Wagen rollen, wo dies verboten ist, läßt besetzte Postwagen, Wagen mit explosionsgefährlichen Gütern etc. ab u. s. w. Der Lokomotivführer kann sich dagegen gar nicht wehren, es sei denn, daß er immer Rapport macht und sich mit dem ganzen Personal, mit dem er Dienst machen muß, verfeindet, Rapporte, die übrigens, wie dies die Praxis zeigt, sehr geringe Effekte zeitigen.

Der Erlaß bedroht ferner Beamte mit Strafe, die zu viel schreiben, für zu wenig schreiben gibt es eine Strafe nicht. Die natürliche Folge davon ist, daß eher weniger als zu viel geschrieben wird; die Herren Beamten haben gar kein Interesse, ihre Haut für das Lokomotivpersonal zum Markt zu tragen. Gegen dieses Wenigerschreiben kann sich der Lokomotivführer bei der Reserve absolut nicht wehren, gegen ihn stehen immer drei und mehr Personen, die gegen ihn zeugen, er muß, auch wenn er voll im Rechte ist, untergehen. Nur bei durchfahrenden Zügen kann er sich auf den Streifen des Geschwindigkeitsmessers berufen, der ihm einen unparteiischen Zeugen abgibt.

Dann hat ferner jetzt schon, ganz kurze Zeit nach dem Erscheinen des Erlasses, die Unsitte eingerissen, daß und zwar trifft dieses Dispositionsstationen, durchfahrende Güterzugs- oder Personenzugslokomotiven zum Verschub verwendet werden. Man praktiziert dies auf folgende Art: Die ankommende Zugmaschine muß bis 14 Minuten verschieben, während dieser Zeit steht aber die Reserve Lokomotive. Verschub bekommen beide keinen bezahlt. Der Kollege Kühn wies hiebei auch darauf hin, daß sogar jene Rausen, die die Reserve macht, weil sie auf die Einfahrt der Züge wartet und den Verschub

unterbricht, abgezogen werden, wiewohl für dieselben doch der Lokomotivführer nicht verantwortlich gemacht werden kann.

Genosse Preiß fortwährend, sagte weiter, ebenso ist die Bestimmung für den Lokomotivführer gefährlich, die sagt, er werde gestraft und egerparisch gestraft, wenn er die Verschönerung „absichtlich“ verzögere. Wer ist es aber, der darüber zu urteilen hat? Wer stellt die Absichtlichkeit der Verzögerung fest? Der diensthabende Beamte! Ich will den Herren Beamten durchaus nicht nahe treten, aber glaube doch, behaupten zu können, daß sie die Geschwindigkeit einer fahrenden Lokomotive nicht richtig zu schätzen vermögen und dennoch gelten sie als Sachverständige. Wir bitten daher im Namen der Lokomotivführer und Heizer, den Erlaß zu annullieren, oder aber eine Kompensation zu gewähren, dahingehend, daß alle kommandierten Leistungen mit Dienststunden entschädigt werden.

Ich erlaube mir zu erinnern, daß es gerade in diesem Saale war, in welchem uns vor zwei Jahren anlässlich einer Vortragsrede bei seiner Eröffnung dem Herrn Eisenbahnminister Wrede versprochen worden ist, die kommandierten Dienststunden für alle Leistungen auszudehnen. Bei der damaligen Verhandlung war auch Herr Ministerialrat Willinger anwesend.

Bei dieser Gelegenheit erlaube ich mir auch darauf hinzuweisen, daß die Qualifikation des Lokomotivpersonals im allgemeinen viel schlechter und ungünstiger ist, als jene der übrigen Kategorien speziell der Unterbeamtenkategorien. Ich habe seinerzeit die Sache wiederholt statistisch bearbeitet und es hat sich gezeigt, daß die höchsten Unterbeamtenkategorien bis zu 100 Prozent, die Bahnmeister, Signalmeister zc. 70 bis 90 Prozent, Oberkondukteure 55 bis 75 Prozent, außertourlich qualifiziert wurden, während bei den Lokomotivführern nur 20 bis 28 Prozent dieser Klasseifikation erfuhren; bei den Anwärtern und Heizern beträgt der Prozentsatz nur 4. Ich bin zwar nach wie vor ein Gegner der außertourlichen Qualifikation und Beförderung, und zwar insoweit, als unter den gegenwärtigen Verhältnissen qualifizierter und klassifizierter wird. Aber das muß man doch betonen, daß in dieser, den anderen Berufsgruppen gegenüber minderen Qualifikation und Klassifikation eine Zurücksetzung und Kränkung des Lokomotivpersonals, insbesondere der Lokomotivführer liegt, die unsere Kollegen sicherlich nicht verdienen. Man kann doch mit Recht behaupten, daß mit Ausnahme einzelner, nicht in die Waagschale fallender Ausnahmen, die Lokomotivführer und Heizer ihren schweren und aufreibenden Dienst gewissenhaft und sachgemäß verrichten. Wir bitten Eure Excellenz auch in dieser Richtung um eine Reform.

Zum Schluß habe ich noch auf das Strafwesen hinzuweisen, wobei ich betone, daß das Strafwesen unseren Kollegen gegenüber in einer Weise angewendet wird, von der man sagen kann, sie habe mittelalterliche Formen. Genosse Preiß zitierte nun zur Erklärung eine Reihe von Details und betonte, daß Rekurse so gut wie nie einen Erfolg zeitigen. Er bitte also auch, in diesem Belangen im Namen der Kollegen um eine Aenderung.

Der Herr Ministerialrat Willinger, als Referent und Chef der Zugförderung, erwiderte auf diese Ausführungen, daß die Lokomotivführer und Heizer der Referenten dadurch, daß ihnen mehr Stunden gezahlt wurden, als sie tatsächlich verschoben, einen illegitimen Bezug erhalten hätten, der sich einfach nicht rechtfertigen ließe. Er verwies darauf, daß genau so ein Lokomotivführer, der 300 Kilometer gefahren sei, sich 350 Kilometer in das Dienstleistungsbuch eintragen könnte; dies wäre ebenso unrichtig und unethisch. Dieser Meinung schloß sich sehr lebhaft Herr Regierungsrat Karasetz an. Kollege Preiß erwiderte hierauf, der Vergleich sei nicht ganz richtig. Wenn ein Lokomotivführer 300 Kilometer zu fahren habe, werden dies nicht mehr und nicht weniger, ob er schnell oder langsam fahre; er könne nur in kürzerer oder längerer Zeit hinkommen. Bei der Reserve sei dies anders, man könne für eine Arbeit, die man in vier Stunden machte, auf sechs Stunden brauchen, man brauche nur vorsichtiger zu verfahren.

Der Herr Regierungsrat Karasetz erwiderte hierauf, dies wäre von den Lokomotivführern nicht fair, nicht anständig, so zu handeln. Er hebt aber andererseits auch hervor, daß der Vorgang einzelner Stationen, die Reserven stehen zu lassen, um andere Lokomotiven auszunützen, als nicht dem Wesen und dem Inhalt des Erlasses entspreche, daß eine derartige Interpretation des Erlasses illoyal sei; er werde diesbezüglich Weisungen ergehen lassen.

Wir können die Lokomotivführer an dieser Stelle nur ermahnen, sich mit den Herren diensthabenden Beamten oder den Platzmeistern in keine unnütze Kontroverse einzulassen, sondern einfach einen Rapport zu machen, wenn sie an Stelle der Reserven zu verschieben haben. Wenn die Rapporte gegen unsere Erwartung nicht behandelt werden sollten, so möge dies einfach an die Vereinstleitungen der koalitierten Organisationen bekanntgegeben werden.

Der Herr Eisenbahnminister schloß sich der Meinung der beiden Herren Referenten an und meinte ebenfalls, der Bezug der Mehrerschubstunden sei ein illegitimer gewesen, den Erlaß könne man nicht aufheben. Wohl aber könne man darüber reden, daß durch den bis jetzt praktizierten Vorgang sich ein Gewohnheitsrecht ausgebildet habe, daß die betreffenden Bediensteten den materiellen Verlust schwer empfinden, also in anderer Form eine Kompensation wünschen. Nach dieser Erklärung entfernte sich der Minister mit dem Auftrage an die beiden Herren Referenten, sich über die Angelegenheit von der Deputation genau informieren zu lassen und ihm dann Berichte und eventuelle Vorschläge zu erstatten.

In der nun folgenden Debatte, an der sich auch nahezu alle Deputationsmitglieder beteiligten, verwahrten sich die beiden Herren Referenten gegen die Ausführungen des Kollegen Preiß, betreffend seiner Behauptung, der Erlaß erziehe die Leute zur Uebertretung der Vorschriften, dann, daß die Anwendung der Strafgewalt mittelalterliche Formen habe, beziehungsweise sie verlangten diesbezügliche Beweise. Sowohl Genosse Preiß als auch die Genossen Hartentaler, Pichler und Horak suchten an der Hand von konkreten Beispielen die Richtigkeit dieser Behauptung zu beweisen, von der sich allerdings die Herren Funktionäre des Eisenbahnministeriums trotz alledem nicht überzeugen ließen.

Die bei der Deputation anwesenden Heizer schlossen sich den Ausführungen der Lokomotivführer an und brachten außerdem noch die Bitte vor, es mögen die Berufsbeizler früher angestellt werden, da jetzt viele 8 bis 10 Jahre im Tagelohn warten und dann erst noch zwei Jahre auf systemisierten Posten zubringen müssen.

Der Herr Ministerialrat Willinger meinte dann nach einer langen Debatte, in der alle Einzelheiten besprochen worden waren, der Erlaß könne nicht zurückgenommen werden, wohl aber wolle er sich dafür einsetzen, daß auf eine andere Art den Lokomotivführern und Heizern des Reserveendienstes eine Entschädigung geboten werde, etwa dem Vorschlage entsprechend, die Dienststunden für alle kommandierten Leistungen zu gewähren.

Genosse Preiß erkundigte sich über die durch die Kollegen von Wien II eingebrachte Beschwerde, betreffend die Umstellung des Rangstatus.

Der Herr Ministerialrat Willinger teilte mit, daß die diesbezügliche Verfügung bereits vom Eisenbahnministerium abgegangen sei. Er stehe auf dem Boden des Erlasses, beziehungsweise der Ergänzungserlasse, für ihm sei der Rangstatus abgeschloffen.

Ein Deputationsmitglied beschwerte sich dann, daß der Rangstatus im Sinne der Erlasse in seinem Heizhaus nicht eingehalten werde.

Darauf erwiderte Ministerialrat Willinger, er könne wegen dieser Mitteilung keinen Erlaß hinausgehen, die Erlasse müssen eingehalten werden, das müßte ebenehin geschehen; um eingreifen zu können sei eine konkrete Beschwerde nötig. Dasselbe Deputationsmitglied führte auch Beschwerde über Mißstände in der Durchführung des sogenannten ad hok-Erlasses und sagte, im Heizhaus Wien I beispielsweise sind nicht so viele Posten als normierte angegeben worden, als im Minimalverkehr tatsächlich Lokomotivführer benötigt worden sind, infolgedessen sind eine Reihe von Anwärtern, die den Anforderungen und Bedingungen des ad hok-Erlasses entsprechen hätten, im Jännerabament nicht zum Lokomotivführer ernannt worden. Diesbezüglich könne sich das Eisenbahnministerium nur an die Eingabe der Heizhausleitungen halten. Herr Ministerialrat Willinger meinte, die betreffenden Bediensteten mögen sich diesbezüglich an die Staatsbahndirektion Wien wenden, die die Eingaben überprüfen könne, worauf ihm aber erwidert wurde, daß dieselben bei der Staatsbahndirektion Wien bereits vorgesprochen hätten, aber auf das Eisenbahnministerium verwiesen worden sind.

Die Herren Kühn, Hartentaler, Pflüger, Preiß, Pichler und Horak brachten dann auch die neu eingeführte Versuchsprämie zur Sprache. Die beiden Herren Referenten erwiderten, die Sache sei in einem Stadium, in dem sie keine Aussicht geben könnten, das eine sei aber sicher, wenn eine Prämie eingeführt werde, wird der Lokomotivführer in erster Linie daran partizipieren; ihn könne und wolle man auf keinen Fall ausschließen.

Nachdem die Vortragsrede — abgesehen von der Wartezeit — bereits 1 1/2 Stunden gedauert hatte, meinte der Herr Ministerialrat Willinger, er werde sich für unsere Bitte einsetzen; eine bestimmte Zusage könne er aber nicht machen.

Damit war die Vortragsrede beendet. Wir wollen nur noch bemerken, daß der Bericht trotz seines Umfangs durchaus nicht vollständig ist, wir aber auf eine Reihe von Einzelheiten der Debatte aus Gründen der Opportunität in unserem Bericht heute nicht eingehen, wir behalten uns vor, wenn nötig, noch darauf zurückzukommen.

Von der Südbahn.

Aus Innsbruck wird geschrieben:

Für einen elenden Lohn von Kr. 2.20 per Tag müssen Aushilfskondukteure, Bremser und Kondukteur aspiranten in Innsbruck und Bozen der Südbahn dienen. Obwohl der Generaldirektion bekannt ist, daß Innsbruck zu den teuersten Städten Oesterreichs gezählt werden muß, hat sie sich bis heute noch nicht entschließen können, die Löhne der genannten Kategorien auf das gleiche Ausmaß der Staatsbahnbiensteten zu erhöhen, das, obwohl sich die Südbahn laut Zirkular 385, Punkt 1, vom Jahre 1907 verpflichtet hat, jede Aufbesserung, welche die Staatsbahn ihren Bediensteten gewährt, auch bei der Südbahn durchzuführen.

Die Staatsbahndirektion Innsbruck bezahlt ihren Bremsern, Aushilfskondukteuren und Kondukteur aspiranten Tagelöhne von Kr. 2.60 bis Kr. 2.80. Gewiß auch jämmerlich geringe Löhne. Aber die Südbahn will diese nicht einführen. Soweit uns bekannt ist, wurde in den Sitzungen der Personalkommission (Gruppe Zugbegleiter) schon wiederholt auf die Unterschiede der Bezahlung bei der Südbahn und bei der Staatsbahn hingewiesen und die Gleichstellung verlangt, aber erfüllt hat die Südbahn dieses berechtigte Begehren noch nicht; die Löhne der Bremser sind bis heute die gleichen geblieben, was um so empörender ist, nachdem die Südbahn für Innsbruck, Wien und Bozen die Grundlöhne auf Kr. 2.50 per Tag erhöhte und in Innsbruck der behördlich festgesetzte Tagelohn auf Kr. 3.60 per Tag erhöht worden ist. Die Aushilfskondukteure, Bremser und Kondukteur aspiranten bei der Südbahn sind also weit unter dem behördlich festgesetzten Tagelohn, schlechter als bei der Staatsbahn und unter dem bei der Südbahn festgesetzten Grundlohn bezahlt.

Wahrscheinlich wird sich die Südbahnverwaltung auf die Fahrgebühren berufen und sagen: wir zahlen dem Personal höhere Fahrgebühren als die Staatsbahn. Aber diese höhere Fahrgebühr macht per Stunde ganze 0.35 S. aus. Ein lächerlich geringer Betrag, der die Differenz im festen Lohn lange nicht ausgleicht. Auf diese höheren Fahrgebühren braucht sich die Südbahn wirklich gar nichts einbilden. Denn das ist eine saubere Sozialpolitik, den Aushilfskondukteuren, Bremsern und Kondukteur aspiranten um 40 bis 60 S. per Tag weniger zahlen als die Staatsbahn und dafür 3 1/2 S. per Tag höhere Fahrgebühren bezahlen, jemand 40, beziehungsweise 60 S. per Tag vorenthalten und auf der anderen Seite 3 1/2 S. zuzulegen — auf diese „Sozialpolitik“ braucht sich die Südbahn wirklich nichts einbilden.

Daß die Südbahn nicht überall mit Geldern so zu sparen weiß, wie in der Entlohnung der genannten Kategorien, ist zwar eine bekannte Tatsache; aber es schadet nichts, sie an einem neuen Beispiel zu erhärten.

Wir haben seit Jahren auf den Tiroler Linien nicht mehr einen so intensiven Herbstverkehr wie früher. Die Ursache ist in den geänderten wirtschaftlichen Verhältnissen Südtirols begründet. Nun hat das Betriebsinspektorat Innsbruck die seit Jahren gesammelte Erfahrung zu sehr vernünftigen Vorschriften zusammengefaßt, die, konsequent durchgeführt, eine klägliche Abwicklung des Herbstverkehrs auch ohne die außerordentlichen Aushilfen sichern würden.

Aber das Betriebsinspektorat denkt und die Verkehrsdirktion lenkt, das heißt, die letztere hält am alten Topfe fest. Es besteht nämlich seit langem die Gepflogenheit, für den Herbstverkehr außerordentliche Aushilfen aufzunehmen, welches Privilegium dem Stationschef von Börgl zusteht. Nach einer kurzen, oberflächlichen „theoretischen“ Abrihtung in dieser Station erhalten die Stationsinspektoren und Bozen die nach Ansicht der Verkehrsdirktion für den Herbstverkehr „notwendigen“ Aushilfsbremser zugeteilt, obwohl die auf wenige Tage notwendigen Verstärkungen leicht von den ständigen Bediensteten aufgebracht werden könnten. Diese Methode kostet die Südbahn viel Geld und schädigt die Arbeiter. Viele verlassen ihren Beruf und laufen den Lockungen des Börgler Bremseragenten in der Hoffnung zu, daß es sich um keine Aushilfe auf ein paar Wochen, sondern um eine dauernde Anstellung bei der Südbahn handelt. Aber nach 14 Tagen, längstens drei Wochen, heißt es — abrüsten. Die Aushilfer werden mit der „Bertröstung“ entlassen, daß sie bei Neuanstellungen von Bremsern „dran-

kommen“ — was meistens nie der Fall ist, aber die Südbahn gar nicht geniert. Diese Herbstaushilfen sind ein alter Hops, der deshalb erhalten bleiben muß, wiewohl er der Bahn und dem Personal — die Innsbrucker und Bozner Zugführer müssen mit diesem völlig ungeschulten Personal den verantwortungsvollen Dienst auf der gefährlichen Bergstrecke verrichten — zum Schaden gereicht.

Unserer Meinung nach wäre die Bestellung solcher Aushilfskräfte für zwei oder drei Herbstwochen nicht notwendig, weil sich eben der Herbstverkehr unter ganz anderen Verhältnissen abwickelt als früher. Die Südbahn könnte sich dabei einen Betrag von 20.000 Kr. ersparen, der zur Aufbesserung der ständigen Bremser, Aushilfskondukteure und Kondukteur aspiranten verwendet werden könnte.

Vor uns liegt eine Liste aus dem Jahre 1908, die besagt, was diese nicht notwendigen Aushilfen auf zwei und drei Wochen kosten. Damals wurde Innsbruck mit 51 Mann beglückt, die zusammen 503 Tage ausgeholfen haben. Das ergibt eine Durchschnittsbefähigung von 9.75 Tagen per Kopf. In den 503 Tagen haben diese 51 Mann im ganzen 1943 Stunden Fahrdienst gemacht, das ist eine Durchschnittsdienstleistung von vier Stunden einige Minuten per Tag. An Fahr- und Ueberrnachtungsgebühren wurde in der angegebenen Zeit für diese 51 Leute der Betrag von Kr. 2702.22 verausgabt oder per Tag und Mann Kr. 5.43. Rechnet man den Tagelohn von Kr. 2.20 hinzu, so ergibt es eine Ausgabe von Kronen 7.63 per Tag und Mann. Wenn man dazu noch die Schulung und das praktische Abrihten in Börgl rechnet, fehlt von der angegebenen Summe kein Heller.

Raum ist der Herbst vorüber, der Winter angebrochen, dann läßt die Südbahn die ständigen Bremser aussetzen. Mitten in der schlimmsten Zeit, wo der Haushalt größere Ausgaben erfordert, wird diesen armen Teufeln, die sich das ganze Jahr im Dienste der Südbahn schinden, das ohnedies so schmale Einkommen noch mehr verkürzt. Viele Bremser in der hiesigen Station und in Bozen sind heuer zu einem außerordentlich langen Aussetzen verurteilt worden, so daß sie, wenn sie wieder fahren dürfen, von dem geringen Verdienst die während der Zwangsjahre gemachten Schulden bezahlen und deshalb noch mehr hungern müssen.

Also: im Herbst wird für nicht notwendige Aushilfen auf zwei oder drei Wochen viel Geld ausgegeben, welches die Südbahn im Winter dann wieder bei den ständigen Bremsern durch das lange Aussetzen hereinbringen will. Dazu aber kommt noch, daß, wie wir schon einleitend feststellten, die Südbahn ihren Aushilfskondukteuren, Bremsern und Kondukteur aspiranten um so viel geringere Löhne zahlt, als die Staatsbahn. Wir meinen, daß es ganz gut gehen würde, die außerordentlichen Herbstaushilfen aufzulassen, dafür obgenannten Kategorien den Lohn aufzubessern und im Winter die armen Leute, die sich das ganze Jahr schinden, nicht mit dem ewigen Aussetzen zu bestrafen.

Das Sparsystem der löblichen Südbahn in allen Ehren, aber daß diese sich als Objekt die ständigen Bremser auszuheben muß, halten wir für eine Schädigkeit sondergleichen. Wenn es schon so weit ist, daß in diesem Unternehmen, wo 35.000 Menschen beschäftigt werden, auf die Ersparnisse ankommt, welche sich durch das Aussetzen einiger Bremser hereinbringt, dann ist es sehr traurig um die Bahn bestellt. Durch diese Schädigkeit, die die Südbahn an den Bremsern begeht, ladet sie Schimpf und Schande auf sich, weil sie Familienväter unverschuldet in die bitterste Not bringt.

Dazu läßt die Südbahnverwaltung die ständigen Bremser in Innsbruck und Bozen nicht, wie alle übrigen Bediensteten, vorrücken; diese Bediensteten müssen mit dem Tagelohn von Kr. 2.20 jahrein, jahraus weiterdienen. Wir hoffen, daß die Südbahnverwaltung jene Bremser, die noch aussetzen müssen, sofort wieder einstellt, nachdem sich bereits der Mangel an Reservepersonal zeigt, und daß sie das Versprechen, die Löhne zu erhöhen, damit sie den Staatsbahnbiensteten der gleichen Kategorien gleichkommen, ungefährmt einlöst.

Inland.

Wie die deutschnationalen Arbeiterorganisationen aussehen.

Der Zufall trägt der „Arbeiter-Zeitung“ das Mitgliederverzeichnis des Deutschen Arbeitnehmerverbandes für Schlesien in Troppau zu. Wir müssen gestehen, daß das Resultat überraschend ist. Es war ja schon lange kein Geheimnis, daß die von den deutschnationalen Arbeiterorganisationen angegebene Gesamtzahl (70.000) um zwei Drittel zu hoch angegeben wurde. Die Mehrzahl dieser Mitglieder ist in den verschiedenen „Schuhvereinen“, Gesellen-, Jünglings-, Gesang- und Turnvereinen als beitragende Mitglieder eingetragen und werden vier bis sechs mal gezählt. Das „Aufschneiden“ gehört zu ihren hervorragendsten Tugenden. Aber was dieser „Arbeiterorganisation“ als Mitglied angehört, übersteigt doch das übliche Maß deutschnationaler „Arbeiter“. An der Spitze dieser „Arbeiterorganisation“ steht der Abgeordnete Ferdinand Seidel als Verbandsobmann; jener Seidel, der von den Großagrariern als „Probekandidat“ aufgestellt wurde und, um ein Mandat zu erlangen, seine „freiheitlichen und Arbeitergrundzüge“ bei den Erzklirkalen verklopfte. Die Ortsgruppe Troppau: dieses gelben Arbeitervereines zählt nach dem vorgelegten Verzeichnis 111 Mitglieder. Nach Beschäftigungen geordnet, entfallen diese „Arbeiter“ in folgende Gruppen: 11 Aerzte, 4 Apotheker, 5 Rechtsanwälte, 2 Professoren, 1 Bürgerchuldirektor, 1 Bürgerchullehrer, 2 Oberlehrer, 2 Lehrer (darunter ein Gemeinderat), 1 Oberlandesgerichtsrat, 1 Landesgerichtsrat, 1 Landesoberbaurat, 1 Baurat, 1 Bauoberkommissär, 1 Baukommissär, 8 Baumeister (darunter 1 Gemeinderat und 1 Gemeinde- und Kammerat), 1 Oberlandesrat, 1 Forststrat, 2 Finanzräte (darunter 1 Gemeinderat), 1 Kommerzialrat und Gemeinderat, 1 Finanzkommissär, 1 Bürgermeister von Troppau, 1 Vizebürgermeister von Troppau, 1 Magistratsdirektor von Troppau, 1 Direktor der Schlesischen Landeskrankenanstalt,

1 städtischer Musikdirektor, 1 Schlachthofdirektor, 4 Bahn- und Schulinspektoren (darunter ein Gemeinderat), 1 Schriftsteller, 14 Kaufleute (darunter 1 Landtagsabgeordneter, Gemeinde- und Kammererrat, 1 Vizepräsident der Handels- und Gewerbekammer, 1 Kammererrat, 2 Gemeinderäte und 1 Gemeinde- und Kammererrat), 11 Handwerksmeister (darunter 4 Gemeinderäte), 4 Reichsratsabgeordnete, 1 Landtagsabgeordneter, 25 höhere Landes-, Gemeinde- und Privatbeamte, 8 Firmen, 4 bürgerliche Vereine. Dieses Verzeichnis ist wohl geeignet, den Wert dieser Arbeitervereine ins richtige Licht zu setzen.

Ein Zeichen der Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter.

Aus Mährisch-Ostau schreibt man der „Arbeiter-Zeitung“: In Karwin wurden laut amtlicher Statistik im Jahre 1910 um 207 Stück Vieh weniger geschlachtet als im Jahre 1909, und im Jahre 1911 sank die Ziffer des geschlachteten Viehes um weiter 787 Stück. Dabei ist zu bedenken, daß die Bevölkerung von Karwin in dieser Zeit nicht nur nicht gesunken, sondern bedeutend gewachsen ist. Diese so bedeutende Gerabminderung des Fleischkonsums ist ein Zeichen der Not der Arbeiterschaft, welche den Hauptteil der Bevölkerung von Karwin umfaßt. Nach der erwähnten Statistik wurden geschlachtet:

	1910	1911	
Stiere	163	152	weniger um 17
Kühe	412	299	„ „ 113
Kälber	1070	925	„ „ 145
Jungvieh	489	290	„ „ 199
Schafe	1519	1307	„ „ 212
Schweine	138	98	„ „ 40
Schweine	1489	1458	„ „ 31
Biegen	18	23	mehr um 5

Die Blätter der Kohlenbarone suchen dabei die Lage der Kohlenarbeiter, denn diese kommen hier vorwiegend in Betracht, als eine sehr gute hinzustellen. Die angeführten Ziffern lehren die Wahrheit und zeigen, wie die Lebensmittelpreise, vor allem die Fleischpreise, die Ernährung der Arbeiter verschlechtert.

Der Wucher des Eisenkartells.

Kaum bessert sich etwas die wirtschaftliche Lage, sehen die Kartelle mit dem Wuchern ein. Wie die „Neue Freie Presse“ dieser Tage berichtete, fand eine Plenarsitzung des Eisenkartells statt, in welcher mit Rücksicht auf die gegenwärtige Geschäftslage eine Preiserhöhung von Kr. 1.50 per 100 Kilogramm für Stabeisen und Grobbleche mit sofortiger Wirksamkeit beschlossen wurde. Bestimmend dafür war, daß der Abzug der deutschen Werke gegenwärtig ein „überaus lebhafter“ ist und daß es selbst bei erhöhten Preisen den Verbrauchern schwer werde, ihren Bedarf bei den deutschen Werken innerhalb einer absehbaren Zeit zu decken. Keine Steigerung der Erzeugungskosten und doch erhöhten Profit! Und mehrlos steht die eisenverbrauchende Bevölkerung diesem Wucher gegenüber, denn ein hoher Zollsaß schützt das Kartell vor der Konkurrenz des Auslandes. Daß für diese hohen Zölle ebenso die Christlichsozialen wie die Deutschnationalen stimmten, muß bei dieser Gelegenheit immer wieder hervorgehoben werden.

Die deutschnationale Arbeiterpartei als Streikbrecher-agentur.

Seit drei Wochen stehen die Arbeiter der Firma D. Frixe, Maschinenfabrik in Pfaffstätten, in einen schweren Abwehrkampf. Nachdem dieser Unternehmer auf legale Weise keine Arbeiter bekommen konnte, wendete er sich in einem Schreiben an einen gewissen Kraupa, jenes Zeichens „Arbeiterführer“ in Baden, der sich denn auch sofort auf die Suche nach proletarischen Schufden begab. Dabei sicherte er sich auch den tatkräftigen Beistand eines gewissen Hübnel, „Arbeiterführer“ in Wiener-Neustadt. Auch zwei durchreisende Arbeiter wendeten sich an Hübnel, der ihnen ein Schreiben an Kraupa mitgab, in welchem es heißt: „Meine Frau teilt mir Ihre werte Anwesenheit mit. Leider war ich in Wien am Parteitag. (Gleich nach seiner Rückkehr hat er das dort Gehörte in die Praxis umgesetzt. U. d. R.) Betreffs Schloffer kann ich Ihnen momentan nicht dienen, aber ich werde am Samstag bei Hauptversammlung schon Nachricht erhalten. Diese beiden Herrn sind eben von Deutschland zugereist gekommen und haben erfahren daß dort Arbeit wäre ich möchte Sie bitten wenn Sie die Herrn aufnehmen möchten. . . .“ Wollen die Herren vielleicht noch einen Beweis haben?

Die Verminderung der katholischen Feiertage in Oesterreich.

Das „Neue Wiener Tagblatt“ meldet, daß in der Frage der Verminderung der Feiertage für Oesterreich bereits die Entscheidung des Papstes gefallen ist. Die letzten Bischofskonferenzen, die sich mit dieser Frage beschäftigten, haben zu keiner Einigung geführt, und man kam überein, an den Papst heranzutreten mit der Bitte, die Entscheidung zu treffen. Die Entscheidung ist nun erloschen und nach dieser werden in Oesterreich sechs Feiertage im Jahre zu fallen, und zwar: der zweite Weihnachtsfeiertag, der Ostermontag, der Pfingstmontag, Maria Geburt, Maria Lichtmess und die heiligen drei Könige.

Die passive Handelsbilanz.

Nach der vorläufigen Handelsbilanz hat der auswärtige Handel der österreichisch-ungarischen Monarchie im verfloffenen Jahr ein kolossales Passivum zu verzeichnen. Der Wert der Wareneinfuhr stellte sich nämlich um 777.4 Millionen Kronen höher als der Wert der Ausfuhr. Für das Jahr 1910 war ein Passivum von 484 Millionen Kronen ermittelt worden und der Passivsaldo des Jahres 1911 ist somit um 243 Millionen Kronen größer als jener des Vorjahres. In den Neunzigerjahren des vorigen Jahrhunderts war die Handelsbilanz der Monarchie regelmäßig mit 150 Millionen bis 200 Millionen Kronen aktiv. Seit mehreren Jahren

sind aber diese Ausfuhrüberschüsse vollständig verschwunden. Im Jahre 1907 betrug das Passivum 45 Millionen, im Jahre 1908 bereits 143 Millionen, im Jahre 1909 stieg es auf 427 Millionen, im Jahre 1910 auf 484 Millionen und im Jahre 1911 auf 777 Millionen Kronen.

Ein Eisenbahnministerialbeamter als Generaldirektor der Buschtiehrader Bahn.

Mehrfachen Nachrichten zufolge beabsichtigt der derzeitige Generaldirektor der Buschtiehrader Eisenbahn Hofrat Dr. Böhm von seinem Posten zurückzutreten. Wie nun das „Neue Wiener Tagblatt“ zu melden weiß, soll als Nachfolger Böhm's Dr. Hans Ritter v. Gintl, gegenwärtig Sektionsrat im Eisenbahnministerium, zur Leitung der Buschtiehrader Bahn berufen werden. Die diesbezüglichen Verhandlungen sind bereits weit gediehen und dürften demnächst zu einem positiven Ergebnis führen. Falls sich diese Nachricht bewahrheitet, hätte man es mit einem neuerlichen und abermaligen Fall zu tun, daß ein Beamter aus dem k. k. Eisenbahnministerium an die Spitze einer Privatbahnverwaltung tritt. Da die Buschtiehrader Bahn als verstaatlichungsreif angesehen werden muß, so wird natürlich die Regierung in absehbarer Zeit in die Lage kommen, mit der Verwaltung in Unterhandlungen über die Uebernahmebedingungen einzutreten. Man wird also, ehe man über die unglaublich klingende Meldung, daß just vorher ein Beamter der k. k. Regierung an die Spitze dieser Bahnverwaltung tritt, weiter redet, abwarten müssen, was man offiziöserseits zu dieser Nachricht zu sagen hat.

Ausland.

Der Streik der Lokomotivführer und Heizer in Argentinien.

Buenos-Aires, am 8. Jänner 1912.

Der Streik ist nach Meldungen bürgerlicher Blätter beendet. Die Gesellschaften sollen einen neuen Fahrplan aufgestellt haben, den sie der Regierung zur Annahme vorlegten, welchem Wunsch diese auch nachkam. Nach diesem Fahrplan soll der Betrieb nun wieder funktionieren. So berichteten die Gesellschaften an die Regierung. Anscheinend haben die Gesellschaften eine Anzahl Streikbrecher im Lande aufgespürt und lassen nun auf gut Glück die Züge laufen. Wirkliche Fachleute werden unter den Streikbrechern kaum zu finden sein. Die Streikenden halten fest zusammen und befehligen sich einer strengen Disziplin. Von den gewöhnlichen Begleiterscheinungen argentinischer Streiks merkt man in dieser Bewegung nichts. Das macht, weil anarchistische Phantasten mit ihren Alibi-Mitteln, wie Sabotage, direkte Aktion, Boykott der Landesprodukte im Ausland u. s. w. bei den Führern und Heizern keinen Anklang finden. Das ist gut so, denn die anarchistischen Theoretiker, die bisher bei allen Streiks ihre Hände im Spiele hatten, waren ein Unglück für die Arbeiterbewegung in Argentinien. Da Komitee der Vereinigung der Führer und Heizer, „La Fraternidad“, gab den Mitgliedern folgende Instruktionen:

1. Jeder abgehende Zug muß an seinen Bestimmungsort gelangen. Kein Zug darf auf den Zwischenstationen stehen gelassen werden. Das Gesetz (Artikel 48) bestraft das Personal, welches seinen Posten verläßt, mit Gefängnis.
2. Im Fall ein Zug unbedingt fahren muß, so muß das Personal dazu von den Genossen beauftragt werden sowie einen vom Komitee der Sektion unterzeichneten Auftrag besitzen.
3. Die Genossen dürfen sich nur in näher bezeichneten Lokalen versammeln. Zusammenkünfte in Bars etc., auf der Straße und öffentlichen Plätzen sind zu vermeiden.
4. Sich nicht um die Zirkulare, Wünsche und Gerüchte kümmern, welche von den Gegnern in Umlauf gesetzt werden.
5. Unter allen Umständen mit Ruhe und Vernunft vorgehen, allein und mit mehreren zusammen immer die größte Ruhe bei der nötigen Begeisterung bewahren.
6. Sich nicht an denjenigen vergehen, die gewissenlos genug sind und arbeiten. Das würde zu Streitigkeiten und Gändekeln führen, welche immer durch das Gesetz geahndet werden.
7. Keinem Zug, welcher es möglich machte, abzufahren. Hindernisse in den Weg zu legen.
8. Und im allgemeinen jede Frage vermeiden, welche zu fremden Einmischungen und Zerstörung der Bewegung führen könnte; jeder soll sich nach den Befehlen und Instruktionen des Komitees richten, welches von der Direktion der Bewegung gewählt wurde.

Wenn diese Instruktionen von den Streikenden befolgt werden, dann wird natürlich die Ordnungsbefehle, wie sonst bei solchen Anlässen in Argentinien, nichts zu tun bekommen. Die Position der Streikenden ist jetzt während der Ernte doppelt günstig. Auch noch in anderer Hinsicht. Da seit Monaten, seitdem die Cholera in Italien herrschte, keine italienischen Arbeiter ins Land gelassen wurden, so herrscht jetzt während der Ernte ein wahrer Arbeitermangel. Wer eine Stelle verläßt, hat gleich Arbeit wieder; die Erntearbeiter bekommen bis zu 15 Peso (1 Peso = Mk. 1.90) per Tag. Sonst kamen jedes Jahr nur während der Erntezeit italienische Arbeiter nach Argentinien, im März und April kehrten sie mit ziemlichen Ersparnissen wieder zurück. Die Quarantäne dauert wohl noch bis Juni. Also ist das eine böse Sache für Argentinien. An vielen Orten arbeiten sogar Soldaten in der Ernte. Jetzt lagert das schon fertige Getreide in den Speichern auf den Stationen und kann nicht weiterbefördert werden. Dabei ist die Ernte so reichlich, wie in den letzten drei Jahren nicht. Dazu kommt noch der Streik in den Sejen. Am 8. Jänner zum Beispiel mußte wegen Mangels an Arbeitskräften auf 54 Dampfern vom Löschen, beziehungsweise Laden abgesehen werden.

Gelesene Nummern des „Eisenbahner“ wirft man nicht weg, sondern gibt sie an Gegner und Indifferente weiter.

Die Eisenbahnerorganisation in Spanien.

Von Vicente Barrio (Madrid).

Die Eisenbahnerorganisation bildete sich vor gut zwei Jahren und ist eine Vereinigung von allgemeinem Charakter, welche alle Eisenbahngesellschaften umfaßt und der die Arbeiter der verschiedenen Kategorien angeschlossen sind, wie das Werkstatt-, Zug-, Betriebs-, Strecken- und Baupersonal. Es waren große Schwierigkeiten zu überwinden, um diese bedeutende Organisation zu schaffen, welche die mächtigste des Landes ist und heute 40.000 Mitglieder zählt, die sich auf 28 Sektionen verteilen, welche noch einmal so vielen Ortschaften entsprechen.

Sowohl in Madrid wie in den übrigen Orten stehen an der Spitze der Sektionen Genossen, welche nicht zum Eisenbahndienst gehören, um auf diese Weise zu vermeiden, daß sich die Kompagnien an den führenden Personen rächen, indem sie sie entlassen und die blühende Organisation zerstören. Ohne diese Vorsicht würde die Eisenbahnerorganisation unmöglich sein, denn so oft man die Gründung veruchte, erlitt man Schiffbruch, da die Chefs stets das an der Spitze stehende Personal entließen. Obgleich nach der spanischen Staatsverfassung jeder Bürger das Recht hat, sich zu organisieren, können es die Eisenbahner in Wirklichkeit nicht ausüben, denn der Unglückliche, welcher sich dazu entschließen würde, wäre entlassen. Auf diese Weise säte man die Furcht unter den Arbeitern. Die heutige Lage der Dinge verdanken wir der Solidarität anderer Kameraden, welche sich an die Spitze der Organisation stellten, und es übernahmen, im ganzen Lande Propaganda zu machen.

Heute ist die Eisenbahnerorganisation von allen Gesellschaften gefürchtet. Letztere fangen an, da sie die Bedeutung der Vereinigung erkennen, die Gehälter zu erhöhen, wenn auch nur in geringem Maßstab, auch die Zahl der jährlichen Beförderungen wird ausgedehnt. Man ist bei den Gesellschaften der M. C. u. P. Bahn sowie bei den andalusischen Linien vorstellig geworden, damit der Abzug von 5 Prozent vom Gehalt aufgehoben wird, welcher angeblich für eine fromme Stiftung von den Angestellten eingezogen wurde. Obwohl sich die Gesellschaften nicht dazu verstehen wollten, mußten sie den Arbeitern doch die in sechs bis sieben Jahren gemachten Abzüge zurückzahlen. Dieser Triumph ist der Organisation zu verdanken und dem Umstand, daß die Regierung die ihr drohende Gefahr erkannte und infolgedessen die Gesellschaften zwang, die Auflösung der Stiftung zu verordnen und die gegen den Willen der Arbeiter abgezogenen Summen zurückzahlen. Diese Stiftungen waren ein tatsächlicher Raub an den Arbeitern, wenn man ihnen auch den Namen „wohlthätig“ anhängte. Nachstehend ein Beweis: Ein Angestellter, welcher alle Monate an Abzug 8 bis 10 Pesetas (1 Pesetas hat ungefähr den Wert von 93 S.) bezahlte, erhielt dafür in seinem 60. Lebensjahr und nach 30 Dienstjahren 2 Pesetas 10 Centimos monatlich, das ist 7 Centimos per Tag.

Die Regierung beschäftigt sich auch sehr viel mit der Eisenbahnerorganisation, und wenn sie auch alles mögliche tut, um jede Aktion zu lähmen, hat sie sich doch genötigt gesehen, ein Dekret zu erlassen, daß die Vermittler der Staatseisenbahn sich über die Höhe der Gehälter, die Zahl der Arbeitsstunden, die Art des Dienstes u. s. w. erkundigten, um, wie sie sagt, im Parlament Gesetze zugunsten der Arbeiter vorzubringen.

Die Eisenbahnervereinigung erkannte, daß diese Information, wenn in der dekretierten Form verwirklicht, kein für die Arbeiter günstiges Resultat ergeben würde, da die Vermittler des Staates die Arbeiter in Gegenwart ihrer Vorgesetzten befragten, und erstere, aus Furcht, entlassen zu werden, ausgesagt hätten, was jene hören wollten. Man ersuchte daher den Minister der öffentlichen Arbeiten, zu gestatten, daß man diese Erkundigungen bei der Organisation selbst einzog, damit die Aussagen den Stempel der Wahrheit und Unparteilichkeit trügen. Der Minister, vielleicht aus Furcht oder Ueberzeugung, nahm sich des Gesuches an und traf eine neue Verordnung, nach welcher die Vereinigung autorisiert war, selbst die Information zu Ende zu führen.

Die Gesellschaften trachten mit allen Mitteln danach, die Zahl der Mitglieder zu vermindern und haben eine Reihe von Verleumdungen gegen den Präsidenten der Organisation in Umlauf gesetzt, indem sie behaupten, daß er ihnen eine Liste mit den Namen aller Mitglieder verschafft hat. Infolge des Prestiges, welches der Präsident im Lande hat, schaden ihm diese Verleumdungen nicht, im Gegenteil, die Reihen der Organisierten vergrößern sich von Tag zu Tag.

Für den Monat Juni ist ein nationaler Eisenbahnerkongress anberaumt, welcher ohne Zweifel von besonders großer Bedeutung sein wird.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Zugzusammenstoß. Kürzlich hatten sich vor einem Vierrichterssenat des kaiserlichen Kreisgerichtes der Zugführer Wenzel Piesche, Assessor der Assistent Emil Pollak und der Stellvertreter Josef Wrb a, Lepitz, wegen Außerachtlassung der nötigen Vorsicht und Uebertretung gegen die Sicherheit des Lebens zu verantworten. Sie sollen sich dessen antilich des am 25. Oktober 1911 im Lepitzyer Bahnhof erfolgten Zusammenstoßes zweier Lastzüge schuldig gemacht haben. Dabei gab es einen Materialschaden von 18.000 Kr., schwer verletzt wurde der Heizer Eduard Greif, leicht verletzt der Kondukteur Josef Lehmann, der Lokomotivführer Karl Scheiter und der Zugführer Eduard Brunert, die beiden letzteren in Aussicht wohnhaft. Pollak war gerade als Verkehrsbeamter tätig. Piesche leitete die Verschuldben, bei denen ein Verschubteil mit einem anderen einfahrenden Lastzug zusammenstieß, und Wrb a war in diesem Augenblicke auch zufällig im Dienste, was genügt, um ihn anzuklagen, trotzdem nachgewiesen ist, daß durch seine Ansicht, er gab sofort Haltzeichen, der Zusammenstoß in seiner Wucht gemindert wurde. Herr Oberinspektor Sonnenburg und Inspektor Hengst saßen als Zeugen aus, daß keinen der Angeklagten eine Schuld treffe, da sie ihren Instruktionen gemäß vorgegangen seien. Wrb a und Piesche haben mit dem Verkehrsbeamten keine Fühlung genommen; das sei darauf zurückzuführen, daß sie zahlreiche Obliegenheiten haben und dann sei das üblich. Der Gerichtshof verurteilte Piesche zu sechs Wochen strengen Arrest und sprach die anderen Angeklagten frei. Gegen Piesche hatte Wrb a ausgesagt, der die Schuld an dem Zusammenstoße dem raschen Fahren des Verschubteils bei

maß. — Interessant ist, daß die leitenden Beamten der A. L. E. keinen der Beteiligten für schuldig halten. Da aber nun ein Zugzusammenstoß nicht das Normale ist, muß es doch eine schuldtragende Ursache geben. Sie wurde denn auch in der Verhandlung angeklagt: die Ueberbürdung der Bediensteten und die Art, wie am Lepfiter Bahnhof überhaupt gearbeitet werden muß; er ist unzulänglich wie fast alle anderen Bahnhöfe der sparsamen und Dividenden schindenden A. L. E.

Der Unternehmer ist für die Unterlassung der Unfallanzeige schuldnerhaftig. Wie allgemein bekannt ist, muß ein Betriebsunfall der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt, bei der der Arbeiter, der den Unfall erlitten hat, versichert ist, innerhalb eines Jahres angezeigt werden, widrigenfalls die Unfallversicherungsanstalt keinerlei Entschädigung zu leisten hat. Ein Magazinarbeiter der Staatsbahnen hat nun am 18. November 1908 einen Unfall erlitten, und da dieser erst am 18. Dezember 1909 der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt der Eisenbahnen zur Kenntnis gekommen war, hat sie seinen Anspruch abgewiesen. Der verleihte Eisenbahner hat nun das Eisenbahnarzt beim Prager Landesgericht auf Zahlung der Rente geklagt, auf die er bei der Unfallversicherungsanstalt Anspruch gehabt hätte. Das Prager Landesgericht hat seiner Klage Folge gegeben und das Eisenbahnarzt zur Zahlung einer Rente verurteilt. Das Eisenbahnarzt gab sich mit diesem Urteil nicht zufrieden und berief an das Prager Oberlandesgericht; dieses hat das Urteil bestätigt. Auch damit hatte das Eisenbahnarzt nicht genug und es brachte die Sache an den Obersten Gerichtshof. Dieser hat nun, wie die „Juristischen Blätter“ melden, mit seiner Entscheidung vom 10. Oktober 1911 die ersten Urteile bestätigt und das treffend damit begründet, daß nach § 29 des Unfallversicherungsgesetzes der Unternehmer die Pflicht hat, von jedem Betriebsunfall innerhalb fünf Tagen der politischen Behörde die Anzeige zu erstatten, bei Unterlassung der Pflichterfüllung also den Schaden zu ersetzen hat.

Königgrätz. (Entgleiste Wagen.) Am 20. Oktober 1911 fuhr auf der nördlichen Stationsseite in Königgrätz um 8 Uhr 48 Minuten abends die Reservereservomotive mit einem Verschubteil von 13 Wagen auf das Ausziehgleise gegen Fremde vor, um die Fahrstraße für den bereits fälligen Zug Nr. 4958 von Wostrometz frei zu machen. Dieser Zug bestand an seinem Ende aus mehreren Kohlenwagen. Der im Stellwert bedienstete Maschinist Gottlieb Taborsky stellte die Weiche Nr. 47 vorzeitig um, als über dieselbe noch sechs Wagen des Verschubteiles passierten sollten. Die Folge davon war, daß zwei Wagen entgleisten und ein Wagen umgeworfen wurde, wodurch die Strecke gegen Wostrometz unfahrbar wurde. Eine körperliche Beschädigung von Menschen ist jedoch nicht erfolgt, da die Wagen unbefestigt waren.

Wegen dieses Unfalles erhob die Staatsanwaltschaft beim Bezirksgericht in Königgrätz die Anklage gegen Taborsky wegen Uebertretung nach § 482 St.-G.-B. Taborsky, welchem bei der ersten Verhandlung kein Verteidiger zur Seite stand, wurde vom Bezirksgericht der Anklage gemäß schuldig erkannt und zu einer Arreststrafe von 48 Stunden verurteilt.

Bei der Berufungsverhandlung, bei welcher Taborsky über Auftrag des Rechtsjägers und Gewerkschaftsvereines Doktor Alfred Meißner aus Prag verteidigte, gab Taborsky zu seiner Entschuldigung an, daß er der festen Meinung war, daß der ganze verschobene Zug bereits den Wechsel Nr. 47 passiert habe. Vor den Kohlenwagen befand sich ein großer Wagen, welcher mit seinem Schattent den letzten Teil des Zuges bedeckte, nebstdem ist eine Gefahr für die körperliche Sicherheit von Menschen nicht herbeigeführt worden, da sich auf dem umgeworfenen Wagen niemand befand und auch das Maschinenpersonal war nicht bedroht, da der Zug bereits langsam fuhr. Ueber Auftrag des Verteidigers wurde als Sachverständiger der Oberoffizial Franz Sklenar einberufen. Derselbe bestätigte, daß der Signalbedienstete nicht gut auf die Weiche Nr. 47 sehen konnte, und daß er daher irrtümlicherweise der Meinung sein konnte, daß der ganze Zugteil bereits die Weiche passiert habe. Auch eine Gefahr für die körperliche Sicherheit war damals nicht vorhanden.

Das Kreisgericht Königgrätz änderte sodann das erstinstanzliche Urteil und sprach Taborsky von der Anklage frei.

Streiflichter.

Einiges von der Aspangbahn. Die Aspangbahner sind im allgemeinen gegenüber anderen Kollegen zu bemitleiden. Der Dienst und die Arbeit wird von dem Personal wie auf den Hauptbahnen verlangt, die Bezahlung wird jedoch immer nach den Bahnen niedrigerer Ordnung vorgenommen. Besonders aber klagen seit längerer Zeit die Magazinarbeiter und Bediensteten über eine ganze Reihe von Mißständen, die bei halbwegs gutem Willen leicht abzustellen wären.

Die Arbeit im Magazin ist noch eine vollkommen unregelmäßige und dauert gemeinlich für die Bediensteten bis 9 Uhr, selbst bis 10 Uhr abends. Bis zum heutigen Tage hat die Aspangbahn diese horrenden Ueberstundenzahlungen der gesetzlichen Arbeitszeit nicht extra honoriert. Im allgemeinen ist man jedoch der Meinung, daß man in ganz Oesterreich eine längere Arbeitszeit als elf Stunden von niemand mehr fordern kann und nirgends gefordert wird. Tritt aber einmal die unabwendbare Notwendigkeit hierfür ein, so werden Ueberstunden bis zum anderthalbfachen und selbst bis zum doppelten Betrag vergütet. Die Aspangbahn läßt ihre Leute in den staubigen Magazinen jahraus und jahrein schuften, ohne daß sie je einmal darangeschritten wäre, dem geplagten Personal die Ueberstunden, wie es doch selbstverständlich wäre, zu vergüten. Bei dem notorischen Platzmangel muß im Magazin um jeden Quadratmeter Fläche ein förmlicher Kampf geführt werden. Jedes einzelne Kollie wird im Laufe des Tages duplebemale gehoben und gestochen, und die zu verrichtenden Arbeiten gleichen einer wilden Jagd. So wie den Bediensteten ergeht es auch den Arbeitern. Diese kommen natürlich zu einem noch schwereren Handluf, weil sie für die tausenderlei unnützen Handgriffe und Arbeiten keinen Heller bezahlt bekommen. Eine Bewegung wird bezahlt, wenn sie notwendig und müssen gratis versehen werden. Je größer die Güterbewegung im Magazin wird, je furchtbarer in einem Monat die Schinderei war, desto kleiner ist der Verdienst, der sich aus den besonderen Verhältnissen der Magazins- und Gleisanlagen erklären läßt.

Abgesehen von diesen schweren Mängeln ist die Behandlung der Bediensteten und der Arbeiter von seiten des Aufsichtsbekannteten Herrn Franz Müller eine ganz trostlose, die sich in der letzten Zeit bis zur Unentrichtlichkeit steigerte. Es ist unglaublich, mit welcher pervertierter Luft der Herr Offizial das geplagte Personal behandelt. Rohheit wäre kaum der passende Ausdruck für diese Art von Benehmen. Die Bediensteten werden in der Regel nur mit Ekel und Trottel angesprochen, und wenn

gar einmal jemand eine Beschwerde oder einen Wunsch bei ihm zu äußern hat, dem wird das Hinausschmeißen aus der Kanzlei nicht nur angetragen, sondern auch von diesem Herrn persönlich ausgeführt. Ein Arbeiter, der sich in der letzten Zeit beklagte, wieso es denn komme, daß der Auford-überverdienst wieder so gering war, bekam von dem genannten Aufsichtsbekannteten die Antwort: „Wenn es Ihnen zu wenig ist, so führen Sie halt Ihre Alte auf den Strich.“ Einem solchen Vorgehen sollen die Untergebenen mit Achtung und Zuneigung entgegenkommen. Wo anders würde man einen solchen moralisch defekten Menschen entweder in ein Bureau setzen, wo er mit dem Personal in keine Verbindung kommt, oder, was noch viel vernünftiger wäre, den Mann in eine Trinkerheilstätte bis zur völligen Wiedergenesung unterbringen.

Wir haben heute nicht die Mühsicht, dem Herrn Franz Müller sein ganzes Sündenregister, das bei Gott nicht gering ist, hier aufzuzählen. Wir wollen dies nicht, damit man uns nicht etwa Denunziation vorwirft. Wir werden aber leider, wenn eine Einrede nicht bald erfolgt oder eine Vernehmung vorgenommen wird, gezwungen sein, zu diesem verpönten Zustande zu nehmen. An den Direktor Herrn Regierungsrat Herdberg ergeht jedoch unsere dringende Bitte, uns von diesem Menschen baldigst zu befreien, da die Bediensteten jede Verantwortung ablehnen, wenn etwa einmal die Magazinarbeiter selbst an die Belehrung dieses Herrn in einer Weise schreiten würden, die weder der Bahn noch dem Beamtenkorps angenehm sein kann. Die Direktion weiß, daß der Herr Franz Müller ein notorischer Trunkenbold ist, sie weiß, daß er in diesem Zustand egressiert, sie weiß, daß er auch ein Kollie großster Sorte ist, und muß daher notwendigerweise eine Aenderung eintreten lassen. Sollte das wider Erwarten nicht baldigst eintreffen, dann müßten die Bediensteten und Arbeiter die Verlassung des Herrn Müller auf diesem Posten als eine Provokation auffassen und darnach ihre Abwehr einrichten.

Eine Erweiterung des Karlsbader Kurhauses für Staatsbahnbedienstete soll nach einer Privatmeldung des „P. L.“ jetzt vorgenommen werden. Das seit elf Jahren in Karlsbad bestehende Kurhaus, in welchem Staatsbahnbedienstete unentgeltlich oder gegen geringes Entgelt Unterkunft und Pflege fanden, wird im laufenden Jahre erhebliche Erweiterungen erfahren, so daß künftig in demselben mehr als 400 Staatsbahnbedienstete werden Unterkunft finden können.

Vom Werdegang eines deutschnationalen Eisenbahnervertreter. Herr Dr. Weidenhoffer, der jetzt die Eisenbahnervereintendigung aufsigt und sich als junger Mann vom Staat die Pension zahlen läßt, wird also noch ein zweites Geschäft machen. Er kommt nämlich nach Graz als Chefredakteur des „Graz Tagblatt“. Zwar hat man von den journalistischen Leistungen des Herrn Weidenhoffer nie etwas erfahren, aber zu dem Wlatte paßt er vielleicht gerade deshalb. Das genannte Wlatte war ehemals ein radikales Wlatte, radikal im nationalen Chauvinismus, radikal aber auch in politisch-freihändlerischer Gesinnung, also auch ziemlich antiserbisch. Aber es hat sich längst geändert und betreibt heute fast ausschließlich die Sozialistenkesserei, das Scharfmachertum, und das mit all der Bedenklichkeit, die dieses Gewerbe erfordert. Dazu existiert es auch, denn sein Bestand beruht heute ausschließlich darauf, daß es ein paar Artikel und Fabrikanten, bei denen das Bedürfnis nach einem anti-sozialdemokratischen Wlatte besteht, in aushalten.

Daß übrigens Herr Weidenhoffers neue Tätigkeit von den feindlichen Genossen mit entsprechendem Humor gewürdigt wird, zeigt folgender Witz, mit dem der „Arbeiterwille“ den „Schriftleiterwechsel“ des nationalen Scharfmacherblattes gliedert: Der Hauptschriftleiter des geschicktesten Wlattes von Graz arbeitete gerade in seinem einzigen, aber schwierigen Messort, der Auswahl der Gedankenlage aus einem Kalender, und hatte bereits einige wichtige Momente aus der Geschichte des deutschen Hoch- und Edelvolkes herausgeschnitten: 1880: die Dogge Bismarcks lernt schon schon Praterleben. — 1871: Friedrich II., der Eisenerne Aurfürst von Brandenburg, stirbt in Ingeftadt. — 1910: Das „Graz Tagblatt“ schlägt den entgültigen Messort in der Dummheit und die neuzugestaltete Parteirichtung ein. . . . Bei dieser Arbeit war der Herr Hauptschriftleiter selbstverständlich eingeschlagen. Er träumt, auf dem großen Spielplatz vor der Walthalla zu sein, und führt eben mit dem Pfeifendeckel Hermanns des Großen, dem er sogar verzeiht, daß er ein Lischee ist, ein Gespräch: „Gute Murgun, Pane Hirth, wie geht's?“ — „No danke, so halbwegs schlecht.“ — „Dob'n die Pane Hirth schon gehert, ije der Goidp Weidenhoffer, was ije so mendelstüchtig, gemocht zum Bahnsekreter, und nachdem glei drauf zum Pensionisten, fir sein vullsvetererische Unfähigkeit. . . . a Ungeignenheit, wie die Deitsche sagt, und dann zu die Chefredakteur von „Tagblatt.“ — Hirth: „Ja, versteht denn der Weidenhoffer was von Journalistik?“ — „Na Pane, sunit wär er nig kummen zu dieje Wlatte!“ — Hirth: „Um Gotteswill'n, um wer'n jekt d' Gedanktag ausschau'n, mein Messort, wo ich so viel Geijt. . . .“ — „Es klopp't, der Träumner wird langsam wach.“ „Herein!“ — Der Drudereifranz kommt. — „Heil! Heil!“ — Franzl: „Herr Hirth, der neu. . . der neuje Che. . . a Hau. . . Haupt. . . Chef. . . Hauptschriftleiter Weidenhoffer ist da!“ Da fällt der alte Hauptschriftleiter vom Thronseffel, dann verliert er seinen Geijt als Muster ohne Wert aufzugeben. Als das nichts nützte, starb er so, nachdem man ihm vergebens laumarne Nationalverbände auf den Kopf gelegt hatte. In den Gedanktagen aber, dem genial redigierten Messort des Chefs, an denen er selbst im Schlafe weitertriefelte, stand: 1912. Am 11. November stirbt der Hauptschriftleiter des dümmsten Wlattes, Albert Hirth, nach langem Leiden der deutschradikalen Journalistik an der Streberitis Weidenhofferium.

Schöne, neue Waggons auf den österreichischen Staatsbahnen. Selbstverständlich nicht für das gemeine österreichische Passagiervolk, sondern nur für noble Ausländer. Das „Neue Wiener Tagblatt“ meldet: „Die kanadische Pacificbahn hat bei der Kesseldorfer Wagonfabrik zehn Aussichtswagen bestellt und wird diese mit den österreichischen Staatsbahnen in den Fahrpark der Staatsbahnen einstellen. Die Waggons werden mit großem Komfort ausgestattet sein und die luxuriöseste Type darstellen, die bisher zur Verwendung gelangt ist. Mit dieser Maßnahme wird nur der Anfang einer groß angelegten Aktion der kanadischen Pacificbahn zur Hebung des amerikanischen Fremdenverkehrs nach Oesterreich gemacht. Es ist den eingeweihten Kreisen nicht entgangen, daß die Ziffern des Reiseverkehrs des amerikanischen Publikums in Oesterreich weit hinter denjenigen zurückbleiben, die erreicht werden könnten, wenn die Reisegelegenheiten den spezifischen Gewohnheiten der Amerikaner, ihrem Verlangen nach großer Bequemlichkeit und weitgehendem Komfort angepaßt wären. Die Kanada-Pacificbahn wird Tidets ausgeben, die die Amerikaner in die Lage setzen werden, die ganze Reise auf ihren Fahrbetriebsmitteln

zurückzulegen, und zwar ausschließlich auf den Schiffen der Kanada-Pacific und den Waggons der Gesellschaft. Insbesondere soll auch die Beförderung des zahlreichen amerikanischen Publikums, das über Paris reist, nach österreichischen Gegenden regel gestaltet werden. Man hofft, den großen Strom amerikanischer Touristen, der bisher seine Richtung nach Oesterreich relativ nur in geringem Grade nahm und hauptsächlich nach der Schweiz und nach Italien gelenkt wurde, nunmehr auch in unsere Gebiete, vor allem die Alpenländer, zu bringen. — Wir gemeinen Oesterreicher aber werden uns bei unseren Fahrten in den schmutzigen, stinkenden, mit Delfungeln „beleuchteten“ Kasten dritter Klasse wenigstens mit dem klassischen Gedanken trösten können: Amerika, du hast es besser — auch in Oesterreich.

Protektion im Inzeratenwege. Daß man bei der Eisenbahn durch die Gunst höherer und einflußreicher Beamter zu weilen Stellung und Borrückung erwirbt, ist leider nur allzu bekannt. Daß man dieses Fortkommen nunmehr auch schon auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege der Zeitungsannonce sucht, zeigt nachstehendes Inzerat in der letzten Sonntagsnummer des „Neuen Wiener Tagblattes“:

Einflußreicher Eisenbahnbeamter zwecks einwandfreier Information in einer Anstellungssache gesucht. Hohe Vergütung. Zuschr. unter „Offiziant 18404“ an die Exp. 18404

Daß man hier ganz offen dem „einflußreichen Eisenbahnbeamten“ gleich „hohe Vergütung“ anbietet, zeigt deutlich, wie schamlos sich das Protektionssystem bei den Eisenbahnen breit macht.

Die widerrechtlichen Abzüge der Beiträge für den „Reichsbund“ in Jglau. Wir vermögen abermals Briefe abzubringen, deren Originale in unseren Händen sind, die zwischen ehemaligen Mitglieder der Jglauer Reichsbundortsgemeinschaft und dem Obmann derselben, Ingenieur Jung, gewechselt wurden, und die wiederum den Beweis erbringen, daß man in der Station Jglau der k. k. O. N. M. B. Bediensteten dienlich gegen deren Willen Abzüge zugunsten des Reichsbundes deutscher Eisenbahner macht. Ein mit neun Unterschriften gefertigter Brief lautet:

Jglau, am 8. Februar 1912.

An den Obmann des Reichsbundes deutscher Eisenbahner Herrn Ingenieur Rudolf Jung, Jglau II.

Die Gefertigten haben im Monat Jänner ihren Austritt aus dem Verein Reichsbund deutscher Eisenbahner Ihnen zur Kenntnis gebracht.

Am 1. Februar wurde aber trotzdem bei der Auszahlung jedem eine Krone in Abzug gebracht. Da es aber nicht angeht, jemand zu einem Verein zu zwingen, dessen Mitglied er nicht sein will, so ersuchen die Gefertigten um Rückzahlung der widerrechtlich abgezogenen Krone und hoffen, daß Sie sich dafür einsetzen werden, damit solche zwangsweise Abzüge nicht mehr vorkommen; sollte dies trotzdem geschehen, so sind die Unterzeichneten gezwungen, zu trachten, auf andere Art zu ihrem Eigentum zu gelangen.

Achtungsvoll (Folgen neun Unterschriften.)

Herr Jung erwiderte: Geehrte Herren!

Der Ortsgruppenleitung ist von einer Austrittsanmeldung ihrerseits nichts bekannt. Ich bitte demnach, sich hierher zu bemühen und anzugeben, wem Sie ihren Austritt anmelden und wem Sie die Mitgliedskarte oder das Mitgliedsbuch gaben. Sollten Sie seinerzeit auf der Liste gestanden sein, die ich erhielt, so diene Ihnen zur Kenntnis, daß diese Liste an Herrn Sawitzek zurückgelegt*) mit dem Ersuchen, Ihnen den Inhalt der Antwort mitzuteilen, was Jedenfalls geschah.

Keiner von Ihnen hat bisher ordnungsgemäß seinen Austritt gemeldet. Wir könnten Sie also höchstens ausschließen. Herr R. erklärte mir persönlich, er trete nicht aus. Den Vorwurf widerrechtlicher Abzüge weise ich zurück. Sagen Sie dem Herrn, der das schrieb und den ich kenne, er möge solche Kinderereien unterlassen, weil ich sonst ihn und die Unterfertigten klagen müßte.

Der Austritt muß schriftlich unter Verständigung des Vertrauensmannes und Rückgabe der Mitgliedskarte und des Mitgliedsbuches angezeigt werden. Eine Organisation ist kein Laubenschlag und tanzt nicht nach der Pfeife des Erstbesten.

Heilgruß Jung, bz. Obmann.

Ebenso schlecht als es um die Orthographie des Herrn Jung bestellt ist, ist es um dessen Logik bestellt. Eine Organisation ist wirklich kein Laubenschlag, aber es handelt sich nur darum, ob der Reichsbund deutscher Eisenbahner wirklich eine Medienstellenorganisation ist und ob er nicht vielmehr anderen Zwecken als Medienstelleninteressen dient, wie etwa den Bedürfnissen der deutschbürgerlichen Parteien bei Wahlen die Stimmen der Eisenbahner zu erhalten oder den Bedürfnissen der deutschnationalen Eisenbahnbeamten, in irgendeiner Koalition die erste Geige zu spielen, oder den Bedürfnissen politischer Streber, auf dem Rücken einer Organisation emporzukommen, zu Mandaten und schließlich zu einer staatlichen Verjorgung zu gelangen.

Herr Jung ist auch damit im Irrtum, wenn er meint, das Nichteinhalten von Austrittsformalitäten berechtige die Stationskasse zum Abzug von Monatsbeiträgen für den Reichsbund gegen den Willen der betreffenden Bediensteten. Es mögen die Deutschnationalen noch so sehr auf den Einfluß ihrer Regierungsmänner sündigen, so weit werden sie es nicht bringen, daß sie auf die Dauer ungestraft Mißbräuchen eines Staatsbetriebes zu ihren Zwecken mißbrauchen werden. Die zivilrechtliche Entscheidung darüber, ob Leute dem Reichsbund zahlungsverpflichtet sind, steht nicht Herrn Jung und dem Stationsvorstand von Jglau, sondern dem ordentlichen Gerichte zu. Derartige Exekutionen an Medienstellenbezogen werden verhindert werden, das möge sich Herr Jung gesagt sein lassen.

Herr Jung leugnet einerseits von dem Austritt der ehemaligen Reichsbundmitglieder Johann Wata, Johann Kuba, Josef Schierreich, Martin Waber, Wenzel Ranzo, Franz Schwatal, Andreas Schragl, Josef Krasofsky und Wenzel Fischer Kenntnis zu haben, gibt aber auf der anderen Seite selbst zu, von einer Liste zu wissen,

*) Anmerkung des Sehers: Man schreibt ging, hing, sing mit i, nicht mit ie. Das sollte der Herr Ingenieur doch wissen, ziemt doch einem Schriftmager des Deutschbüms einige Kenntnis der deutschen Sprache. Wie kommen wir Seher dazu, die Orthographie der Herren Ingenieure korrigieren zu müssen.

auf der Mitglieder ihren Austritt anzeigten. Die Drohungen des Herrn Jung mit der gerichtlichen Klage sind ein Zeugnis dafür, welcher Mittel sich die deutschnationalen Beamten bedienen, die Bediensteten in ihrer Vereinshörigkeit zu erhalten, daß sie es mit Einschüchterungen versuchen, wo die Versprechungen, die sie den Bediensteten machen, nicht mehr verfangen. Die Bediensteten fürchten aber ebensowenig Ihre gerichtliche Klage, als sie Ihren Versprechungen Glauben schenken, Herr Jung! Sie tun gut daran, ein anderes Feld Ihrer außerordentlichen Betätigung aufzusuchen!

Korrespondenzen.

Jägerndorf. (Der Reichsbund deutscher Eisenbahner) hielt am 29. Jänner in Plebans Gasthaus eine Versammlung ab, zu der sie sich einen Herrn Rudolf Sternadt aus Wien als Referenten verschrieben hatten, der in „sachlichen“ Ausführungen die Forderungen der Eisenbahner sowie die Anwendungen der Regierung und die Stellungnahme zu denselben besprach, so daß nach dem Bericht selbst die dort anwesenden Gegner die Zustimmung nicht verweigern konnten. Also Gegner waren auch unter den paar Leuten, die sich eingefunden hatten, zu suchen. Ja, wo waren denn dann die eigentlichen Mitglieder? Das Köstlichste war, daß dem Nationalverband für seine erfolgreichen Bemühungen zur Besserstellung der materiellen Lage der Eisenbahner der beste Dank ausgesprochen wurde. Der Nationalverband und sein erfolgreiches Wirken! Wer laßt da nicht? Zu bedauern sind nur jene Eisenbahner, die sich in ihrer Einseitigkeit noch immer mißbrauchen lassen, diesem Nationalverband und seinen Demagogen als Staffage zu dienen. Na ja, wenn nicht zu rufen ist, ist nicht zu helfen. Zum Schluß konnte es sich der Zweihundert-Kronen-Walenta nicht verweigern, etwas über den Separatismus zu reden, ein Thema, von dem er soviel verachtet, wie eine Kuh vom Seiltanzen. Ganz zum Schluß sang man das Lied vom Nationalverband und die Komödie war zu Ende. Stolz und bewußt, daß ihnen jetzt gelohnt ist, verschieben die deutschen Eisenbahner das Versammlungsgelot.

Grubbad. Von dort wird uns berichtet: Bei uns wurde dem Verschiebepersonal eine alte Waghütte als Verschieberkaserne zugewiesen. In dieser alten Waghütte wimmelt es von Motten und Mäusen, so daß der Aufenthalt in dieser Wude kein angenehmer genannt werden kann. Ein alter I. I. Stationskater bemüht sich wohl, die I. I. Stationsstraten und andere Raketiere durch Aufstellen des Rudels oder Fletschen seiner zweieinhalb wadeligen Zähne zu verschrecken, doch leider vergebens. Die kleinen Mägen wissen zu genau, daß die I. I. Direktion der St. E. G. schon aus Erisparnisrücksichten dem alten Stationskater kein neues Gebiß mit Goldplomben einsehen lassen wird. Darum rüden die grauen Tierchen ganz frech auf die Mahlgewellen der Verschieber an. Die Verschieber sind gegen diese unfeindlichen Missetäter vollständig machtlos und müssen oft mit den bescheidensten Ueberresten von der Mahlgewinn für sich nehmen. Denn wenn auch nicht immer der größere Teil vom Essen von den kleinen Mägern verzehrt und verstreut wurde, so ist zumeist das Essen durch gewisse Hinterlassenschaften dieser kleinen Räuber so verunreinigt, daß man lieber auf die ganze Mahlgewinn verzichtet. Wir ersuchen deshalb, eine I. I. Direktion möge sich einmal das Innere dieser „Verschieberkaserne“ genauer ansehen und anordnen, daß diese Schmutzhölde öfter gereinigt werde. Das Personal wird sich gewiß dankbar zeigen.

Lobositz. Dem Stationspersonal ist zum Aufenthalt bei ungünstiger Witterung während der Zugspausen eine Kaserne zugewiesen die voll Schmutz und Ungeziefer ist. Das Stationspersonal ist deshalb gezwungen, sich entweder in der Lampenstube oder im Wartesaal dritter Klasse ein Plätzchen zu suchen, wo dann das Essen eingenommen werden kann. Als der Herr Vorstand Schleich durch einen Denunzianten erfuhr, daß sich das Stationspersonal statt in den Saustall von einer Kaserne in dem Wartesaal aufhält, ließ er sämtliche Bedienstete aus dem Wartesaal dritter Klasse hinausjagen. Wollen die Leute nicht mit dem in der verwahrlosten Kaserne sich dort massenhaft befindlichen Ungeziefer Kameradschaft schließen, so müssen sie bei einer Kälte von 15 Grad unter freiem Himmel herumkummeln. Daß Vorstand Schleich von dem eiligen Zustand dieser Kaserne weiß und sich selbst vor diesem Schweinestall fürchtet, dafür sind genügend Beweise vorhanden. Als Herr Hofrat Brudner nach Lobositz kam, um die Station und das Heizhaus zu besichtigen, so wäre es wohl Pflicht des Vorstandes gewesen, den Herrn Hofrat Brudner auch auf diese Kaserne aufmerksam zu machen. Das hat Herr Schleich aus guten Gründen unterlassen, denn Herr Brudner hätte sich gewiß nicht lobend über den Zustand dieser Räume geäußert. Es wäre nur zu wünschen, wenn die I. I. Direktion die Kaserne einer eingehenden Besichtigung unterziehen würde.

Graz, Südbahn. (Die Oberbauarbeiter bei der Direktion der Südbahn.) Am 21. Jänner d. J. tagte in Graz in den Juliensalen eine von etwa 600 Oberbauarbeitern besuchte Versammlung, in der kategorisch verlangt wurde, daß sich endlich die Verwaltung der Südbahn auch der Oberbauarbeiter erinnern sollte, da diese Kategorie zur Aufrechterhaltung des Verkehrs ebenso notwendig ist, wie alle anderen. Um der Bahnverwaltung diesmal begreiflich zu machen, wurde in der Versammlung eine zehnjährige Deputation gewählt, die in der Bau- und Generaldirektion vorzusprechen habe. Am 5. Februar sprach nun diese Deputation vor, und so viel man später erfahren konnte, haben die Deputationsmitglieder den Direktoren ohne Rücksicht so ziemlich reinen Wein über die gegenwärtige Lage der Oberbauarbeiter eingeschenkt, und es steht zu erwarten, daß diesmal die Aufteilung der Verbesserung etwas besser vor sich geht, als dies bisher gewöhnlich der Fall war, vorausgesetzt, daß nicht wieder einzelne Sektionen inwischen einen Spibuben machen. Versprochen ist den Bahnerhaltungsarbeitern diesmal das Bestmögliche geworden, und man hofft, daß der Regierungsrat N. v. Weber doch Wort halten, und den Ärmsten der Armen diesmal mit einer anständigen Aufbesserung der Löhne bespringen wird.

Stauding. Die hiesige Nordbahnstation besitzt zur Ausübung des Verkehrsbediensteten einen besonders nervösen Beamtenaspiranten, namens G r o f. Der betreffende Herr glaubt wirklich, wenn sich der Verkehr nicht seinen Bedanken anpaßt, das Personal in der unflätigsten Weise beschimpfen zu können. So zum Beispiel Esel, Wande u. s. w. Seiner Herkunft nach hätte es Herr Grof am allerwenigsten notwendig, Männer, die schon durch lange Jahre den Eisenbahndienst versehen, mit dem Titel eines Esels oder einer Wande zu beehren. Wir raten diesem jungen Herrn, sich erst die nötigen Kenntnisse über Manipulationsarbeiten zu verschaffen, um dann urteilen zu können, für wen derartige Titel Verwendung finden sollen.

Versammlungsberichte.

Zur Lage der Werkstättenarbeiter.

Zu zwei öffentlichen Werkstättenversammlungen am 1. und 2. Februar in Bodenbach und Leipa sprach in sehr instruktiver Weise Genosse J. Hartmann, Wermann in Wien, über die Verhältnisse in den Werkstätten und über die geplanten Verschlechterungen der Arbeits- und Entlohnungsarten. Nach den Ausführungen des Referenten wäre zu erwarten, daß nun die Werkstättenarbeiter mit aller Kraft und Ausdauer wieder an dem Ausbau der vor mehr als zwanzig Jahren ins Leben gerufenen allgemeinen Eisenbahnerorganisa-

tion arbeiten werden. Sie würden damit dem Ehrenschilde, daß sie die Pioniertruppe der Organisation waren, gewiß neuen Glanz verleihen. Schien es doch, als wäre es einem Diplomaten, trieb Bilinski im Jahre 1895 gelungen, den Werkstättenarbeitern das Interesse an der Organisation beizubringen zu haben. Die Stabilisierung ließ damals unter einem Großteil von ihnen die Meinung entstehen, der Organisation nun entraten zu können, da für sie das Wort gebildet sei. Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu flechten. Nach Bilinski kam wieder ein anderer Kurs zur Geltung, der eine eminente Schädigung der Werkstättenarbeiter im Gefolge hatte. Es wurde die Stabilisierung wieder verworfen und ein Entlohnungssystem etabliert, das den berechtigten üblichen Tagelohn zur Grundlage hatte. Der der Organisation treu gebliebene Teil der Werkstättenarbeiter war unausgesetzt bemüht, die vom Eisenbahnministerium inaugurierten Verschlechterungen hintanzuhalten und die Wiedereinführung der Stabilisierung für die Werkstättenarbeiter zu erreichen. Das Eisenbahnministerium, dem es kein Geheimnis war, daß der Großteil der Werkstättenarbeiter nicht in der Organisation steht, ein Teil aber den Organisationen anhängt, die nie und nimmer respektiert werden brauchen, ließ sich nur schwer und langsam bewegen, die Forderungen der organisierten Werkstättenarbeiter zu erfüllen. Und wenn es sich zu Zugeständnissen für die Werkstättenarbeiter herbeilassen mußte, so nur unter dem Druck und durch die Hilfe des Verkehrspersonals. Kaum aber hat man die Zusage zu der weiteren Anwendung der Stabilisierung gegeben, und es taucht schon wieder ein neues System auf. Und zwar ist es das nach jeder Richtung gefährliche und aufreizend wirkende Akford- und Prämienystem, das wieder aus der Verlenung zu steigen droht und die Werkstättenarbeiter ganz Oesterreichs in Unruhe versetzt. Das ist es nun, was die Werkstättenarbeiter veranlaßt, sich wieder in verstärktem Maß mit dem Ausbau ihrer Organisation zu beschäftigen, um mit Hilfe dieser die drohenden Gefahren abzuwehren. So sehen wir wieder einmal mit aller Deutlichkeit, daß die herrschenden Mächte selbst dafür sorgen, daß die Arbeiter sich zusammenschließen müssen, um so eine Macht zu bilden, der sie ohne Schaden nicht dauernd entzogen können. Ständen die Werkstättenarbeiter als eine geschlossene Masse dauernd in der allgemeinen Eisenbahnerorganisation, würde man es sich oben überlegen, derartige Experimente mit ihnen zu wagen. Hoffen wir, daß diese Erkenntnis Gemeingut aller werde, daß die noch Fernstehenden der Organisation beitreten und dauernd in ihr verbleiben, zum Vorteil ihrer selbst, sowie ihrer Familien und der ganzen Arbeiterklasse; daß aber auch alle kleinlichen Zersplitterungsversuche in verschiedene wirkungslose Vereine, die nur die Aktionsfähigkeit und Schlagkraft lähmen, vermieden werden, dann werden die Bemühungen ihrer bewährten Arbeitskollegen à la Hartmann gewiß mit Erfolg gekrönt sein.

Versammlung der Stationsdiener der Wiener Stadtbahn. Montag den 5. Februar l. J., um 2 Uhr nachmittags, fand in Bibisch's Gasthaus, Reindlgasse 11, eine vom Genossen Untertan nach § 2 des Versammlungsgesetzes einberufene Versammlung der Stationsdiener der Wiener Stadtbahn statt. Zu dieser Versammlung wurde auch Genosse Sommerfeld als Mitglied der Zentralpersonalkommission geladen, um über die beim I. I. Eisenbahnministerium bereits eingebrachten, die Kategorie der Stationsdiener betreffenden Anträge zu referieren. Im Laufe seiner Ausführungen wurde die Frage der Dienst-einteilung aufgeworfen, und es wurde von den anwesenden Stationsdienern die heute bestehende Dienst-einteilung als unhaltbar erklärt. Genosse Sommerfeld erhielt den Auftrag, bei der nächsten Sitzung der Zentralpersonalkommission dem I. I. Eisenbahnministerium die trostlose Lage der Stationsdiener zu schildern. Nachdem nach Genossen Sommerfeld noch mehrere Genossen gesprochen hatten, wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

Die Zentrale des allgemeinen Rechtschutz- und Gewerkschaftsbereiches wird aufgefordert, durch eine Intervention beim I. I. Eisenbahnministerium eine Verbesserung der heute bestehenden Dienst-einteilung auf den Linien der Wiener Stadtbahn (Wiental-, Donaufanal- und Gürtellinie) herbeizuführen. Ferner wird den Vertrauensmännern der Auftrag erteilt, eine Petition auszuarbeiten, welche mit sämtlichen Unterschriften der betroffenen Stationsdiener versehen ist, und diese einem hohen I. I. Eisenbahnministerium zu unterbreiten. In dieser Petition sollen die Gründe beknappend angegeben werden, welche die Stationsdiener zwingen, sich an das I. I. Eisenbahnministerium zu wenden.

Nachdem zum Punkt Eventuelles sich noch einige Genossen zum Wort gemeldet hatten, wurde zur Wahl der Vertrauensmänner geschritten und folgende Genossen mit Akklamation gewählt: J. Ebel, Wilhelm Untertan, Michael Heuberger und J. Dreier. Nach vierstündiger Dauer wurde die sehr gut besuchte Versammlung geschlossen.

Deutsch-Pragm. Unter dem Vorsitz des Genossen Hofbauer fand hier am 2. Februar eine gut besuchte Versammlung statt, bei welcher auch die Genossen aus Eichenbrunn und Straßhof anwesend waren. Genosse Wed, von der Zentrale zu dieser Versammlung entsandt, besprach eingehend die letzte Aktion, daß, wiewohl der Beschluß des Abgeordneten-hauses vorliege, 38 Millionen zur Verbesserung der Bezüge des Staatsbahnpersonals zu verwenden, von der Regierung nur 21 Millionen Kronen für diesen Zweck bewilligt wurden und daß die Arbeiter bisher nichts erhielten, obwohl auch für dieselben Verbesserungen zugesichert wurden. Man müsse daher mit allem Nachdruck dahin arbeiten, daß die Arbeiter ebensolcher Verbesserung teilhaftig würden und daß auch noch die restlichen 17 Millionen zur Verwendung kommen.

Die Versammlung faßte den Beschluß, die Forderung aufzustellen, daß sämtliche Stationen bis inklusive Gänserndorf in das Wiener Quartiergebiet eingereiht werden, da in diesen Orten die Hausherren mit den Wienern gleichen Schritt halten. Die Zentrale wurde beauftragt, diese Forderung entsprechend zu vertreten.

Tulln. Am 20. Jänner 1912 wurde hier eine vom Genossen Kerschbaumer einberufene öffentliche Eisenbahner-versammlung abgehalten, welche außerordentlich gut besucht war und in welcher Genosse Dusek über die Aktion der Eisenbahner im Parlament referierte; der ebenfalls anwesende Vertrauensmann des Wahlkreises Tulln, Genosse Hauschka ergriff das Wort, um auf die Wichtigkeit der Presse sowie Notwendigkeit der politischen Organisation hinzuweisen und die Eisenbahner aufzufordern, neben der gewerkschaftlichen Arbeit sich auch intensiv politisch zu betätigen. Die Ausführungen beider Redner fanden nicht nur viel Aufmerksamkeit, sondern auch viel Beifall. Genosse Gluttig behandelte einen anwesenden Nationalen, der sich während der Rede Duseks in Zwischenrufen erging, mit ebensoviel Carlasmus als Gründlichkeit.

In Spittal a. d. Drau, Mallnig, Bäckstein, Schwarzbach, Pongau und Wilschhofen fand anfangs des Monats Februar eine Versammlung statt, bei welcher Genosse Dusek aus Wien über die Aktion der Eisenbahner referierte. Die Versammlungen waren alle sehr stark besucht und überall zeigte sich das große Interesse der Eisenbahner für die Ergebnisse der letzten Zeit. Besonders hervorgehoben muß die Opferwilligkeit der an der Tauernbahn stationierten Genossen werden, die trotz des heftigen Schneesturmes den weiten Weg nicht scheuten, um den Versammlungen beizuwohnen zu können.

In den letzten Tagen des Jänner fanden in Osvieczim Oberfurt und Bielski Versammlungen statt, in welchen Genosse Dusek über letzte Aktion referierte. Auch diese Versamm-

lungen waren zahlreich besucht. In Osvieczim sprach neben Dusek auch Genosse Feldmann aus Krakau und in Bielski Genosse Arbeiter.

Krakau. Am 11. Februar fand im Theatergebäude „Jirkus Edison“ eine öffentliche Eisenbahner-versammlung statt, welche außerst gut besucht war. Als Redner fungierten die Genossen Feldmann aus Krakau, Dusek aus Wien und Kaczanowski aus Lemberg, welche über die jetzt beendete Aktion sprachen. Zum Schluß wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in welcher der Zentrale der Organisation das Vertrauen für die umsichtige Taktik während des Kampfes ausgesprochen wurde. Zum zweiten Punkt sprach Genosse Kluczka über die Gründung eines Eisenbahnerkonsumvereines und die Machinationen der Nationalen und Beamten, die am Werk sind, dieses Unternehmen unmöglich zu machen.

Wien-Penzing. Am 14. Februar referierten die Genossen Hofbauer und Sommerfeld in einer § 2-Versammlung der Stationsdiener in Bibisch's Gasthaus.

Aus den Organisationen.

Meran. Bei der am 2. Februar abgehaltenen General-versammlung wurden folgende Genossen gewählt: Josef Gubes, Obmann, August Pernusch, Stellvertreter; Johann Bernhart, Kassier, Johann Schwarz, Stellvertreter; Romeo Erhart, Schriftführer, Alois Schluifer, Stellvertreter. Subkassiere für die Streda: Heinrich Thuh; Heizhaus und Werkstätte: Josef Schwienbacher; Station und Magazin: Martin Erlacher; Revisoren: Johann Dorfner, Anton Puffin, Math. Mater, Konduktur. In den weiteren Ausschüß: Alfred Stein, Rudolf Leiner, Franz Miklauz, Josef Gürtler, Josef Gotter, Martin Wimmer, Paul Sporer, Ferdinand Wilhelm. Alle Zuschriften in Vereinsangelegenheiten sind an Genossen Josef Gubes, Franz Ferdinand-Kai 23, zu richten.

Dahnitz. Sonntag den 11. Februar fand hier die General-versammlung statt, wobei nachstehende Genossen in den Ausschüß gewählt wurden: Rudolf Hopf, Obmann, Wenzel Zimmer, Stellvertreter; Wenzel Bern, Kassier; Otto Flach, Schriftführer, Josef Siegl, Stellvertreter; Anton Heinz, Josef Watter, Kontrolle; Michael Heinz, Vertrauensmann der Oberbauarbeiter in Dahnitz; Josef Uhlitz und Wenzel Grund, Ausschüßmitglieder.

Etwasige Abänderungen der Monats-versammlungen werden von dem Ausschüß beauftragt werden.

Alle Zuschriften in Vereinsangelegenheiten sind zu richten an Rudolf Hopf, Ausschüßwächter in Dahnitz. Geldsendungen übernimmt Wenzel Bern, Blocksignaldienner in Dahnitz.

Penzing. Bei der am 12. Februar stattgefundenen General-versammlung wurden folgende Genossen in den Ausschüß gewählt: Josef Sommerfeld, Obmann, Josef Süß und Karl Loidold, Stellvertreter; Johann Luderbauer, Kassier, Josef Schnobrich, Stellvertreter; Franz Gittenberger, Schriftführer, Franz Moh und Franz Kronawetter, Stellvertreter; Anton Gilhofer, Bibliothekar, Anton Grünberger und Karl Schöber, Stellvertreter; Josef Seemann und Johann Reichl, Kontrolle; Josef Luftitz und Schebajra, Ordner; Johann Greisinger und Karl Witzka, Subkassiere; Josef Dirz und Jehetner, Experten.

Zuschriften in Ortsgruppenangelegenheiten sind zu richten an Josef Sommerfeld, Wien XIII, Gurlgasse Nr. 6; in Gebirgsangelegenheiten an Johann Luderbauer, Wien XIII, Hadingerstraße 41.

Die Vereinsabende finden wie bisher jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. jeden Monats statt. Fällt an diesen Tagen ein Feiertag, so findet der Vereinsabend am nächstfolgenden Mittwoch statt.

Postelberg. Bei der am 11. Februar d. J. stattgefundenen General-versammlung wurden folgende Genossen in den Ausschüß gewählt: Josef Zein, Obmann, Karl Winkler, Stellvertreter; Eduard Schrödl, Kassier, Alois Morak, Stellvertreter; Josef Smetal, Schriftführer; Franz Nowak, Franz Peter und Konrad Krbel, Revisoren; Karl Gar-nis, Wenzel Simascek, Karl Müller, Josef Ritzelhorn, Ausschüßmitglieder.

Alle Zuschriften sind an den Genossen Josef Zein zu richten. Wegen nicht Eintreffen eines Hochblattes und Adressen-änderung wende man sich an den Genossen Eduard Schrödl. Monats-versammlungen oder Ausschüß-sitzungen werden je nach Bedarf abgehalten.

Obertraun. Bei der am 4. Februar stattgefundenen General-versammlung wurden folgende Genossen in den Ausschüß gewählt: Ludwig Eggenreiter, Obmann, Josef Hinterer, Stellvertreter; Matthias Ellmer, Kassier, Franz Rapp, Stellvertreter; Josef Bernkopf, Schriftführer, Leopold Hinterer, Stellvertreter; Josef Binder, Kontrolleur, Leopold Bernkopf, Stellvertreter; Tobias Bauner, Bibliothekar.

Alle Zuschriften sind an Genossen Ludwig Eggenreiter in Obertraun Nr. 92, am Fallstättersee, Oberösterreich, zu richten.

Bad Ischl. Bei der am 4. Februar 1912 stattgefundenen General-versammlung der Ortsgruppe Bad Ischl des Allgemeinen Rechtschutz- und Gewerkschaftsbereiches für Oesterreich wurden folgende Genossen in den Ausschüß gewählt: Wolfgang Loidl, Obmann, Franz Prizl, Stellvertreter; Josef Wimmer, Schriftführer, Franz Laimer, Stellvertreter; Matthias Bramberger, Kassier, Franz Brunmeier, Stellvertreter; Josef Brunner und Josef Wicher, Kontrolle; Josef Wimmer, Bibliothekar.

Anschließend an die General-versammlung brachte Genosse Schardt aus Linz den Bericht über die Tätigkeit des Personal- und Arbeiterzentralausschusses.

Grafau. Bei der am 11. Februar stattgefundenen Versammlung wurde Genosse Ehrlich als Zahlstellenleiterstellvertreter und Genosse Liehert als Kassienkontrolleur gewählt. Dem nach Auffig versehenen Genossen Hermann Anger rufen die Mitglieder der Zahlstelle ein herzliches Lebwohl zu.

Junnsbrud IV. Bei der am 5. Februar d. J. abgehaltenen General-versammlung der Ortsgruppe Junnsbrud IV der Staatsbahner wurden in den Ausschüß die folgenden Genossen gewählt: Karl Dotoiw, Sebastian Jdl, Wilhelm Harnslak, Johann Siller, Wilhelm Ruez, Josef Zobl, Alexander Lindner und Ferdinand Ullmann. Alle Zuschriften sind an den Obmann Karl Dotoiw, Junnsbrud, Andreas Hofferstraße 3, 3. Stod, zu richten. Die Ortsgruppe zählt 193 Mitglieder.

Gmund. Den geehrten Mitgliedern diene zur Kenntnis, daß die Einzahlung jedes Samstag nach dem 1. und 15. des Monats von 7 bis 8 Uhr abends in Unter-Weislands, und an dem darauffolgenden Sonntag nach dem 1. jeden Monats von 2 bis 4 Uhr nachmittags in Gmund (Hotel Seidler) stattfindet. Nachdem auch zur gleichen Zeit die Bücherausgabe erfolgt, richten wir an die geehrten Mitglieder die Bitte, um eventuellen Verschreibungen von Entlohnungsgebühren vorzubeugen, rechtzeitig um die Verlängerung anzufordern. Ferner eruchen wir, die Vereinsabende besser zu besuchen, da bei denselben wichtige Angelegenheiten besprochen werden.

Simberg. Sonntag den 4. Februar um 4 Uhr nachmittags fand in Herrn Anton Bosh Gasthaus in Simberg die General-versammlung der Ortsgruppe Simberg statt. In die Ortsgruppenleitung wurden folgende Genossen gewählt: Wil-

helm Solender, Obmann, Leopold Baumnot, Stellvertreter, zugleich Subkassier für Langendorf-Mannersdorf; Karl Kotovec, Stellvertreter; Franz Klein, Kassier; Johann Heger, Schriftführer; Josef Kotovec und Johann Peterle, Kontrolle; Rudolf Müller, Ausschussmitglied und zugleich Subkassier für Grammat-Neusiedl; Karl Müller, Sigmund Neugebauer, Franz Weidinger, Josef Pfeil, Ludwig Braunmüller, Leo Schmidt, Ausschussmitglieder.

Nach der Neuwahl hielt Genosse Christoph aus Wien einen interessanten Vortrag. Die Einzahlungen, sowie Monatsversammlungen finden jeden ersten Sonntag um 6 Uhr nachmittags im Vereinslokal statt. Die geehrten Mitglieder werden erucht, sich an den Monatsversammlungen zahlreich zu beteiligen. Sämtliche Zuschriften sind zu richten an Wilhelm Solender, Simberg 175.

Peitau. Bei der am 28. Jänner abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt: Ludwig Flesch, Obmann, Josef Brunstler, Stellvertreter; Alois Magar, Kassier; Heinrich Kosmath und Rudolf Lach, Schriftführer; Johann Wulak und Franz Zug, Kontrolle; Florian Wöck, Bibliothekar; Weissenstein, Wenzel (Ortsgruppe I). Seit langem war der Wunsch, wieder eine eigene Bucherei zu besitzen, um dem Lesedürfnis unserer Mitglieder besser Rechnung tragen zu können, da wir mit der Zentralisierung der Bibliothek sehr schlechte Erfahrungen gemacht haben.

Es ist uns nun durch das Entgegenkommen der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand u. Komp., sowie durch die Opferwilligkeit einzelner Mitglieder gelungen, eine reichhaltige Bibliothek neu zu schaffen.

Seit 24. Jänner d. J. ist jeden Mittwoch im Vereinslokal, Gasthaus Marsoner, Museumstraße, die Bibliothek in der Zeit von 7 bis 8 Uhr abends geöffnet, und findet die unentgeltliche Ausgabe von Büchern an die Mitglieder, und zwar nur gegen Vorweis des Mitgliedsbuches statt.

Wir erwarten, daß die Mitglieder die Bibliothek, welche gewerkschaftliche, wissenschaftliche und schenkeigste Literatur umfasst, fleißig benützen und würden hierin die beste Anerkennung für unsere Bemühungen finden.

Klein-Neißing. Bei der am 2. Februar stattgefundenen Mitgliederversammlung wurden folgende Genossen gewählt: Stefan Gollner, Zahlstellenleiter, Reiter, Stellvertreter; Wagenbrun, Schriftführer, Grilz, Stellvertreter; Mairinger, Kassier, Hebenstreit, Stellvertreter; Schwaiger, Bibliothekar, Hinterschleitner, Stellvertreter; Böttl und Drenn, Revisoren; Subkassier: Weyer; Graf; Gafenz; Gruber; Schönau; Thaller.

Alle Zuschriften sind an Stefan Gollner, Verschieber in Klein-Neißing, zu richten.

Geldangelegenheiten an Kassier Franz Mairinger, Verschieber, in Klein-Neißing.

Magenfurt. Bei der am 4. Februar in Magenfurt, Musiksaal, stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Genossen in den Ausschuss gewählt: Edmund Filleker, Obmann, Franz Gess und Kriesinger, Stellvertreter; Alois Pichler, Schriftführer, Franz Wicher und Andreas Wlatnig, Stellvertreter; Josef Florian, Kassier, Gottfried Pollack, Stellvertreter; Josef Böttl, Bibliothekar, Franz Deuburger und Friedrich Leb, Straberleiter; Ignaz Wras, Franz Gladerer, Stephan Schöffauer, Kontrolle; Johann Wieser, Ferdinand Kaltenbrunner, Franz Wlatnig, Johann Seibelhofer, Peter Rischelwitzer, Ludwig Gollub, Bartholomäus Prajnik, Ausschuss.

Narburg I. Bei der am 27. Jänner abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt: Eupanz, Obmann, Steiner und Gruber, Stellvertreter; Sterniska, Stanel, Malschei, Niedermeier, Vollmeier, Simerl, Motter und Dyktersehel, Ausschuss; Langer, Fleiß und Leg als Erfahrmänner.

Rosenbach. Bei der am 10. Februar abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Genossen als Funktionäre gewählt: Franz Mihinger, Obmann; Paul Pügelni, Stellvertreter; Simon Arum, Kassier, Johann Liedl, Stellvertreter; Anton Kahmann, Schriftführer, Lukas Dahnig, Stellvertreter; Franz Eren und Jakob Kaschnig, Kontrolle; Augustin Hartmann, Leopold Mandl, Johann Kneß und Gilbert Solab, Ausschuss. Alle Zuschriften sind an Franz Mihinger, Wächter 30 in Rosenbach, zu richten.

Prag. Die Ortsgruppe Prag II, eine der jüngsten Ortsgruppen, hielt ihre ganzjährige Generalversammlung am Dienstag den 16. Jänner 1912 im Rosenjaal des Arbeiterheims ab. Als Vertreter des böhmischen Sekretariats erschien Genosse Wilhelm Brodecki. Aus dem reichen Bericht dieser Ortsgruppe sind folgende Daten zu entnehmen:

Die Ortsgruppe konstituierte sich im September 1910 mit 68 Mitgliedern. Bis zum 1. Februar 1911 stieg die Mitgliederzahl auf 150. Vom 1. Februar 1911 bis zum 15. Jänner 1912 stieg die Mitgliederzahl neuerdings auf 210. Diese Mitglieder wurden einzig und allein aus den Reihen der indifferenten Eisenbahner gewonnen. Es wurden 41 Versammlungen abgehalten. Genosse Brodecki hielt einen Vortrag über: „Die letzten Ereignisse in unserer Organisation.“ Bei der hierauf vorgenommenen Wahl wurden folgende Genossen gewählt: Anton Martilik, Obmann, Karl Veran, Stellvertreter; Franz Sejna, Kassier; Franz Wuchar, Schriftführer; Nebstmal, Gausler, Wras, Kulla und Kerner, Ausschussmitglieder; Cernak und Schaffelhofer, Revisoren; Weidisch, Hausverwalter; Litera, Ebeska, Pech, Pálek, Patačka, Gausler und Preisler, Vertrauensmänner.

Ußling. Bei der am 10. Februar in Ußling stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Genossen in den Ausschuss gewählt: Josef Pintar, Obmann, Josef Flesch, Stellvertreter; Anton Glinig, Kassier; Johann Oman und Ludwig Pilwachs, Subkassier; Josef Wlatar, Schriftführer, Franz Dunst, Stellvertreter; Johann Bizjak, Bibliothekar, Ignaz Weiß, Stellvertreter; Karl Grabner, Matthäus Nutter, Kontrolle; Jakob Malouch, Alois Pablin, Franz Grnolopat, Thomas Tschner, Vertrauensmänner; Johann Klemenčík, Johann Fessial, Johann Malle, Markus Plesnčík, Erfahrmänner.

Alle Zuschriften sind an Josef Pintar, Magazinsaufseher in Ußling, zu senden.

Lannwald-Schumburg. Bei der am 23. Jänner abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt: Albert Velda, Obmann, Franz Michl, Stellvertreter; Josef Jindrinek, Schriftführer, Wenzel Kofrba, Stellvertreter; Johann Wöck, Kassier, Franz Kopal, Stellvertreter; Emanuel Dostal, Bibliothekar, Gottlieb Janouš, Stellvertreter; Ausschüsse: Johann Wörta, Franz Ulrich, Karl Galbich, Josef Pulpan. Als Subkassier für Grünthal: Kaszda; für Tiefenbach: Kozák; für Morchenstern: Velda; für Eisenbrod: Michl. Als Revisoren: Kozák und Kozák.

Sind Entfettungskuren unschädlich?

Daß Entfettungskuren notwendig sind, darüber kann kein Zweifel bestehen, seit man weiß, daß die Korpuslenz das Leben um durchschnittlich 20 Jahre verkürzt und direkt oder indirekt die Ursache zahlreicher langwieriger Krankheiten ist, zum Beispiel von Verdauungsstörungen, Herzleiden, Kurzatmigkeit, Hämorrhoiden, Schlagflüssen, Hautkrankheiten, Krampfadern, verschiedenen Stoffwechselerkrankungen u. s. w.

Außerdem machen sowohl ästhetische Gründe, als auch die Rücksicht auf den Beruf oft eine Kur gegen die überhandnehmende Fettigkeit nötig.

Es gibt zum Beispiel zahlreiche Chessa, die eine Schindabor haben, korpuslente Bewerber einzustellen, weil sie der Meinung sind, daß ein korpuslenter Angestellter nicht soviel leisten werde, als einer, dessen Beweglichkeit nicht durch seine Körperfülle gehemmt wird.

Wenn dieses Vorurteil auch vielfach unbegründet sein mag, so besteht es doch und man muß mit ihm rechnen, ebenso auch mit der Tatsache, daß auch das andere Geschlecht seine Buneigung lieber schlanken, geschmeidigen Figuren zuwendet, als fetten, schwerfälligen.

Es fragt sich nun, ob die Beseitigung der Korpuslenz überhaupt möglich ist und insbesondere, ob sie möglich ist ohne Schädigung der Gesundheit.

Es gibt zahlreiche Entfettungskuren und einige helfen auch für einige Zeit, die meisten aber sind allerdings nicht ganz unbedenklich, besonders wenn durch die Korpuslenz schon eine Schwächung einzelner Organe eingetreten ist.

Bergsteigen, Golzhaden, Schwimmen, Radsfahren und alle sonstigen anstrengenden Bewegungsübungen, ferner Dampfbäder schaden einem Menschen mit normaler Gesundheit nichts, aber bei wie vielen Korpuslenten ist das Herz noch ganz in Ordnung?

Die Mantiing-, Schwenninger- und Cereleschen Kuren können gleichfalls nicht überall angewendet werden, schon mit Rücksicht auf Berufsstörung und Kosten und die beliebten Hunger- und Abführkuren, die so häufig ohne ärztliche Aufsicht gebraucht werden, können oft mehr schaden als das Uebel, welches sie beseitigen sollen.

Die Korpuslenz ist eine Störung des Stoffwechsels. Sie entsteht dadurch, daß der Organismus die Nahrungstoffe unvollständig verarbeitet, sie in Fett umwandelt, statt in Körperwärme und Muskelkraft. Nicht weggeschwemmt oder weglagert soll das Fett werden, sondern umgewandelt in Energie.

Man hat nun neuerdings aus außerordentlich wirksamen Stoffen, die in gewissen Pflanzen und Obstsorten enthalten sind, unter Weglassung der unwirksamen, ein Mittel gegen Korpuslenz hergestellt und man erreicht mit wenigen Kapseln täglich dieselben Resultate, wie man sie sonst nur durch die allerstärksten Kuren erreichen kann.

Dieses bequeme und absolut unschädliche Mittel, bekannt unter der Bezeichnung Professor Dr. v. Santing's „Vitalito“, ist ein wahrer Segen für Personen, die durch übermäßigen Zeitaufwand geplagt werden, und zahlreiche Dankschreiben und ärztliche Berichte beweisen, daß hier ein nicht nur wirksames, sondern auch absolut unschädliches Mittel gefunden ist.

Folgende zum Beispiel sprechen für sich selbst:

Ich verordnete „Vitalito“ wiederholt in Fällen, wo eine Entfettung indiziert erschien, und zwar stets mit außerordentlich gutem Resultat. Selbst in schwierigen Fällen ließ mich daselbe nie im Stich. . . . Dr. A. Nibar, Wien IX.

Zu meiner größten Zufriedenheit kann ich bestätigen, daß ein Abnehmen von 6½ Pfund bei mir zu verzeichnen ist. Ich habe mich die ganze Zeit über recht wohlgefühlt und möchte deshalb die Kur noch fortsetzen. Vern gestatte ich Ihnen, von dem Gesagten Gebrauch zu machen.

Frau M. Werner, Hannover.

Die Anwendung ist sehr einfach, denn die weißen, geruchlosen, angenehm schmeckenden Kapseln werden entweder trocken oder in Trinkwasser genommen. Sie verursachen niemals Diarrhöe und es ist nicht nötig, eine besondere Lebensweise einzuhalten, so daß die Kur ohne jede Berufsstörung, sogar ohne daß es jemand bemerkt, angewandt werden kann.

Ein großes Entgegenkommen beweist Professor Dr. von Santing, G. m. b. H. in Berlin W. 35, Postfach A 308, den Interessenten dadurch, daß auf Wunsch eine Probekapsel „Vitalito“ gratis und portofrei gesandt wird. Es ist zu diesem Zweck nichts weiter nötig, als daß man auf einer Korrespondenzkarte baldmöglichst seine genaue Adresse angibt mit der Versicherung, daß man das Mittel gewissenhaft prüfen will.

Technisches.

Verwaltungsreformen bei den deutschen Staatsbahnen. In der Gesellschaft österreichischer Volkswirte hielt Mittwoch den 10. d. M. der Ministerialrat im bairischen Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten v. Böcker einen Vortrag über Verwaltungsreformen im Bereich der deutschen Staatsbahnen. Der Vortragende besprach eingehend die Verwaltungsreform in Preußen vom Jahre 1895 und die in Bayern vom Jahre 1907, die im Wesen auf dem Zwei-Instanzensystem beruhen. Zur Vermeidung von Doppelarbeit hat Preußen im Jahre 1895 zunächst einzelnen Eisenbahndirectionen die Erledigung bestimmter Geschäfte für das ganze Staatsbahnnetz übertragen. Bayern schuf für solche Geschäfte neben Eisenbahndirectionen noch zentrale Aemter, ein Tarifamt, Maschinenkonstruktionsamt u. s. w., die den Directionen gleichgeordnet sind. Auch Preußen folgte 1907 diesem Gedanken, bildete jedoch nur ein einziges Zentralamt für die verschiedenen zentralen Geschäftszweige. Für die richtige Handhabung der einmal gewählten Organisationsform müssen die Zuständigkeitsordnung, Geschäftsordnung und die Dienstvorschriften sorgen. Die Verwaltungsreformen haben das Schreibwerk und das Registraturwesen weitgehend vereinfacht und die Anwendung des mündlichen Verkehrs durch ein ausgedehntes, über den ganzen Verwaltungsbereich gezogenes Bahntelephonnetz erleichtert. Der Erfolg jeder Organisation hängt in letzter Linie von der Tüchtigkeit des Personals ab. „Wenige, aber tüchtige und gut bezahlte Beamte“ war der leitende Grundsatz der Personalorganisation des inneren und äußeren Dienstes in Preußen und Bayern. Eine tüchtige Ausbildung des Verwaltungspersonals im äußeren Dienst, ein sorgfältig ausgearbeiteter Stellenbesetzungsplan, der zwischen Anfangs- und Vorrückungsstellen ein angemessenes Verhältnis herstellt und dadurch dem Personal gesicherte Aufstiegs- und Beförderungsaussichten eröffnet, sind die Mittel, die angewendet wurden, um der Verwaltung einen tüchtigen Beamtenstand zu sichern. In weitem Umfang wurden die früher von Beamten des höheren Dienstes erledigt wurden, Beamten des mittleren Dienstes, und solche, die bisher von Beamten des mittleren Dienstes behandelt wurden, Beamten des unteren Dienstes übertragen. So konnten durch die organisatorischen Änderungen die Bezugs- und Vorrückungsverhältnisse des Personals verbessert und

trotzdem noch Minderungen der Personalausgaben erzielt werden. Infolge der Neuordnung wurde das im Verwaltungsdienst beschäftigte Personal in Preußen um mehr als 3000 Arbeitskräfte oder 17 Prozent, in Bayern um 1100 Arbeitskräfte oder 25 Prozent gemindert. Der preussischen Verwaltungsreform von 1895 folgte eine Periode unvergleichlicher wirtschaftlicher und finanzieller Entwicklung des Staatsbahnunternehmens. Auch in Bayern scheint die Verwaltungsreform die in sie gesetzten Erwartungen zu erfüllen. Die finanzielle Lage der Staatsbahnen hat sich gebessert, es konnte ein erhebliches Reinertragsrisiko erzielt und eine planmäßige Schuldentilgung eingeleitet werden. Die Ausführungen des Vortragenden wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Ueber das Alter der Lokomotiven in Oesterreich. Die allgemeine Erfahrung lehrt, daß eine Lokomotive nach Ablauf einer 30jährigen Verwendungzeit sich in einem derartigen Zustande befindet, daß eine weitere Benützung in den seltensten Fällen möglich ist. Allerdings hängt die Lebensdauer einer Lokomotive wesentlich von ihrer Ausnützung ab; so sind zum Beispiel die ehemaligen Privatbahnverwaltungen mit der Verwendung der Lokomotiven weit über die angeführte Grenze gegangen. Wie weit zurück aber diese auch liegen mag, es muß doch als ein ganz seltener Fall angesehen werden, daß die Kaiser Ferdinands-Nordbahn eine Lokomotive aus dem Jahre 1848 und eine aus dem Jahre 1849 besitzt. Diese Maschinen weisen ein Alter auf, welches die doppelte Lebensdauer einer normalen Lokomotive noch übersteigt.

Daß ihre Bauart eine ganz eigenartige ist und ihr Ansehen neben einer modernen Miesenlokomotive sonderbar anmutet, ist selbstverständlich. Zu jener Zeit war die Lokomotivbaukunst noch in den Kinderschuhen. Diese zwei Lokomotiven dürften wohl die ältesten in Oesterreich sein. Bei der Südostdeutschen Verbindungsbahn treffen wir noch acht Lokomotiven aus dem Jahre 1858. Diese weisen also ein respektables Alter von 53 Jahren auf. Die ältesten Lokomotiven der böhmischen Nordbahn — es sind deren zwei — stammen aus dem Jahre 1865 und gehören der ehemaligen Turnau-Kraup-Prager Eisenbahn-Gesellschaft, welche im Jahre 1882 in die Verwaltung der N. O. V. überging. Diese zwei Lokomotiven sind demnach 46 Jahre alt. Bei der Staatsbahngesellschaft treffen wir noch Lokomotiven aus dem Jahre 1866. Bei den österreichischen Staatsbahnen finden sich infolge eines zweckmäßigen Investitionsprogrammes nur verhältnismäßig wenige Lokomotiven, die über dreißig Jahre alt sind. Die älteste Maschine stammt aus dem Jahre 1861 und wurde von der ehemaligen böhmischen Westbahn übernommen. Doch sind ihre Tage bereits gezählt.

Wenn man bedenkt, welchen Strapazen eine Lokomotive ausgesetzt ist, so findet man es erstaunlich, daß einige derselben ein so hohes Alter erreichen. Freilich genießt eine solche Lokomotive nur mehr ihr Gnadenbrot und wird bei einer ihrem hohen Alter entsprechenden schonenden Behandlung nur zu ganz untergeordneten Zwecken (Verschub in den Heizhäusern u. s. w.) verwendet.

Solche Exemplare wären würdig, nach Außerdienstsetzung in einem Eisenbahnmuseum aufgestellt zu werden, um in Gegenüberstellung mit einer modernen Heizdampf-Schnellzuglokomotive den enormen Aufschwung des österreichischen Eisenbahnwesens und die erstaunlichen Fortschritte der Lokomotivindustrie zu dokumentieren. Ingenieur F. Tisnovský.

Mattigkeit, Abspannung, schnelle Ermüdung und Mangel an Energie.

sind Uebel, die auch den gesündesten Menschen befallen: den Bureauangestellten bei seiner Arbeit, den Gelehrten bei seinem Schreibtisch, den Soldaten und Touristen auf dem Marsch, den Sportsmann im Automobil, am Tennisplatz, beim Rudern, kurz, jeden, sei es geistig oder körperlich angestrengten Menschen. Reisenden in Südamerika ist es schon vor Jahrhunderten aufgefallen, mit welcher spielender Leichtigkeit die Eingeborenen die erstaunlichen Marschleistungen vollbrachten, und sie stellten fest, daß dies durch den Genuß eines unschädlichen Anregungsmittels, der Kolanuß, erreicht wurde. Der Ertract, welcher ganz besondere Vorzüge besitzt, wird mit feiner Schokolade zu Kapseln geformt und unter dem Namen Herkules-Kola in den Verkehr gebracht. Diese Kapseln müssen jedoch aus den sorgfältigst ausgesuchten, direkt aus Südamerika importierten Kaffeebohnen erzeugt werden. Aus den Berichten der Teilnehmer ist zu entnehmen, daß Leute, die sonst ein halbständiger Spaziergang ermüdet hat, sechs bis acht Stunden lange Touren unternahmen, ohne daß sie eine Spur von Mattigkeit empfunden hätten. Bureauangestellten, die früher ganz matt und abgespannt von der Arbeit heimgingen, fühlen sich nach dem Genuß von Herkules-Kola angeregt und verspüren nicht mehr die unangenehmen Folgen des Sitens in geschlossenen Räumen. Arbeiter, die schweißtreibend und müde sich nach Hause schleppten, marschieren vergnügt ihren Befehlungen zu, weil sie sich täglich sechs bis acht Stück Herkules-Kola gönnen. Wagenlenker, die tagelang Automobile lenken, werden durch diese aufreibende Tätigkeit bei Genuß von Herkules-Kola gar nicht angegriffen und ihre Leistungsfähigkeit und Aufmerksamkeit wird gesteigert. Eine ungläubliche Menge geistig erschöpfter und heruntergekommener Menschen hat uns enthusiastische Dankschreiben gesandt, da sie in der Herkules-Kola Anregung und frische Lebenslust fanden. Starke Raucher haben sich von diesem Laster ganz befreit, und Herkules-Kola hat sich als ein ganz eminentes Anregungsmittel erwiesen. Durch den ungeheuren Konsum von Herkules-Kola ist es gelungen, den Preis der Schachtel, enthaltend 100 Tabletten (mehrere Wochen für täglichen Gebrauch ausreichend) für 3 Kr. herabzusetzen, bei Abnahme von einer Schachtel, enthaltend 200 Tabletten, berechnen wir nur 5 Kr. bei portofreier Zusendung. Herkules-Kola ist kein Medikament, sondern ein unschädliches Genußmittel. Herkules-Kola wird auch Diabetikern ohne Kohlenhydrate vorzüglich bekommen, man verlange überall allein echte Herkules-Kola mit der gesetzlich protokollierten Schutzmarke. Versand überallhin durch die Apotheke „zur Mariabühl“ (Eigentum des I. L. Hofjars), Wien, VI, Mariabühlstraße 55, Postfach N. 24.

Literatur.

Im Zeichen Goethes sieht das neue Februarheft der interessanten und wohlfeilen Zeitschrift „Der Strom“, die Engelbert Bernerstorfer zusammen mit Stefan Großmann und Arthur Mundt im Verlage von Oesterheld u. Co., Berlin W. 15 und Wien V. herausgeben. Bernerstorfer gibt eine an vielen interessanten Details reiche „Einführung in Goethes „Faust“, die selbstverständlich ganz und gar nicht mit einer philologischen Einführung zu verwechseln ist. Im Anschluß hieran folgt ein „Gespräch über den „Faust“ zwischen Goethe und dem Historiker Heinrich Luder“. Ueber die volkstümliche und literarische Verkörperung der Faustgestalt vor Goethe spricht Friß Michaelis. Eine andere Färbung erhält das Fest durch Hermann Wahrs geistreichen Artikel über Campbell, den Verfasser des kürzlich auch deutsch erschienenen Wertes „Die neue Theologie“. Berthold Viertel feuert eine Novelle „Ein Todesfall“ und der begabte junge Lyriker Adolf Widgans ein paar prächtige Gedichte bei. Der magyarische Dichter Siegmund Moricz ist mit einer sehr feinen Novelle: „Sieben Kreuzer“ vertreten. Glossen und literarische Berichte

Abonniret die „Arbeiter-Zeitung“.

schließen die wirklich sehr reichhaltige und interessante Nummer ab, die zudem noch mit einem glänzend reproduzierten Goethe-Porträt (nach Tischbein) geschmückt ist. Da der Abonnementpreis außerordentlich gering ist (per Jahr 3 Mk. = Nr. 350), das Einzelheft kostet 30 Pf. = 40 H., so ist „Der Strom“ allen Literaturfreunden dringend zu empfehlen. Probenummern versendet der Verlag auf Wunsch gratis und franco.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 20. Heft des 80. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Präsidentenwahl. — Die Politik F. v. Schweglers und die Sozialdemokratie. Von S. Laufenberg. — Zur Judenfrage in Rußland. Von J. Leder. — Gefahren der Arbeit in der chemischen Industrie. Von Emanuel Wurm. — Literarische Rundschau: Soziale Studentenblätter. Erster und zweiter Jahresbericht des Sekretariats sozialer Studentenarbeit. Flugblätter des Sekretariats. Von Albert Wilhelm. Dr. P. Werschewski. Die Fabrikgesetzgebung in Rußland. Von Spectator. — Zeitschriftenchau.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von Mk. 3.25 per Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur per Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.
Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Ein zwanzigjähriger Katarth geheilt.

Seit länger als 20 Jahren litt ich an einem hartnäckigen Nachen- und Luftröhrenkatarth, welcher trotz aller möglichen angewandten Mittel, sogar Brunnenkuren, von Jahr zu Jahr nur noch schlimmer wurde. Da ließ ich mir vor etwa 1 1/2 Jahren einen Lancer'schen Inhalator kommen, und schon nach kurzem Gebrauch merkte ich die günstigste Einwirkung auf meinen Katarth. Dies ermutigte mich, in dem regelmäßig täglichen Gebrauch nicht nachzulassen, und so ist es nur durch Ausdauer mit Hilfe dieses Inhalators endlich gelungen, vollständige Heilung von meinem alten Leiden zu erlangen. Ich bin deshalb von der Vorzüglichkeit des Lancer'schen Inhalators vollständig überzeugt und kann mit gutem Gewissen, wie ich solches auch schon immer mit Erfolg getan habe, ähnlich Leidenden nur den Rat geben, sich so bald als möglich einen solchen Apparat anzuschaffen.

Fraustadt, 21. November 1911.
Wilhelm Maschke, Kantor und Lehrer a. D.

Ähnliche Anerkennungen liegen über 3000 Stück vor (2400 notariell beglaubigt). Lancer's Inhalator, der bereits von vielen Ärzten wegen seiner überraschenden Wirkung bei Katarthen der Luftröhre in Gebrauch genommen wurde, darf nicht mit Inhalatoren älterer Konstruktion verwechselt werden. Sein Hauptvorzug besteht in einer viel größeren Tiefenwirkung.

Nicht nur bei Luftröhren- und Nachenkatarth leistet Lancer's Inhalator so schätzbare Dienste, wie aus dem obigen Zeugnis des Herrn Kantors Wilh. Maschke, Fraustadt, hervorgeht, sondern auch alle anderen akuten und chronischen Katarthe, wie Lungenkatarth, Stoffschnupfen, Kehlkopfkatarrh, Mittelohrentzündung u. s. w. werden durch den kleinen Apparat sehr günstig beeinflusst, was aus dem nachfolgenden Anerkennungs schreiben des Herrn Professor Dr. Reuther, Oberlehrer am Königlichen Lehrerseminar, Auerbach im Vogtland, hervorgeht. Dieser schreibt:

„Dah ich heute das achte Exemplar Ihres Inhalators bestelle, dürfte für die Brauchbarkeit desselben wohl das beste Zeugnis sein. Inbessenen muß ich auf Grund der gemachten Erfahrungen noch besonders hervorheben, wie die Anwendung Ihres Apparates nicht nur hartnäckigen Stoffschnupfen und chronische Katarthe der sonstigen Luftröhre (Nachenhöhle, Kehlkopf, Luftröhre, Bronchien) beseitigt hat, sondern daß in einem Falle sogar eine Mittelohrentzündung mit verbundener Schwerhörigkeit und in einem anderen Falle eine Stirnhöhnenvereiterung zu weichen begann. Auch empfiehlt sich die Anwendung Ihres Apparates zur Pflege und Kräftigung der Sprechwerkzeuge für Lehrer, Pastoren, überhaupt für Redner und Sänger. Ich danke Ihnen deshalb zugleich in Vertretung meiner Auftraggeber herzlich für Ihre Erfindung.“

Der billige Preis ermöglicht jedem Leidenden die Anschaffung. Man gibt schließlich während eines längeren Zeit dauernden Katarthes auch für andere, noch dazu unwirksame Mittel viel Geld aus, und weit mehr büßt man durch ein solches Leiden an Verdienst ein, selbst wenn man dabei seinem Beruf nachgehen kann. Die Gefahr, sich durch einen veralteten Katarth ein dauerndes Brust- oder Halsleiden zuzuziehen, läßt sich überhaupt nicht in Geld abschätzen.

Hier erhält man dagegen einen wissenschaftlich erprobten, viele Jahre in der Familie anwendbaren Apparat, den jeder Arzt, der ihn sieht, als das vollkommenste anerkennt und, was es auf dem Gebiete der Katarthheilung gibt, und gerade jetzt im Winter, wo man sich, wenn man ihn noch nicht hat, täglich einen Katarth holen kann, sollte jeder, der zu solchen Erkrankungen neigt, ferner aber auch jeder Familienvater unbedingt sofort einen Lancer's-Inhalator beziehen.

Wer bereits an Katarth leidet, sollte mit der Bestellung keinen Tag zögern, denn jeder Tag bedeutet einen Tag längerer Qual, Unannehmlichkeiten und Gefahr.
Nähere Auskunft über Lancer's-Inhalator wird vom Lancer's Laboratorium Wiesbaden, E. 72, gerne kostenlos erteilt. Verlangen Sie noch heute gratis interessante Broschüre.

Ausweis des Vereines „Eisenbahnerheim“, Wien.

Ausweis: An Spenden sind weiters eingelaufen: Dr. J. Marek, Krakan, Nr. 20.—, S. Winkler, Wien XV, 40.—, J. Gartmann, Wien XII, 20.—, Dr. A. Bisciol, Rovereto, 20.—, Dr. S. Fuhrmann, Willach, 20.—, Dr. W. Dutsch, Salzburg, 20.—, Franz Detrich, Brünn, 20.—, A. Tautlin, Wien XXI, 20.—, Dr. Obermayer, Leoben, 20.—, M. Szpilik, Lemberg, 20.—, Ortsgruppe Heiligenstadt, erste Rate, 40.—, Ortsgruppe Penzing, erste Rate, 100.—, Ortsgruppe B. N. A., erste Rate, 20.—, Ortsgruppe Schönbbrunn, Schlesien, 20.—, Ortsgruppe Danzig, zweite Rate, 20.—, Dr. C. Ellinger, Wien X, 20.—, Dr. R. Wast, Wien X, 10.—, S. Kühn, Lokomotivführer, Wien II, 20.—, J. Dondl, Wien XII, 20.—, Ortsgruppe Feldkirch Nr. 20.—.

Wer Rheumatismus

frühe sich
denn Rheuma wird ihm bestimmt die Schmerzen nehmen und zwar ohne Schwitzbäder, ohne innerliche Medikamente. Einfach anfeuchten, auflegen und etwas warmhalten, und es ist gehoben. In allen Epitälern in Gebrauch. Originaldosier Nr. 150 (enthaltend 6 große Pflaster). In allen Apotheken des Reiches vorrätig, sonst Depot: Mariahilfer-Apothek, Wien VI, Mariahilferstraße 55, Postfach Nr. 30.

Eingefendet.

(Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Der Kampf gegen die Teuerung kann entschieden auch durch den direkten Bezug von Tuchwaren erfolgreich geführt werden, da hiedurch der Nutzen des Zwischenhändlers vom Besteller erspart wird. Eine erprobte Firma, welche direkt an Private verkauft, ist das Brünner Tuchverhandlungshaus Ehler u. Dostal. Genannte Firma hat zu dieser Saison sehr schöne, ungemein reichhaltige Kollektionen herausgegeben, in denen die derzeitige Moderation überwiegt und doch jedem Geschmack Rechnung getragen wird. Wenn man noch die konkurrenzlos billigen Preise in Betracht zieht, so ist der Vorteil, bei dieser Bezugsquelle einzukaufen, augenfällig.

Der gute Ruf, welchen das bekannte Spezialhaus für Bettfedern und fertige Betten, Josef Blahut in Deschenitz Nr. 109 (Böhmerwald), genießt, beruht auf der vorzüglichen Qualität und einzig dastehenden Billigkeit schöner Waren. Die Firma sendet auf Verlangen kostenlos illustrierte Preisliste.

Alleinstehende Personen schätzen oft den Wert warmer Speisen nicht hoch genug ein, sehr zum Schaden ihrer Gesundheit. In den Hauptmahlzeiten öfters nur kalte Kost zu genießen, ist ungesund. Benigstens sollte eine belebende Suppe vorangehen, was zur Förderung der Verdaulichkeit wesentlich beiträgt. Und wie leicht und bequem kann auch heute der Alleinstehende sich diese Wohlthat von mehr als 20 Sorten erhaltlichen gebrauchsfertigen, sogenannten falschen Suppen von Maggi, die keine andere Zutat als kochendes Wasser und nur kurze Zubereitungszeit erfordern.

Bekanntmachung der Administration.

Zur Erstellung der Statistik für das Jahr 1911 wurden an alle unsere Ortsgruppen Formulare versendet, in welchen der Mitgliederstand nach Kategorien und wo mehrere Bahnen in Betracht kommen, auch nach Bahnen aufgeteilt verlangt wurde. Diesem Wunsche ist von den hier angeführten Ortsgruppen bis zum 17. Februar 1912 leider nicht Rechnung getragen worden, obwohl wir an dieselben schon zum zweitenmal einen Fragebogen mit dem entsprechenden Ersuchen zugesendet hatten. Wir bitten daher nochmals, uns ehestens diesen statistischen Vogen mit den gewünschten Daten einzusenden, damit wir in die Lage kommen können, die betreffende Tabelle zum Jahresbericht fertigstellen und in Druck legen zu lassen.

Chabowka, Gornons, Czernowiz, Doubravka, Dieflau, Hohenstadt, Jarostau, Reinabei Pilsen, Rimburg, Njeszow, Labor, Zelenila.

Mitteilungen der Zentrale.

Verwaltungskomiteesitzung am 15. Februar 1912. — Erledigung des vorliegenden Einlaufes und Entgegennahme mehrerer Berichte.

Sprechsaal.

Offene Anfragen.

An die k. k. Direktion der Oesterreichischen Nordwestbahn in Wien!

Die Streckenwächter in der Strecke Gabl-Lichtenau bekommen keine Amtsblätter zur Einsicht. Da der Inhalt der Amtsblätter auch oft für die Streckenwächter merkwürdig ist, so bitten die Betroffenen, die k. k. Direktion möge anordnen, daß den Wächtern die Amtsblätter zur Einsicht vorgelegt werden sollen.

Freie Eisenbahnerversammlungen.

Strahwalchen. Am Sonntag den 10. März 1912, 3 Uhr nachmittags, Hallwang-Ellinghausen, Schorns Gasthaus, freie Eisenbahnerversammlung. Tagesordnung: 1. Die Forderungen der Eisenbahner und das Parlament. 2. Die Einschränkung der Fahrtbegünstigungen. — Referent aus Linz.

St. Valentin. Eine freie Eisenbahnerversammlung findet Sonntag den 3. März um 3 Uhr nachmittags in Hubers Gasthaus in St. Valentin statt. Referent aus Wien. Gäste sind willkommen.

Allgemeiner Rechtschutz- und Gewerkschaftsverein für Oesterreich.

Ortsgruppe Goding. Die Generalversammlung wird am 8. März um 3 Uhr nachmittags im Gasthaus „zum goldenen Kreuz“ abgehalten. Referent aus Brunn. Die Mitglieder werden aufgefordert, zahlreich zu kommen und die Frauen mitzubringen.

Zahlstelle Chodau. Am 9. März um 8 Uhr abends findet in Zimmers Gasthaus die diesjährige Generalversammlung statt. Da wichtige Beschlüsse zu fassen sind, so werden sämtliche dienstfreien Kollegen aufgefordert, bestimmt zur Versammlung zu kommen.

Ortsgruppe St. Pölten. Es diene den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die diesjährige Generalversammlung am 17. März 1912 in den „Stadtsälen“, Alte Schießstätte in Sankt Pölten, Böckplatz 1, Zugang von der Schießstättpromenade, stattfindet. Eröffnung um 1/2 Uhr nachmittags. Die Mitglieder haben ihre Mitgliedsbücher, respektive die Interimskarten als Legitimation mitzubringen, ohne Legitimation kein Zutritt.

Ortsgruppe Schwarzach-St. Veit. Die Generalversammlung wird am 2. März um 1/2 abends beim Sattlerwirt in Schwarzach abgehalten. Die Mitglieder werden aufgefordert, die aus der Bibliothek entliehenen Bücher bis 25. d. M. zurückzugeben und die Mitgliedsbücher behufs Kontrolle an den Kassier abzugeben.

Ortsgruppe Dmäh. Die Generalversammlung wird am 10. März um 2 Uhr nachmittags im Vereinslokal, „Ganna Bierhalle“, Sodolein, stattfinden. Die Mitglieder werden aufgefordert, bis horthin entliehene Bibliotheksbücher zurückzustellen und etwa restierende Monatsbeiträge zu bezahlen. Zahlreiches Erscheinen notwendig.

Ortsgruppe Lundenburg. Am 26. Februar um 8 Uhr abends wird im Saal des Hotel „zur Krone“ die Generalversammlung abgehalten. Nach Schluß der Versammlung finden Vorträge des Sängerbundes „Freiheit“ statt. Die Mitglieder werden ersucht, sich mit den Frauen zahlreich einzufinden.

Ortsgruppe Bilin. Den Mitgliedern diene zur Kenntnis, daß am 8. März, 8 Uhr abends, im Vereinslokal, „Wagnerrestaurant“ in Bilin, die ganzjährige Generalversammlung abgehalten wird.
Die dienstfreien Mitglieder werden ersucht, sich zahlreich einzufinden, auch werden die säumigen Mitglieder aufgefordert ihre restlichen Beiträge zu begleichen, damit ihre Rechte nicht geschmälert werden.

Ortsgruppe Sigmundsherberg. Die Ortsgruppe hält am 8. März um 1/4 Uhr nachmittags die Generalversammlung mit Vortrag im Saal des Gasthauses Waiß ab. Referent Genosse Sadenberg. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird erwartet.

Ortsgruppe Weiskirchen. Die Generalversammlung wird am 10. März um 7 Uhr abends im Vereinslokal abgehalten. Pflicht aller dienstfreien Kollegen ist es, zu dieser wichtigen Versammlung zu kommen. Die Mitglieder werden aufgefordert, die Mitgliedsbücher behufs Kontrolle an den Kassier abzugeben.

Ortsgruppe Klagenfurt. Es diene den Mitgliedern folgendes zur Kenntnis: Alle Angelegenheiten, welche die Organisation betreffen, sind an den Obmann, Genossen Edmund Filafar, Wagenmeister der k. k. Staatsbahn in Klagenfurt, Rudolfstraße 46; in Kassenangelegenheiten an den Hauptkassier, Genossen Josef Florian, Plahmeister der k. k. Staatsbahn in Klagenfurt, Schlegelgasse 8, II 30, zu richten.

Weiters diene den auswärtigen Mitgliedern zur Kenntnis, daß folgende Genossen als Substituier fungieren: In der Strecke Klagenfurt-Maria Saal: Waldhauser, Maria-Main; Sufitti, Weizelsdorf; Trippold, Klagenfurt; Grafenstein; Jurčić, Rüdersdorf; Karaschnig, Rühndorf; Plantan.

Die Mitglieder werden ersucht, ihre Monatsbeiträge pünktlich abzuliefern, und diejenigen, welche im Rückstande sind, dieselben nachzuzahlen.

Ferner werden sämtliche Mitglieder nochmals auf den Sinterbliebenunterstützungsfonds aufmerksam gemacht, denselben bis längstens 31. März 1912 beizutreten.

Ortsgruppe Mariberg. Am 5. März findet im Gasthaus des Herrn Karl Teusch um 7 Uhr abends die ordentliche Generalversammlung der hiesigen Ortsgruppe statt mit folgender Tagesordnung: 1. Berichte. 2. Neuwahlen. 3. Eventuelles. 4. Vortrag. Referent aus Wien. Es ist Pflicht eines jeden dienstfreien Mitgliedes, der Versammlung beizuwohnen.

Ortsgruppe Landek. Die diesjährige Generalversammlung wird Sonntag den 10. März um 2 Uhr nachmittags im Vereinslokal, Strauß's Gasthaus in Landek, abgehalten. Infolge der wichtigen Tagesordnung wird ein zahlreiches Besuch gebeten.

Ortsgruppe Ischl. Am 3. März um 2 Uhr nachmittags findet im Vereinslokal, Pragergasse 8, eine 2-Versammlung statt. Referent: Genosse Koranda. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Ortsgruppe Krügendorf. Am 2. März um 7 Uhr abends hält die Ortsgruppe im Gasthaus des Herrn Wödl in Wörbern die ganzjährige Generalversammlung mit wichtiger Tagesordnung ab. Vollständiges Erscheinen notwendig. Die Mitglieder werden ersucht, alle ausgeliehenen Bibliotheksbücher bis längstens 25. d. M. an den Genossen Hoffmann abzuführen.

Ortsgruppe Reichenberg. Mitglieder, Achtung! Die diesjährige Generalversammlung findet Sonntag den 3. März 1912 um 3 Uhr nachmittags mit Vortrag im Vereinslokal, Reichenberg, Johannesgasse 8, statt. Da wichtige Punkte zu erledigen sind, ist zahlreiches Erscheinen der Mitglieder bedingt. Auch wird den Mitgliedern bekanntgemacht, daß die zwei gewesenen Substituier Kiroslab Wagner, Kesselschmied, Werkstätte Reichenberg und Franz Souček, Oberbauarbeiter, Strecke Reichenberg-Rangenbrunn, nicht mehr berechtigt sind, Beiträge entgegenzunehmen, weil dieselben keine Mitglieder mehr sind.

Ortsgruppe Wien II. (Nordbahn.) Laut Beschluß des Ortsgruppenausschusses finden von nun an jeden Samstag Vorträge und Diskussionen nach folgendem Programm statt: 17. Februar: Diskussion. 24. Februar: Vortrag. 2. März: Generalversammlung. 9. März: Diskussion. 16. März: Gemütliche Unterhaltung. Genossen! Wir richten an euch das höchste Ersuchen, diese Vereinsabende stets zahlreich zu besuchen und die Frauen mitzubringen. Von Mitgliedern eingeführte Gäste sind jederzeit willkommen.

Ortsgruppe Kistergrab. Am 3. März f. J. findet um 1/9 Uhr abends im Vereinslokal die ganzjährige Generalversammlung der Ortsgruppe statt. Die Mitglieder werden ersucht, die Mitgliedsbücher behufs Kontrolle an den Genossen Kassier abzugeben.

Ortsgruppe Brüz. Nachdem die für den 4. Februar anberaumte Generalversammlung wegen zu schwachen Besuches nicht beschlußfähig war, so findet am 3. März um 8 Uhr abends im Vereinslokal, „Restaurant Lust“, eine zweite Generalversammlung statt, die ohne Rücksicht auf die Anzahl der anwesenden Teilnehmer die Wahl der Ortsgruppenfunktionäre durchzuführen wird. Zu zahlreichem und pünktlichem Besuch werden sämtliche Mitglieder freundlichst eingeladen.

Ortsgruppe Prohnik. Die Mitglieder, welche dem Sterbefonds beitreten wollen, werden ersucht, die ausgefüllten Beitragsklärungen so bald wie möglich abzugeben.

Zahlstelle Neulengbach. Am 3. März um 4 Uhr nachmittags findet im Gasthaus des Herrn Buchal in Neulengbach eine 2-Versammlung statt. Referent aus Wien. Vollständiges Erscheinen notwendig.

*Ernim Einloüf von
Bolschinnik
wüßn monn Douwüß, wüß
dorb wüßtign Weizinsolgerbels
mit Bild Pflanzens Duniez
als Tüßtzmonn und dem
Nommn Bolschinnik zu ne
folllm. Es züßts weüßn min-
Dunomstign Bolschinnik.*

*Bolschinnik
brüßgt Glük im Joub.*

Ortsgruppe Leichstadt. Die Generalversammlung findet am 3. März um 2 Uhr nachmittags im Gasthaus „zur Turnhalle“ in Leichstadt statt. Wegen der reichhaltigen Tagesordnung ist vollzähliges Erscheinen notwendig.

Ortsgruppe Nimbura. Zur Entgegennahme von Monatsbeiträgen wurden folgende Genossen als Subskripte beauftragt: Wenzel Cerny, Weichenwärter, für Podiebrad; Josef Lham, Schmied der Bahnerhaltung, für Nimbura; Jakob Wufka, Schmied der Werkstätte, für Nimbura; Josef Kaspar, Heizer des Heizhauses, für Nimbura; Anton Herzog, Weichenwärter, für Kostomat; Franz Seifert, Vorarbeiter der Bahnerhaltung der St. E. V., für Nimbura St. E. G.

Zahlstelle Gablons an der Reife. Den Genossen diene zur Kenntnis, daß unsere Generalversammlung den 3. März um 2 Uhr nachmittags im Hotel Striba stattfindet. Die Genossen werden ersucht, vollzählig zu erscheinen und die Mitgliedsbücher mitzubringen.

Ortsgruppe Brünn I. Sonntag den 25. Februar findet im Vereinslokal „zum Rehbock“ die diesjährige Generalversammlung statt. Referent aus Wien. Vollzähliges Erscheinen sämtlicher dienstfreien Mitglieder ist Pflicht.

deutschnationalen Arbeiterbewegung zu widmen. Es ist gewiß ein Faschingsgeschenk, wenn herumerzählt wird, Herr Erll wolle die Redaktion der Linger christlichsozialen Arbeiterzeitung übernehmen. — a — i —: 1. Wird am 1. Dezember 1912 in Betrieb gesetzt. 2. Gemeinsame Betriebsführung durch den niederösterreichischen Landesauschuß und eine ungarische Aktiengesellschaft. 3. und 4. Direktion der niederösterreichischen Landesbahnen, Wien I, Rathausstraße 9. 5. Landesbahndirektion in Graz. Für die Bahn Wien-Prestburg werden nur Leute aufgenommen, die das 35. Lebensjahr noch nicht überschritten haben. — Gsch. Für uns nicht erhältlich. Wenn Sie uns einzelne Nummern verschaffen könnten, wären wir Ihnen sehr verbunden. — Anm. Die Bahnerhaltungen praktizierten es mit Vorliebe, eine Weichenstein- oder Arbeiterkategorie, namentlich solche, die einen großen Stand aufweisen, ungünstiger zu behandeln als die anderen. Wir erinnern an die Stellung der Wächter außerhalb dem Schema für Diener. Es gelingt nur schrittweise, für diese zurückgesetzten Kategorien die Anrechte der anderen durchzusetzen. Im Zentralarbeiterauschuß ist ein diesbezüglicher Antrag eingebracht.

Inhalt der Nummer 5 vom 10. Februar 1912.

Faschings-Courier.
 Artikel: Bedenkliches Lob. Die neue Sozialversicherungsvorlage. Mehr Macht. Die Ehrenpflicht jedes Arbeiters. Die Aktion bezüglich der Regiefahrten des Zugbegleitungs-personals mit Erfolg beendet.
 Feuilleton: Eine Kapuzinerpredigt für die Eisenbahner.
 Inland: Der Wiederzusammentritt des Abgeordnetenhauses. Aus dem christlichsozialen Korruptionsumpf. Ein Reichsparteitag der deutschen Arbeiterpartei. Ein deutsch-radikaler Reichsratskandidat. Abgeordneter Ferdinand Seidl gerichtlich als Lügner und Verleumder gebrandmarkt. Militärische Präfektur in Oesterreich. Ein christlichsozialer Desraudant. Oesterreichische Eisenbahntarispolitik. Christlichsoziale Lügenberichte über den verunglückten Abgeordneten Silberer Falscher Alarm.
 Ausland: Betriebsunfälle auf den amerikanischen Eisenbahnen. Ein Bild von der kapitalistischen Ausbeutung. Der Eisenbahnerausstand in Argentinien. Lohnerhöhungen der Eisenbahnangestellten in Amerika im Jahre 1911. Maßregelungen eines französischen Postbeamten. Die bayerischen Landtagswahlen.
 Aus dem Gerichtssaal: Verheimlichung des Betriebesfalles aus Angst vor der Entlassung. Schon wieder ein eingegangener deutschnationaler Erbschneider. Zuerkennung einer Unfallrente trotz ungünstigen Gutachtens.
 Streiflichter: Ueberprüfung des Sehvermögens bei der Südbahn. Die Lage der Signalschlosser bei den I. I. österreichischen Staatsbahnen. Salzburger Eisenbahn- und Tramwagengesellschaft. Kapitalistische Knechtschaft bei der A. E. G. Die Pension der Eisenbahnerwitwen. Ein Erfolg der Lastzugsbegleiter in Siegenbühlerberg.
 Korrespondenzen: Nimbura, Mährisch-Schönberg. Wien. Würzburg. Klagenfurt. Jägerndorf. Jägerndorf. Teschen. Linz. Wien. Staatsbahnhof. Kaaden-Brunnendorf. Spittal-Millstättersee.
 Versammlungsberichte: Eine Kundgebung des Werkstättenpersonals der Nordbahn in Floridsdorf. Heiligenstadt. Meran. Kirchberg a. B. Krems a. D. Linz.
 Aus den Organisationen: Priesen. Jslau. Zell am See. Karlsbad. Trieste II. Amstetten. Klein-Schwedat. Pragerhof. Willach I. Falkenau a. d. E. Süßenbrunn. Neuwigen. Bischofskirchen.
 Ausweis des Vereines „Eisenbahnerheim“.
 Bekanntmachung der Administration: Statist. Kalender.
 Mitteilungen der Zentrale: Zentralaus-schreibung.
 Sprechsaal: Eisenbahn Wien-Uspang. Personal-kommissionswahl.
 Offene Anfragen: An die Generaldirektion der B. E. V., Bahnerhaltungswächter der Südbahn.
 Allgemeiner Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein: Budweis. Feldkirch. Fellerndorf. Buchau. Würzburg. Amstetten. Brünn II. Auffig. Lobositz. Komotau. Dug. Süßenbrunn. Brud a. d. M. Friedland i. B. Steyr. Fehring. Prerau I.

Briefkasten der Redaktion.

J. L., Trieste II. Ein derartiger Artikel ist bei uns nicht eingelangt. — **Wagendorf 90.** Die Lose wurden nicht gezogen. — **H. A.** Das Witzblatt erscheint jährlich einmal zum Fasching. — **Härteausgleich 205.** Sie haben keinen Anspruch auf einen Härteausgleich. Hätte das gegenwärtige Gehaltschema zur Zeit Ihrer Anstellung schon bestanden, hätten Sie die 1100 Kr. am 1. Jänner 1907 erhalten. Faktisch haben Sie sie ja am 1. Jänner 1910 bekommen. Differenz nur drei Jahre. Fünf sind für den Härteausgleich erforderlich, also keinen Anspruch. — **Sch. 1809.** Ja. — **Falkenau-Gillemühle.** Wir bestätigen hiermit, daß der Stationsarbeiter Anton Püttich mit der Einsegnung der Korrespondenz im „Eisenbahner“, Nr. 36, vom 20. Dezember 1911, nichts gemein hat. — **F. K., Marburg:** Was für eine Bahn in Ägypten meinen Sie? Bei Postenbewerbung empfiehlt sich jedenfalls größte Vorsicht, da die wirklichen Verhältnisse dort schwer zu ermitteln sind. — **A. K., Hagendorf:** Die Aussicht eines Prozesses hängt jedenfalls von den bei der Kaufvereinbarung getroffenen Bedingungen ab, über die Sie einen tüchtigen Rechtsanwalt informieren müßten. Jedenfalls hätten Sie sich über den Baugrund vor der Kaufangabe vergewissern sollen. — **Attnang 86:** Sie müssen einem solchen Auftrag Folge leisten, da sie sonst die Entlassung riskieren. — **E. G., Karlsbad:** Wir haben die eingelangten 50 S. dem Solidaritätsfonds überwiesen. — **J. S. in N.:** Es wird auch in deutsch-nationalen Eisenbahnerkreisen behauptet, daß sich Herr Erll gleich dem ehemaligen Abgeordneten Weidenhoffer pensionieren lassen wollte, um seine Tätigkeit dann ganz der

Bei Husten
 Verschleimung
 Heiserkeit
 Rachenkatarrh
 Luftröhrenkatarrh
 Bronchialkatarrh
 Lungenspitzenkatarrh
 Lungenschwindsucht
 Asthma
 Atemnot

Dr. Kant' Lungentee!

Preis per Paket K 1.50. Erhältlich in allen Apotheken oder direkt beim Hauptdepot
 Schutzengelapotheke, Wien XII, Meidlinger Hauptstrasse Nr. 45.

Guten Appetit, Gesunden Magen haben wir und kein Magendruck, keine Schmerzen, seit wir Feller's abführende Rhubarber Pillen m. d. M. „Mastipillen“ benützen. Wir sagen Ihnen aus Erfahrung, versuchen Sie diese auch, sie regeln den Stuhl und fördern die Verdauung. 6 Schachteln franko 4 Kronen. Erzeuger nur Apotheker E. W. Feller in Stubica, Cislavitz Nr. 191 (Kroatien).

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion und Administration keine Verantwortung. o o antwortung. o o

Inserate

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion und Administration keine Verantwortung. o o antwortung. o o

Im Dienste

geht nichts über eine wärmende und anregende Rindsuppe. Eine solche ergibt — nur durch Übergießen mit 1/4 Liter kochendem Wasser —

MAGGI'S Würfel
 (fertige Rindsuppe)

à 5 h.

Allein echt mit dem Namen MAGGI und der Schutzmarke  Kreuzstern.

Parteigenossen!

Bestellen auch jeder für eure Familie ein Paket festlicher Reste, enthaltend: Prima Kanovas für Bettüberzüge, starken Seidenstoff, Stoff für Hemden und Kleider, Blaudruck, Blusen und Kleiderstoffe, Leinwand etc. Alles in Prima Qualität. 40 Meter um 16 Kr., beste Sorte 40 Meter um 18 Kr. per Nachnahme. Die Länge der Reste beträgt von 4 bis zu 14 Metern und kann jeder Rest bestens verwendet werden.

Für Wiederverkäufer glänzender Verdienst.
 Mit Parteigruß
Leopold Wicel, Handweber
 in Nachod Nr. 17, Böhmen.

Mitglied der politischen Orts- und Fachorganisation.

Um meine Waschmaschinen zu 24 Kronen

mit einem Schläge überall einzuführen, habe ich mich entschlossen, dieselbe zu obigem billigen En-gros-Preis ohne Nachnahme zur Probe zu senden! Kein Kaufzwang! Durch Seifensparnis verdient sich die Maschine in kurzer Zeit! Leichte Handhabung! Leistet mehr wie eine Maschine zu 70 Kronen! Die Maschine ist aus Holz, nicht aus Blech und ist unverwundlich! Grösste Arbeits-erleichterung! Schont die Wäsche wie bei der Handarbeit!

Schreiben Sie sofort an
Paul Alfred Goebel, Wien VIII/2, Albertgasse 3.
 Vertreter auch zu gelegentlichem Verkauf überall gesucht. Bitte nicht zu vergessen, die Bahnstation anzugeben, nach welcher die Maschine geschickt werden soll.

„OLLA“ Hygien. Spezialitäten

Beste existierende Marke. Per Dutz. K 4.—, 6.—, 8.—, 10.— Frauenschutz, jahrelang verwendbar, K 3.—, 4.—, 6.—, 10.—. Neuheit für Herren, dauernd zu gebrauchen, Stück K 2.—. — Versand diskret. — Illustr. Preisliste gratis (Verschlossen 20 Heller.)
J. Gruner, „OLLA“-Depot
 Wien V/2, Schönbrunnerstrasse 141E. ⁹⁰

Jeder Besteller, der sich auf dieses Blatt beruft, erhält ein Geschenk gratis.

Beste böhmische Bezugsquelle!
Billige Bettfedern!

1 kg graue, gute, geschliffene 2 K; beherz 2 K 40; prima halbweiße 2 K 60; weiße 4 K; weiße, haumige 5 K 10; 1 kg hochfeine, schneeweiße, geschliffene 6 K 40, 5 K; 1 kg Tannen (Hämmen), graue 6 K, 7 K; weiße, feine 10 K; allerfeinster Weisstaum 12 K. Bei Abnahme von 5 kg franko.

Fertig gefüllte Betten

aus höchstem roten, blauen, weißen oder gelben Wollgang, 1 Fuchent, 180 cm lang, circa 130 cm breit, mit samt 2 Koppkissen, jedes 80 cm lang, circa 60 cm breit, gefüllt mit neuen, grau u. sehr dauerhaften, haumigen Bettfedern 16 K; Halbhaunen 20 K; Tannen 24 K; einzelne Fuchente 10 K; 12 K, 14 K, 16 K; Koppkissen 8 K, 8 K 50, 4 K; Tuchten, 200 cm lang, 140 cm breit, 13 K, 14 K 70, 17 K 80, 21 K; Koppkissen, 90 cm lang, 70 cm breit, 4 K 50, 5 K 70; Unterzüge aus starkem, schweißtem Geweb, 180 cm lang, 116 cm breit, 12 K 80, 14 K 80. Versand gegen Nachnahme von 12 K an franko. Kostlos geschickt, für Rückversand des Geld retour.

S. Benisch in Deschenitz Nr. 158, Böhmen.
 Reichillustrierte Preisliste gratis und franko.

Gutbezahlte Stellung

sanden stets diejenigen, die sich der weltberühmten Selbstunter-richtswerke „System Karna d-Hachfeld“ zu ihrer Weiterbildung bedienen. Gründliche Ausbildung zum Monteur, Maschinisten, Werkmeister, Betriebsingenieur, Werkzeugmaschinenbauer, Maschinenkonstrukteur, Ingenieur, Formner und Schememeister, Schemetechniker, Bauarbeiter und Installateur, Lokomotivheizer und -führer, Eisenbahntechniker, Elektroinstallateur, Elektroingenieur. Ausführl. Prospekte und eine 62 Seiten starke Broschüre „Karna d-Hachfeld“ werden auf Verlangen jedermann kostenlos zugesandt von

Schallehn & Wollbrück, Wien XV/1.

Achtung, Eisenbahner!! Viel Geld ersparen Sie beim Einkauf!

Von Bergarbeitern eleganteste Herrenanzüge von K 14.—, 11ster von K 10.—, Robenröcke, Westechnen von K 8.50, Robenhosen von K 4.— aufwärts.
Großes Lager Bettwäsche, Damens- und Kinderwäsche, fertige K 1.50, schwere Bettzeuge, Damenshaube, Bettuch, feinen, schiffen, Wäsche, per Stück nur K 2.50, Damenschürze, Tischtücher, Vorhänge K 3.—. Garantiert nur abgedruckte Ware, alles erstklassig billig. Einzige in Wien nur bei

Goldstein, VII, Kaiserstrasse 40.
 Auch Kleiderfabrikant, per Anzug K 3.—. Provinzialversand reell per Nachnahme.

MÖBEL Anruf an die Herren Eisenbahner!

Wlons beste und billigste Einkaufsquelle ist die in Eisenbahnerkreisen altbekannte o langjährig bestehende

Fünfhäuser Möbelniederlage

M. Eisenhammer 142
 Wien, XV., Mariahilferstrasse Nr. 142

(neben der Löwendroggerie Schawarda)

bestellte Zimmer- und Kücheneinrichtungen 4 Kr. 130, 150, 170, 200 u. 240. Küchen- und Badeneinrichtungen von Kr. 34 aufwärts. — Komplette Schlaf- und Speisestimmer von Kr. 280. — Moderne Schreinerarbeiten, grau, weiß, grün, a Kr. 70. — Patent-Eisenmöbel von Kr. 9.— und Patrone, dreiteilig von Kr. 12.— aufwärts. — Einzelne Gegenstände billig in großer Auswahl. Kleiner Preisverant für die Provinz gratis. Großer Möbelkatalog gegen 60 Heller Briefmarken franko.

Briefliche Bestellungen streng reell wie bei persönlicher Auswahl.
 Zufuhr zu allen Bahnhöfen und Bezirken Wiens kostenfrei.

Warnung! Um meine P. L. Kunden vor Schäden durch Fresswürmer zu bewahren, achtet Sie genau auf meine Firma Fünfhäuser Möbelniederlage, da eine Konturrenz meine Handnummer als Preis misbraucht, um meine P. L. Kunden zu täuschen. Achten Sie auf die gelbe Schutzmarke vor dem Geschäftspokal.

Sie sind erst dann in dem richtigen Geschäft, wenn Sie meine Schutzmarke „Eisenbahnerindustrieller“ in Lebensgröße in meinem Schaukasten sehen.

Werter Herr!
 Erlaube mir Ihnen mitzutellen, daß die Möbel, welche am 25. v. M. hier eingetroffen sind, in gutem Zustand waren und ich auch sehr zufrieden bin damit. Auch heute ich Ihnen für Ihre solide und weite Bedienung. Ich werde Sie meinen Bekannten bestens empfehlen.

Geschäftsbüro
Louis Stadler
 Schmied in Saalfelden.

Uhren

(In eigener Werkstatt reguliert und repariert, daher streng verlässlich und genau funktionierend.)

Gold-, Silber- u. optische Waren

in neuen, sorgfältig gewählten Modellen erhalten Sie unter weitestgehenden Garantien gegen

mässige Teilzahlungen
 im Teilzahlungshaus
Max Eckstein
 handelsgerichtl. protok. Uhrmacher
 Wien I, Wildpretmarkt 5
 L. Stock (im eigenen Hause). 14
 Verlangen Sie meine reich illustrierte Preisliste

